

# **Digitales Brandenburg**

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

## **Europa im Zeitalter der französischen Revolution**

Österreich und Preußen gegenüber der französischen Revolution bis zum  
Abschluß des Friedens von Campo Formio

**Hueffer, Hermann**

**Bonn, 1868**

Erstes Buch

**urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6517**

## Erstes Buch.

### Vom Anfange des Revolutionskrieges bis zum Abschluß des Friedens von Basel.

#### Erstes Kapitel.

##### Der Ausbruch des Revolutionskrieges.

Als im Westen von Europa die französische Revolution gewaltig und drohend ihr Haupt erhob, fand sie den Welttheil keineswegs beruhigt und enig sich gegenüber. Im Osten hatte schon seit dem Anfange des Jahrhunderts ein neues Staatswesen, kaum der Barbarei entwachsen, eine Politik verfolgt, die durch Gewaltthätigkeit und List den Nachbarn sich gleich gefährlich zeigte. Schon war Schweden seiner Ostseeprovinzen verlustig, Polen zum ersten Male getheilt, der Türkei die schützende Vormauer des Tatarenreiches entrissen; selbst in die Streitigkeiten der deutschen Fürsten wußte russische Begehrlichkeit, jeden Vortheil auf das Schlaueste benutzend, mehr und mehr sich einzudrängen. Seit dem Jahre 1787 führte Katharina II. einen neuen Krieg gegen die Türken, dem kein geringeres Ziel, als die Eroberung Konstantinopels vorgesteckt war. Kaiser Joseph II., in unruhiger Hast, sich nach Außen zu vergrößern, hatte sich ihr angeschlossen, obgleich die innern Zustände seiner Staaten die Sorge eines Herrschers in vollem Maße in Anspruch nahmen. Denn wenn selbst in den deutschen Kronländern die wohlgemeinten aber rücksichtslosen Eingriffe einer unbeschränkten Herrschergewalt Unzufriedenheit und Miß-

trauen nur zu sehr gereizt hatten, so stand in Galizien und Ungarn von Tag zu Tage offene Widersetzlichkeit zu befürchten, und in dem fernen Belgien war die lange verhaltene Gährung im gefährlichsten Aufstande zum Ausbruch gekommen. Zwar den Türken gegenüber errangen die kaiserlichen Waffen manchen glücklichen Erfolg, aber es trat nun ein entschiedener Widerstand von Seiten der übrigen Mächte hervor. Preußen, England und Holland, seit dem Jahre 1788 durch ein enges Bündniß geeinigt, stellten die Forderung, daß das Gleichgewicht Europas nicht durch eine Veränderung des Besitzstandes gestört, und die Türkei nicht in ihren Gränzen geschmälert würde. Der heftige König von Schweden hatte voreilig im Sommer 1788 schon einen Krieg gegen Rußland angefangen. Polen, durch die Theilung und durch innere Parteiungen geschwächt, aber durch die Ausdehnung seines Gebietes und die Zahl der Einwohner noch immer von Bedeutung, benutzte die günstige Gelegenheit, sich des russischen Einflusses mehr und mehr zu entledigen. Es fand Unterstützung bei Preußen, am 29. März 1790 kam sogar ein Bündniß zwischen beiden Staaten zum Abschluß. Auch mit dem Sultan hatte König Friedrich Wilhelm schon zwei Monate früher sich verständigt; ein mächtiges preussisches Heer in Schlesien war bereit, nach Böhmen vorzubringen: ein europäischer Krieg schien unvermeidlich.

Inmitten dieser aufs Außerste gespannten Verhältnisse starb Joseph II. am 20. Februar 1790. Zum Heile für die Monarchie war sein Bruder und Nachfolger Leopold besonnen und scharfblickend genug, auch unter so schwierigen Umständen den rechten Weg zu finden. Er einigte sich zuerst mit Preußen und den Seemächten. In der Convention zu Reichenbach am 27. Juli gab er im Wesentlichen den Forderungen der Verbündeten nach, versprach alles Eroberte an die Pforte zurück zu geben und auch bei der Kaiserin von Rußland sich dahin zu verwenden, daß der Friede zwischen ihr und dem Sultan auf Grund des frühern Besitzstandes zum Abschluß käme. Dafür ließen die Verbündeten ihm freie Hand, Belgien halb durch Güte, halb durch kriegerische Mittel wieder zum Gehorsam zu bringen; auch in den übrigen

Provinzen seines Reiches wußte er ohne wirkliche Schmälerung seiner Macht durch kluges Nachgeben die Ruhe herzustellen; am 9. October empfing er zu Frankfurt die Kaiserkrone, und so fand er sich noch vor dem Schlusse des Jahres in einer sichern, ja in einer günstigen Stellung, um neuen Verwicklungen entgegenzutreten.

Daß diese von Seiten Frankreichs zu erwarten seien, ließ sich mit Sicherheit vorhersehen. Der Kaiser sah seine Schwester auf dem Throne immer neuen Mißhandlungen preisgegeben; die Gefahr, daß auch Belgien von der leidenschaftlichen Bewegung ergriffen würde, wuchs von Tag zu Tage, und schon war auch das deutsche Reich durch rücksichtslose Verletzung der im Elsaß begüterten Fürsten unmittelbar berührt und in den Kampf hineingezogen.

Unterdessen waren die Verwicklungen im Osten noch keineswegs gelöst. Rußland weigerte sich, vom Kriege gegen die Türken ohne Vortheil abzulassen. Eine Kriegserklärung von Seiten Englands und Preußens war bereits zum Entschluß geworden. In dieser Lage wünschte man vor Allem auch den Beistand Leopolds. Zu Anfang des Jahres 1791 schickte England den Lord Elgin, der König von Preußen seinen Günstling, den Obersten v. Bischoffwerder nach Wien, um den Kaiser für ein besonderes Bündniß oder für den Beitritt zur Tripelallianz zu gewinnen. Im Gespräche mit dem österreichischen Vicekanzler, dem Grafen Philipp Cobenzl, nannte der Oberst als Zielpunkte die Ausöhnung Rußlands mit der Türkei, Zurückweisung des russischen Einflusses auf die deutschen Angelegenheiten, Aufrechthaltung der Reichsverfassung und eine Einigung über die Maßregeln, die der französischen Revolution gegenüber zu ergreifen seien<sup>1)</sup>. Aber Leopold war nicht geneigt, sich von seinem früheren Verbündeten zu Gunsten des Nebenbuhlers loszusagen, dem er noch eben die mühsamen Erfolge so vieler Feldzüge hatte opfern müssen. Auch

1) Vgl. Spolowjoff, Geschichte des Falles von Polen, nach russischen Quellen, übersetzt von Spörer, Gotha 1865, S. 222.

beforgte er, Preußen möchte durch besondere Verhandlungen mit Polen noch eine Vergrößerung, etwa die lange begehrten Festungen Thorn und Danzig sich aneignen. Er verzögerte deshalb den Abschluß des Friedens mit der Türkei und reiste, ohne auf die preußischen Anträge eine bestimmte Antwort zu geben, im März nach Italien. Elgin folgte ihm dahin und erneuerte, wiewohl ohne Erfolg, seine Bemühungen; am 9. Juni langte auch Bischoffwerder in Mailand an. Leopold blieb indessen seinem früheren Benehmen treu; sobald er versichert war, daß Preußen seine Absichten auf Thorn und Danzig aufgäbe, zeigte er sich bereit, den Frieden mit dem Sultan zu beschleunigen, der denn auch zu Sistowa am 5. August zum Abschluß kam; aber eine feindliche Stellung gegen Rußland einzunehmen, ließ er sich nicht bewegen. Höchst willkommen war ihm dagegen gerade in diesem Augenblicke Bischoffwerders Geneigtheit, gemeinschaftlich der französischen Revolution entgegenzutreten.

Denn am 20. Juni war die königliche Familie aus Paris entflohen, einige Tage später verhaftet und in die Gefangenschaft der Tuilerien zurückgeführt. So wenig Leopold einen Krieg gegen Frankreich wünschte, unmöglich konnte er seine nächsten Angehörigen ohne ein Zeichen der Theilnahme einem solchen Schicksale preisgeben. Am 6. Juli richtete er aus Padua an die bedeutendsten Souveraine die Aufforderung, sich gemeinsam der Sache Ludwigs XVI. anzunehmen. Nichts war unter diesen Verhältnissen wünschenswerther, als vorerst mit Preußen sich zu einigen. Seinen Instructionen gemäß sollte Bischoffwerder vornehmlich ein Zusammenstehen gegen Rußland auf die schon im Februar angedeuteten Bedingungen in Vorschlag bringen und den Zutritt des Kaisers zu dem preußisch-englischen Bündniß erwirken<sup>1)</sup>; Leopold wußte aber den Verhandlungen eine Richtung zu geben, die ihn vorerst gegen Frankreich sichern sollte. In diesem Sinne wurde zu Wien am 25. Juli, kurz nach der Rückkehr des Kai-

1) Vgl. Hermann, Russische Geschichte, VI, 425 fg., Correspondenzen der Revolutionszeit, S. 12 und Beilage I.

fers, von dem Fürsten Kaunitz und Bischoffwerder ein vorläufiger Vertrag unterzeichnet. Man verabredete ein Vertheidigungsbündniß; sobald der Friede zwischen Rußland und der Türkei zum Abschluß gekommen sei, sollte auch Katharina gleichzeitig mit den Seemächten und dem Kurfürsten von Sachsen zum Beitritt aufgefordert werden. Beide Theile verbürgten sich ihr Gebiet gegen jeden feindlichen Angriff und versprachen, der eine ohne Wissen des andern kein neues Bündniß einzugehen. Endlich kam man überein, sich alsobald zu verständigen und dahin zu wirken, daß die vom Kaiser angeregte Verbindung der Hauptmächte Europas rücksichtlich der französischen Angelegenheiten unverzüglich zu Stande käme <sup>1)</sup>.

Daß Bischoffwerder so bereitwillig zu einem solchen Vertrage sich herbeiließ, und daß auch Friedrich Wilhelm nichts dagegen einzuwenden hatte, beruhte vornehmlich auf einem doppelten Grunde. Der König, wenn auch keineswegs geneigt, auf die Ansinnen der ihn umringenden Emigranten einzugehen, war doch durch die Vorgänge in Paris im Innersten empört. Ludwigs XVI. Schicksal schien ihm die Sache aller Könige. In Erinnerung an die geringe Mühe, mit welcher die preußischen Truppen im Jahre 1787 den Aufruhr in Holland zu Boden geworfen, mochte es ihm leicht erscheinen, auch in Frankreich den Thron wieder aufzurichten, und es gab nichts, was seinem Ehrgeize mehr geschmeichelt oder seinen Neigungen mehr entsprochen hätte. Dazu kam, daß Englands Benehmen gegen Preußen keineswegs Vertrauen erwecken oder Rücksichten erfordern konnte. Wenige Monate vorher, als Rußland jedes Entgegenkommen verweigerte, war der König entschlossen, im Verein mit England den Krieg zu erklären. Noch im März richtete er in diesem Sinne ein eigenhändiges Schreiben an den Sultan, forderte ihn auf, ein wohlgerüstetes Heer an die Donau zu schicken und dem König von Schweden neue Subsidien zu bewilligen. Auf die englische Regierung durfte man rechnen; denn für den Fall, daß Rußland

1) Vgl. Hermann, Correspondenzen, 40.

seine Eroberungen nicht zurückgäbe, hatte sie die Eröffnung der Feindseligkeiten im April mit Sicherheit in Aussicht gestellt. Aber das Parlament scheute sich, den einträglichem Handel mit Rußland zu gefährden, und eine zweifelhafte Abstimmung hatte die Folge, daß plötzlich alle für den Krieg schon angeordneten Maßregeln von dem englischen Ministerium zurückgenommen, und statt dessen in Petersburg eine neue Unterhandlung begonnen wurde, die bald sich völlig den russischen Ansprüchen fügte. Friedrich Wilhelm, von England verlassen, konnte nicht daran denken, sich allein in einen Krieg mit Rußland zu stürzen, um so weniger, als auch die Verhältnisse in Polen eine seinen Wünschen wenig zusagende Wendung nahmen. Er mußte es geschehen lassen, daß Rußland in seiner drohenden Stellung gegen die Türkei beharrte und am 11. August zu Galacz die Präliminarien eines Friedens erzwang, welcher, abgesehen von andern für den Sultan äußerst lästigen Bedingungen, die russische Grenze vom Bug bis zum Dniester erweiterte.

Preußens Bündniß mit den Seemächten war dadurch heftig erschüttert, gleichwohl blieb eine zahlreiche Partei in Berlin der Verbindung mit Oestreich noch immer abgeneigt. Schon während der Verhandlungen in Wien hatte das Ministerium, insbesondere Schulenburg und Alvensleben, nicht aufgehört, Bischoffwerder vor der arglistigen Feinheit Leopolds zu warnen. Als dann der Oberst mit dem Vertrage zurückkam, säumten sie nicht, die erheblichsten Bedenken gegen die Genehmigung dem Könige vorzutragen. Friedrich Wilhelm ließ gleichwohl noch an dem Tage, an welchem er den Abschluß des Friedens von Sistowa erfahren hatte, die Reinschrift des Vertrages zum Zweck der Unterzeichnung anordnen. Darauf gaben die Minister, neben den Genannten noch Finkenstein, eine Erklärung zu den Akten, in welcher sie über Bischoffwerders eigenmächtiges Vorgehen Beschwerde führen und gegen jede Verantwortlichkeit für die Folgen des Vertrages sich verwahren <sup>1)</sup>. Aber es war jetzt nicht die Zeit, den ausgespro-

1) Vgl. Hermann, Correspondenzen, 42.

chenen Willen des Monarchen rückgängig zu machen. Wenige Wochen später kam Friedrich Wilhelm mit dem Kaiser in Billniß zusammen, am 27. August erfolgte die berufene Erklärung, die so oft als der Anfang des Krieges gegen Frankreich gegolten hat. Der Kaiser und der König sprachen aus, daß sie mit Rücksicht auf die Eröffnungen der Brüder Ludwigs XVI. seine Sache als die gemeinschaftliche aller Souveraine Europas betrachteten. Sie äußerten die Hoffnung, daß auch die übrigen Mächte, die man um Beistand angegangen, in Verbindung mit Oestreich und Preußen die wirksamsten Mittel ergreifen würden, um dem Könige von Frankreich die volle Freiheit wieder zu verschaffen. Als dann und in diesem Falle seien der Kaiser und der König von Preußen entschlossen, nach gemeinsamer Uebereinkunft unverzüglich mit den nöthigen Kräften zu handeln; schon einstweilen würden sie ihren Truppen Befehl zukommen lassen, daß sie zur geeigneten Zeit sich in Bewegung setzen könnten<sup>1)</sup>. Es heißt, daß diese Erklärung durch den Grafen v. Artois, der sich als ein unwillkommener Gast in die Verhandlungen eingedrängt hatte, den beiden Monarchen kurz vor der Abreise abgenöthigt sei<sup>2)</sup>. Denn in Wahrheit war keiner von beiden, am wenigsten der Kaiser, geneigt, in einen Kampf mit Frankreich ohne dringende Noth sich einzulassen. So hatte er alle Zumuthungen des französischen Prinzen, mit den Emigranten gemeinsame Sache zu machen und mit dem Grafen von Provence als Regenten Frankreichs zu verhandeln, aufs Entschiedenste zurückgewiesen. Selbst jene Erklärung, so drohend sie lautet, war doch auf Alles eher, als auf die Beschleunigung des Krieges berechnet. Denn als Bedingung eines Angriffs gegen Frankreich setzt sie die Uebereinstimmung aller Mächte, die man um Beistand angegangen hatte; es war aber mit Sicherheit schon damals voraus-

1) Vgl. Hermann, Correspondenzen, 88; die deutsche Uebersetzung im Septemberheft des Politischen Journals von 1791, S. 973.

2) So erzählte der Minister Schulenburg wenige Tage später, am 2. September, dem englischen Gesandten Gwart in Berlin. Vgl. Hermann, Correspondenzen, 95.

zusehen, daß diese Bedingung sich nicht erfüllen, und England seine Theilnahme verweigern würde. Der Kaiser traf denn auch keinerlei Vorkehrungen für den Krieg, entließ sogar einen Theil seiner Truppen, und als nicht lange nachher aus Paris die Nachricht eintraf, Ludwig XVI. habe am 14. September 1791 die von der Nationalversammlung ihm vorgelegte Constitution angenommen, zeigte sich der Kaiser mit diesem Schritte völlig einverstanden. Er erklärte am 1. November den europäischen Mächten: die Gefahren, welche Ludwigs XVI. Freiheit und Ehre bedroht hätten, seien nunmehr verschwunden, da der König dem Anscheine nach die Constitution freiwillig angenommen habe. Dabei wird zwar noch der Wunsch geäußert, daß die Coalition bestehen bleibe, weil die günstig scheinenden Umstände sich wieder ändern könnten, aber von kriegerischen Maßregeln ist nicht mehr die Rede; der Kaiser gibt sich im Gegentheile der Hoffnung hin, die Annahme der Verfassung könne die Ordnung in Frankreich wieder herstellen und der gemäßigten Partei das Uebergewicht verschaffen<sup>1)</sup>.

Aber diese Hoffnung ging nicht in Erfüllung; die politischen Leidenschaften in Frankreich steigerten sich immer mehr; in der neugewählten gesetzgebenden Versammlung und im Jakobinerclubb herrschte bald die Partei der Girondisten, welche den Umsturz des Thrones und die Einführung der Republik sich offen zur Aufgabe stellten. Auf's Neue ergingen die dringendsten Bitten des Königs und der Königin an die auswärtigen Fürsten, insbesondere an den Kaiser; und ganz abgesehen von den Banden der Familie, schon die Sicherheit seiner Staaten nahm die ernste Sorge Leopolds in Anspruch. Denn eben jene Partei der Gironde wünschte, um sich der Herrschaft im Innern völlig zu bemächtigen, nichts mehr, als einen Krieg gegen das Ausland. Seit dem October wurden alle Kräfte auf diesen Punkt gerichtet; das unverständige, wenn auch nicht gefährliche Treiben des ausgewanderten Adels bot nur zu augenscheinlich einen Vorwand.

1) Vgl. die Circularnote vom 1. November im Politischen Journal, Jahrgang 1792, S. 261.

Schon nach der Mitte des November hatten die französischen Gesandten Noailles in Wien und Bergennes in Koblenz in drohendem Tone über die Unterstützung der Emigranten sich beklagt. Am 29. beschloß die gesetzgebende Versammlung, der König solle die rheinischen Kurfürsten zur Auflösung des Emigrantenheeres anhalten und den Ansprüchen der deutschen Reichsstände im Elsaß ein Ende machen; um diesen Forderungen Nachdruck zu geben, müßte man beträchtliche Streitkräfte an der Nordgrenze zusammenziehen. Der haltlose Fürst wagte keinen Widerstand; am 14. December theilte er selbst der Versammlung mit, dem Kaiser wie dem Kurfürsten von Trier sei erklärt: wenn bis zum 15. Januar 1792 das Heer der Emigranten noch fortbestände, so werde man den Kurfürsten als einen Feind betrachten. Hundert und fünfzig tausend Mann sollten an der Grenze aufgestellt werden. Der König versprach, er würde den Krieg beantragen, wenn die Vorstellungen fruchtlos blieben.

Der erschrockene Kurfürst erwiderte ungesäumt, daß er die Emigranten entwaffnen und von der Gränze entfernen werde. Auch der Kaiser betheuerte am 21. December seine Friedensliebe, knüpfte aber daran die Mittheilung, der Kurfürst von Trier habe allen Beschwerden Abhülfe versprochen, jedoch gleichzeitig den Kaiser um Beistand ersucht. Man sei von den gerechten und gemäßigten Absichten des Königs vollkommen überzeugt; da aber gleichwohl bei den gegenwärtigen Zuständen Frankreichs Thätlichkeiten besorgt werden müßten, so sehe der Kaiser sich genöthigt, dem Generalcommandanten in den Niederlanden, Feldmarschall von Bender, die Anweisung zu geben, dem Kurfürsten, wenn er durch feindliche Einfälle verletzt oder bedroht würde, schleunige und nachdrückliche Hülfe zu leisten <sup>1)</sup>. Eine Note vom 5. Januar wiederholte noch entschiedener, daß jede Verletzung des Reichsgebietes den Krieg zur Folge haben müsse.

Aber diese Erklärungen brachten durchaus nicht den Eindruck hervor, den man in Wien sich versprechen mochte; sie ent-

1) Vgl. die Note im Politischen Journal 1792, S. 36.

fernten nicht, sondern sie beschleunigten den Bruch. Der Kaiser hatte in der Note vom 21. December schließlich den Wunsch geäußert, Frankreich möge die unvermeidlichen Folgen abwenden, die ein Angriff auf den Kurfürsten von Trier sowohl von Seiten des Oberhauptes und der Stände des deutschen Reiches, als der andern Souveraine nach sich ziehen würde, die zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und für die Sicherheit und Ehre der Kronen gemeinschaftlich verbunden seien. Diese wenig verhüllte Drohung und die Andeutung einer noch fortbestehenden Coalition riefen in Paris einen heftigen Ausbruch des nationalen Unwillens hervor. Am 14. Januar 1792 erklärte die gesetzgebende Versammlung einstimmig jeden Franzosen für einen Verräther, der an einem Congreß auswärtiger Mächte zur Veränderung der französischen Verfassung, oder an einer Vermittlung zwischen der Nation und den Ausgewanderten, oder an einem Vergleich, der den deutschen Fürsten für ihre Rechte im Elsaß etwas anderes, als eine Entschädigung zugestände, sich betheiligen würde. Am 25. Januar folgte dann der Beschluß, den Kaiser nochmals zu einer bestimmten Antwort aufzufordern und, falls sie bis zum 4. März nicht ergangen sei, den Krieg zu erklären <sup>1)</sup>.

So bedenklichen Nachrichten gegenüber konnte Leopold nicht unthätig bleiben. Am 12. December wurde in Regensburg das kaiserliche Dekret zur Diktatur gegeben, welches die Reichsschlüsse gegen die französischen Uebergriffe im Elsaß ratificirte und zugleich gegen die Verbreitung revolutionärer Grundsätze und Schriften den Reichskreisen die strengste Wachsamkeit zur Pflicht machte. Mit Preußen waren die Verabredungen für den Kriegsfall wieder aufgenommen, am 7. Februar 1792 kam dann auch zu Berlin der Bundesvertrag zum Abschluß, im Wesentlichen auf der am 25. Juli des vorigen Jahres angenommenen Grundlage. Beide Theile verbürgten sich ihre Besitzungen und versprachen im Falle eines feindlichen Angriffs gegenseitige Hülfsleistung durch ein

1) Vgl. Choix des rapports, opinions et discours prononcés à la tribune nationale, Paris 1819, III, 365.

Corps von 20,000 Mann. Rußland, die Seemächte und Sachsen wollte man zum Beitritt einladen; die Aufrechthaltung der deutschen Verfassung wurde zugesagt. Mehrere Separatartikel enthielten Bestimmungen über das gemeinsame Wirken für die europäische Coalition, über gegenseitige Hülfe im Falle innerer Unruhen und über die polnischen Angelegenheiten<sup>1)</sup>. An den unmittelbaren Ausbruch des Krieges schien man jedoch noch immer nicht zu glauben; die nöthigen Vorkehrungen wurden nur lässig betrieben, selbst die Ratification des Bündnisses erfolgte in Wien erst mehrere Wochen nachher. Am 17. Februar gab Kaunitz der französischen Regierung die geforderten Erklärungen, sowohl über die Befehle, die dem Marschall Bender ertheilt waren, als über die Verbindung der europäischen Mächte. Er zeigte in einer umfangreichen Staatschrift, daß der Kaiser den Krieg nicht gewünscht, sondern im Gegentheile sich bestrebt habe, die Emigranten von jedem feindlichen Schritt zurückzuhalten; nur durch die französischen Rüstungen werde er nunmehr gezwungen, einem offenbar bedrohten Reichlande beizustehen. Der Verein der Mächte sei im Juli des vergangenen Jahres durch die Gefangenschaft und die Lage der königlichen Familie veranlaßt worden; nach der Annahme der Constitution bestehe er nur noch für den Fall, daß ähnliche Gefahren sich wieder zeigen sollten. Diese Besorgniß, fährt die Denkschrift fort, werde nur zu sehr gerechtfertigt durch die Bestrebungen einer anarchischen Partei, welche die innere Ordnung in Frankreich vernichtet, die Vereinigung von kaum viertausend Emigranten für umfassende kriegerische Rüstungen genommen habe, und durch Beleidigungen jeder Art die auswärtigen Souveraine zum Krieg herausfordere. Die Kunstgriffe dieser Partei — ein heiliegendes Schreiben an den französischen Gesandten nannte ausdrücklich die Jakobiner — welche ihre Herrschaft auf Unruhen und Verwirrung gründe und die

1) Vgl. Häusser, Deutsche Geschichte 3. Aufl. Berlin 1861, Bd. I, S. 334. Der Vertrag ohne die Separatartikel findet sich schon im Juniheft des Politischen Journals von 1792, S. 549; der König ratificirt am 19. Februar.

Nation in immer größeres Elend zu stürzen suche, diese wünsche der Kaiser aufzudecken; deshalb habe er eben so freundschaftlich als wohlwollend Frankreich an die Vereinigung der Mächte erinnern und seinen Entschluß erklären müssen, im Falle eines Angriffs seinen Staaten zu Hülfe zu kommen. Der preußische Gesandte in Paris, Graf v. Goltz, erklärte um 28. Februar, diese Note des Fürsten Kaunitz enthalte die Grundsätze, über welche die Höfe zu Berlin und Wien vollkommen einverstanden seien <sup>1)</sup>.

Der 1. März, der Tag, an dem diese Erklärungen der gesetzgebenden Versammlung vorgelegt wurden, war Leopolds Todestag. Der Kaiser starb nach einem kurzen Unwohlsein im kräftigsten Mannesalter. Oestreich, Deutschland, man darf sagen, das verbündete Europa wurde des besonnenen Leiters beraubt. An seine Stelle trat ein junger Mann von schwacher Gesundheit, mit den Eigenschaften des Herrschers nicht eben reichlich ausgestattet, in den Geschäften noch wenig erfahren. Keine gewonnene Schlacht hätte der Revolution größeren Vortheil bringen können, als dieser Todesfall.

Freilich die Verhandlungen gingen noch in derselben Weise fort; Franz II. folgte vorerst den Grundsätzen seines Vaters. Noch am 18. März äußerte sich Kaunitz auf erneuerte Anfragen des Grafen Noailles nicht anders, wie in der Note vom 17. Februar. Aber in Paris war unterdessen die entscheidende Wendung eingetreten. Ludwig XVI. und nicht weniger seine Minister wünschten allerdings den Frieden zu erhalten; sie hatten die Note vom 17. Februar nicht unfreundlich aufgenommen, der Minister des Auswärtigen, Delessart, sprach am 1. März in der gesetzgebenden Versammlung sogar mit Anerkennung von den friedfertigen Gesinnungen des Kaisers. Aber die Jakobiner, aufs Heftigste erbittert durch die Vorwürfe, die der östreichische Staatskanzler vor ganz Frankreich gegen sie ausgesprochen hatte, boten jetzt alle Kräfte auf. Wenige Tage später, am 10. März, als eben Tages vorher die Nachricht von Leopolds Tode der königlichen Familie den letzten Halm geraubt hatte, machte Brissot gerade die

1) Vgl. Politisches Journal 1792, S. 249 fg. u. 265.

österreichische Note und Delessart's sehr gemäßigte Antwort zum Gegenstand des heftigsten Angriffes. Die Versammlung, in welcher die Girondisten mit den Anhängern Lafayette's sich geeinigt hatten, stimmte ihm bei. Sogleich wurde Delessart's Anklage und Verhaftung beschlossen, und dem Könige ein Ministerium jakobinisch-girondistischer Färbung aufgedrängt, an dessen Spitze für die auswärtigen Angelegenheiten der General Dumouriez den entscheidenden Einfluß übte. Unverzüglich, schon in einer Note vom 18. März, nahm er einen heftig drohenden Ton an; eine zweite Note vom 27. verlangte bis zum 15. April eine kategorische Antwort, ob der Kaiser entwaffnen, die Emigranten ausweisen und von der Coalition zurücktreten wolle<sup>1)</sup>. Als man dagegen in Wien auf die Note vom 18. März sich bezog, erschien Ludwig XVI. am 20. April in der Nationalversammlung mit dem Antrage, dem König von Ungarn und Böhmen den Krieg zu erklären.

Die Manifeste beider Theile machten sich, wie es zu geschehen pflegt, gegenseitig für den Ausbruch dieses Krieges verantwortlich, und auch in der Folgezeit ist die Streitfrage noch häufig wieder angeregt. Französische Schriftsteller, insbesondere Thiers, haben der Meinung Eingang verschafft, daß ausschließlich durch die unrechtmäßigen Forderungen des verbündeten Europas Frankreich zu einem Vertheidigungskrieg gezwungen sei. Dagegen hat vor Andern Sybel ausgeführt, wie zögernd und ungern die deutschen Mächte auf den Krieg sich eingelassen haben, den die Girondisten herbeiwünschten und unvermeidlich machten. Selbst in Frankreich hat man in neuester Zeit sich dieser Erkenntniß nicht verschließen können. Nur vereinzelt hat unter uns Ernst Hermann vor Kurzem noch einmal die Ansicht ausgesprochen, trotz seiner scheinbaren Friedensliebe habe der Kaiser Leopold von Anfang des Streites auf den Krieg hingearbeitet, um durch die bewaffnete Dazwischenkunft der europäischen Mächte einem reaktionären Absolutismus zum Siege zu verhelfen<sup>2)</sup>. Diese Ansicht

1) Vgl. die Aktenstücke im Moniteur vom 18. April 1792.

2) Vgl. Hermann, Die österreichisch-preußische Allianz vom 7. Februar 1792 und die zweite Theilung Polens. Eine Streitschrift gegen G. v. Sybel,

ist schon von Sybel zurückgewiesen<sup>1)</sup> und später auch von Hermann nicht mehr vertheidigt; sie wird schwerlich auf zahlreiche Anhänger rechnen dürfen. Was bis jetzt bekannt, auch gerade was von Hermann veröffentlicht wurde, läßt nicht auf Kriegeslust von Seiten des Kaisers schließen; es ergibt sich im Gegentheile, daß dieser Fürst, unter allen europäischen Monarchen den neuen Ideen am meisten zugänglich<sup>2)</sup>, den Frieden, so viel es an ihm lag, zu erhalten wünschte und nur so weit zu kriegerischen Maßregeln sich herbeiließ, als es durch die Lage seiner Schwester und zur Sicherung seiner Staaten unumgänglich wurde. Man erkannte dies sogar in Paris, und gerade Brissot, der entschiedenste Beförderer des Krieges, hat es noch am 16. December 1791 bei den Jakobinern offen ausgesprochen: „In Berlin, wie in Wien,“ sagte er, „wünscht man den Frieden, weil man seiner bedarf; man will nur den Schein haben, als unterstütze man die Sache der Könige. Auch der Vertrag zu Pillnitz hatte keine andere Bedeutung.“ Daß die Girondisten den Krieg für nöthig hielten, um die Gewalt in ihre Hand zu bringen, hat Brissot, wie andere Führer der Gironde, gar nicht in Abrede gestellt. Und so läßt sich auch nicht in Abrede stellen, daß für den unmittelbaren Ausbruch der Feindseligkeiten diese Partei die Verantwortung zu tragen hat. Eine andere Frage ist, ob deshalb die deutschen Höfe von aller Schuld freizusprechen sind, ob insbesondere die Mittel, die Leopold in Anwendung brachte, zur Erhaltung des Friedens dienen konnten. Und dies wird sich schwerlich bejahen lassen. Denn die Art, wie die Emigranten in Deutschland auftraten und Unterstützung fanden, war allerdings, wenn nicht

Gotha 1861, ferner die Abhandlung: Zur Geschichte der Wiener Convention vom 25. Juli 1792 und der österreichischen Allianz vom 7. Februar 1792, in den Forschungen zur deutschen Geschichte, V, 239.

1) Vgl. die Abhandlung: Leopold II., Gegen Ernst Hermann, in der Historischen Zeitschrift, X, 387.

2) Vgl. insbesondere den merkwürdigen Brief an die Erzherzogin Christine vom 25. Januar 1790, bei A. Wolf, Leopold II. und Marie Christine. Ihr Briefwechsel, 1781—1792, Wien, 1867.

gefährlich, doch im höchsten Grade beleidigend für das französische Nationalgefühl und herausfordernd gegen die herrschenden Parteien. Dann waren auch die österreichischen Noten, vor Allem jene heftigen Ausfälle gegen die Jakobiner, am Wenigsten geeignet, ihren Zweck zu erfüllen. Man drohte beständig mit einer Coalition, mit strengen Maßregeln, die gegen das französische Volk ergriffen werden könnten, ohne doch die zur Durchführung nöthigen Mittel aufzubieten und dadurch der Drohung Nachdruck zu geben. So erregte man zwar die Leidenschaften, die zum Kriege drängten, aber nicht die Furcht, die zur Besonnenheit hätte führen können. Indessen, wer möchte den Grund für so außerordentliche Ereignisse in dem Willen oder den Handlungen einzelner Personen oder Parteien suchen? Die ganze gewaltige Bewegung war allem Bestehenden so sehr entgegengesetzt, daß sie dauernd mit der alten Staatsordnung in keinem Falle sich friedlich hätte einigen können.

### Zweites Kapitel.

#### Krieg und Unterhandlungen bis zum Ende des Jahres 1793.

Raum acht Tage nach dem Beschluß des 20. April, noch vor dem Ende des Monats, brachen die französischen Heere in das schwach besetzte Belgien ein. Das schnelle Vorgehen gab den Vortheil, daß die verbündeten Mächte völlig überrascht wurden. Aber so sehr hatten die revolutionären Leidenschaften alle Bande der Ordnung gelockert, daß die Truppen einer geschulten militärischen Macht gegenüber sich gar nicht brauchbar zeigten. Vor wenigen österreichischen Bataillonen flohen die republikanischen Soldaten, von plötzlichem Schrecken ergriffen, über die Gränze zurück, wo dann Unordnung und Auflösung immer weiter sich verbreiteten. Wäre Deutschland damals gerüstet gewesen, hätten die verbündeten Heere zu raschem Handeln an den Gränzen bereit gestanden, es ist nicht abzusehen, wer ihnen den Weg nach Paris hätte verlegen wollen. Aber die Neigung, dem Krieg so lange als möglich auszuweichen, hatte die Rüstungen verzögert; nach jenen ersten Niederlagen der Franzosen trat beinahe Waffenruhe ein, nur langsam bewegten sich die deutschen Heere dem Rheine zu. Am 14. Juli empfing Franz II. zu Frankfurt die Kaiserkrone; noch einmal zeigte sich dann zu Mainz, nachdem am 23. auch der König von Preußen eingetroffen war, in langen glänzenden Festlichkeiten die Pracht der feudalen Aristokratie; erst nach der Mitte des August überschritt das preußische Heer in Anwesenheit des Königs unter der Führung des Herzogs von Braunschweig die französische Gränze. Die Ereignisse dieses Feldzugs sind bekannt genug; Jeder erinnert sich, wie die Gränzfestungen

Longwy und Verdun ohne langen Widerstand übergeben, am 14. September auch die feste Stellung bei den Argonnen von Dumouriez geräumt wurde, bis die unentschiedene Schlacht bei Valmy am 20. September dem Vordringen des verbündeten Heeres ein Ziel setzte, worauf denn nach der raschen Verstärkung der französischen Streitmacht unter heftig einbrechendem Regenweiter der Rückzug unumgänglich wurde.

Wie es gewöhnlich bei dergleichen unglücklichen Unternehmungen zu geschehen pflegt, so hat gleich Anfangs eine aufgeregte Phantasie und nur zu bald auch die Gehässigkeit gegen Preußen in mannichfachen Vermuthungen und heftigen Anklagen über die Gründe dieses Rückzugs sich ergangen. Die preußische Regierung sollte schon damals von Deutschland sich losgesagt und mit den Franzosen sich geeinigt haben, der Rückzug in Folge eines geheimen Abkommens angetreten sein; man nannte sogar den Preis der Diamanten und die Geldsummen, durch welche der Herzog von Braunschweig bestochen wäre. Schon die unbefangene Anschauung der Thatfachen läßt das Unwahrscheinliche dieses Argwohns erkennen; es ist aber das große Verdienst Sybels und nach ihm Häußers, aus den Quellen der preußischen Archive uns die genaue Kenntniß jener Begebenheiten eröffnet zu haben. Was Vivenot an einzelnen Stellen seines Buches dagegen vorbringt, ist ohne Gewicht und keiner besondern Erörterung bedürftig. Wir sehen, daß allerdings die Franzosen schon damals Preußen von Oestreich zu trennen und sich zu verbinden wünschten, daß aber ihre Anträge zurückgewiesen und ernste Unterhandlungen von Seiten Preußens gar nicht gepflogen wurden. Nicht Einverständnisse mit dem Feind, sondern das Unzulängliche der ganzen Rüstung, die geringe Unterstützung von Seiten Oestreichs, die Unentschlossenheit des Herzogs von Braunschweig und die üble Lage des Heeres in der Champagne haben den für Deutschland so unerfreulichen Ausgang zur Folge gehabt.

Und leider blieb dies Unglück nicht das einzige. Noch während das preußische Heer auf dem Rückzuge nach Luxemburg begriffen war, zu Ende Septembers, drang Custine in die wehrlo-

sen geistlichen Staaten des linken Rheinufer's ein. Speier und Worms fielen beinahe ohne Widerstand in seine Hände, am 21. October sogar das schmachvoll verlassene Mainz. Schon am Tage darauf wurde auch Frankfurt besetzt und zu starken Contributionen gezwungen; auf dem rechten wie auf dem linken Rheinufer herrschte nur Schrecken und Rathlosigkeit.

Auch in den Niederlanden konnte die geringe Zahl östreichischer Truppen die mächtig angewachsenen französischen Schaaren nicht zurückhalten. Der Sieg Dumouriez' bei Jemappes am 6. November brachte beinahe die gesammten Niederlande, in der Mitte des December sogar Aachen in französische Gewalt. Von allem das größte Unheil lag aber darin, daß auch die Einigkeit unter den Verbündeten schon einer bedenklichen Mißstimmung Raum gegeben hatte. Um ihren Ursprung zu erkennen, wird ein kurzer Rückblick nöthig; die enge Verbindung der Begebenheiten im Osten mit dem westlichen Kriege tritt schon jetzt nur zu deutlich und unheilvoll hervor.

Man erinnert sich, wie Polen seit dem Jahre 1788 die Zeit des Türkenkrieges zur Beseitigung des russischen Einflusses benutzte und bei dem verbündeten Preußen in diesem Bestreben Unterstützung fand. Im Frühjahr 1791, als der Krieg seinem Ende entgegen ging, und die Rache der beleidigten Czarin sodann das Schlimmste befürchten ließ, wagte die nationale Partei einen entscheidenden, nur mit zu wenig Umsicht vorbereiteten Schritt. Am 3. Mai wurde der Reichstag zur Annahme einer neuen Constitution vermocht, welche die zerrüttete Adelsrepublik in eine fest gegliederte constitutionelle Monarchie verwandeln sollte. Das wirksamste Mittel suchte man darin, daß die erbliche Thronfolge dem Kurfürsten von Sachsen und nach ihm seiner einzigen Tochter übertragen würde, damit aus ihrem Stamm eine neue Dynastie polnischer Könige hervorgehen könne<sup>1)</sup>. Preußen nicht weniger als Oestreich und Rußland fand sich völlig überrascht und seine Interessen keineswegs gefördert, wenn Polen zu einem selbständigen, geordneten Staatswesen erstarkte. Gleichwohl erhob

1) Vgl. Hermann, Russische Geschichte, VI, 349 fg.

der König vorerst keinen Widerspruch, sandte sogar dem Kurfürsten einen Glückwunsch und redete ihm zu, die angebotene Krone nicht abzulehnen. Um so heftiger war die Kaiserin von Rußland erzürnt und nicht einen Augenblick schwankend, daß die neue Verfassung, sowie Alles, was seit dem Jahre 1788 in Polen geschehen war, wieder vernichtet werden müsse. Für diesen Zweck benutzte sie aufs geschickteste die französische Verwicklung.

Von Anfang an war es ihr eifriges Bestreben, zwischen Frankreich und den deutschen Mächten ein Zerwürfniß hervorzurufen. „Ich zerbreche mir den Kopf“, sagte sie im December 1791 zu einem Vertrauten, „um das Wiener und Berliner Cabinet in die französischen Angelegenheiten zu bringen; ich möchte sie in Geschäfte verwickelt sehen, um die Hände frei zu haben; denn so viele Unternehmungen liegen unbeendet vor mir, und jene müssen beschäftigt werden, damit sie mich nicht hindern“<sup>1)</sup>. Freilich war sie dann auch wieder beunruhigt, die deutschen Mächte könnten zu entschiedenem Erfolg und auf Kosten des zerütteten Frankreichs eine Vergrößerung erlangen; sie zeigte die theilnehmendste Besorgniß, durch die völlige Vernichtung eines so ansehnlichen Staates möchte das allgemeine Wohl und die Ruhe Europas beeinträchtigt werden. Aus diesem doppelten Grunde suchte sie in jeder Weise die ausschweifenden Anforderungen der Emigranten zu begünstigen und die Brüder Ludwigs XVI. gewissermaßen an die Spitze der Coalition zu bringen, damit einerseits der Gegensatz verschärft und der Friede so weit als möglich hinausgeschoben würde, andererseits die deutschen Mächte in ihrer Verbindung mit den Prinzen ein Hinderniß fänden, sich auf Kosten Frankreichs zu entschädigen. Wenn sie aber nicht aufhörte die uneigennützigste Unterstützung des Königs und der Monarchie in den großmüthigsten Worten dem Wiener wie dem Berliner Hofe zu empfehlen<sup>2)</sup>, so wäre sie doch ganz geneigt gewesen, nach

1) Vgl. Smitt, Suworof, II, 359 bei Sybel, Gesch. der Rev.-Zeit, II, 131.

2) Vgl. die Notizen Ostermanns vom 15. Mai und 21. Juni bei Ostermann, Correspondenzen, 237, 240.

einer andern Seite nicht allein Entschädigung, sondern auch neuen Erwerb zu gestatten, nur unter der Bedingung, daß sie selbst sich vorerst um so reichlicher bedenken würde. Wo dies zu geschehen habe, konnte nicht zweifelhaft sein.

Sobald der Friede zu Jassy am 9. Januar 1792 die Präliminarien von Galacz bestätigt hatte, und die Heeresmassen an der Donau verfügbar wurden, sollte die Rache über Polen hereinbrechen. Schon zu Anfang des Februar war der preußische Gesandte in Petersburg, Graf v. Goltz, von diesen Ansichten unterrichtet. Der Zufall gab ihm Kenntniß von einem eigenhändigen Schreiben der Kaiserin an ihren Günstling, den Fürsten Subow; es enthielt die Worte: „Wenn mit den Türken Alles in Ordnung ist, so will ich, daß der Fürst Repnin so viel Truppen, als möglich, zusammenbringt, d. h. nach meiner Berechnung 130,000 Mann, und mit denselben durch die Ukraine in Polen einrückt. Wenn Oestreich und Preußen sich widersetzen, wie es wahrscheinlich ist, werde ich ihnen Entschädigung oder Theilung vorschlagen“<sup>1)</sup>.

Auf die nun folgenden Verhandlungen muß ich mir versagen, ausführlicher einzugehen. Sie hängen mit dem Zweck dieses Buches nicht unmittelbar zusammen, auch scheint es mir nicht möglich, ein sicheres Urtheil darüber auszusprechen, ehe aus den österreichischen Archiven eine größere Zahl von Dokumenten vorliegt. Die Grundzüge möchten folgende sein.

Noch ehe an Rußland die Einladung ergangen war, dem Bündniß vom 7. Februar beizutreten, machte Katharina Oestreich und Preußen den Antrag, über die polnischen Anlegenheiten eine Einigung zu treffen; nach ihrem Ausdruck, um gegen weitere Ruhestörungen Sicherheit zu erlangen, in Wahrheit, um die Anarchie der früheren Verfassung mit Gewalt wieder herzustellen. Bei Preußen fanden diese Vorschläge bald ein geneigtes Gehör. Ein starkes, in sich geeinigtes Polen war allen Ueberlieferungen der preußischen Politik entgegen. So hatte man auch der Verfassung

1) Vgl. den Brief des Grafen v. Goltz vom 3. Februar 1792 bei Hermann, Correspondenzen, 231.

vom 3. Mai zwar nicht sich widersezt, aber doch jede Garantie, um welche von den Polen mehrmals dringend gebeten war, ebenso oft von der Hand gewiesen. Diese Abneigung mußte sich noch steigern, als seit dem Herbst des Jahres 1791 der Plan auftauchte, die polnische Krone nach dem Ableben des Kurfürsten nicht mehr seiner Tochter, sondern seinem ältesten Bruder und Nachfolger zuzuwenden und in dieser Weise Sachsen und Polen dauernd zu vereinigen.

Gegen Ende Februars trat Rußland mit bestimmteren Anträgen einer neuen Theilung hervor. Es machte besonders auf die Gefahren aufmerksam, welche aus der Verbindung Polens mit Sachsen entstehen könnten<sup>1)</sup>, Gefahren, die jedem preußischen Staatsmann einleuchten mußten. Wie lockend erschien dagegen ein neuer Landerwerb, ungleich bedeutender, als der Gewinn von Thorn und Danzig, den die Polen hartnäckig bisher verweigert hatten. Schon im März machte man sich in Berlin mit dem Gedanken einer zweiten Theilung vertraut. Als russische Truppen im Mai mit Hülfe der verrätherischen Conföderation von Targowice in Polen einrückten, sezte Preußen keinen Widerstand entgegen und verweigerte auch den Beistand, den die Polen auf Grund des Vertrages vom 29. März 1790 in Anspruch nahmen. Ungehindert mochten die Russen in dem unglücklichen Lande schalten, die verhaßte Constitution vom 3. Mai beseitigen, die Urheber vertreiben und an ihre Stelle die frühere Anarchie oder vielmehr die schrankenlose Willkühr der russischen Befehlshaber sezen. Man fand in Berlin, der vorwiegende Einfluß Rußlands sei den Interessen Preußens weniger entgegen, als die neue Verfassung mit der Erbmonarchie, und die polnische Allianz habe sich noch lästiger erwiesen, als wenn man, wie in früherer Zeit, den Einfluß mit Rußland hätte theilen müssen<sup>2)</sup>.

Anders wie Preußen war dem gegenüber Oestreich gestellt. Als Leopold den Thron bestieg, fand er als Erbschaft Josephs II.

1) Häuffer, a. a. O. I, 352. Vgl. auch den Brief des Königs vom 13. Juni 1792 bei Hermann, Correspondenzen, 291.

2) Vgl. Häuffer, a. a. O. I, 354.

das Bündniß mit Rußland und eine keineswegs enge Beziehung zu den Polen. Es ist auch bisher noch kein Dokument hervorgetreten, welches für das erste Jahr seiner Regierung eine freundschaftliche Sorgfalt für die Erhaltung der Republik bezeugen könnte. Sybel hat freilich in lebhaften Farben dargestellt, wie der Staatsstreich des 3. Mai, wesentlich von Leopold vorbereitet, mit seiner Billigung und Beihülfe zur Ausführung gekommen sei<sup>1)</sup>; aber diese Ansicht ist, wie mir scheint, von Hermann<sup>2)</sup> mit Recht zurückgewiesen, wenigstens ist dafür noch kein Beweis gefunden. Allem Anscheine nach wurde auch Leopold durch den 3. Mai überrascht; nur galten für ihn die politischen Gründe nicht, welche Rußland und Preußen gegen die Staatsveränderung einnehmen mußten. Er konnte einen Augenblick befürchten, sie sei von Preußen oder in preußischem Interesse angeregt, sobald aber dieser Argwohn sich als grundlos herausstellte, darf es nicht befremden, wenn er das, was einmal geschehen war, anerkannte und sogar zu fördern suchte. Daß er nun wirklich sowohl Rußland als Preußen gegenüber diesen Versuch gemacht habe, läßt sich nach den von Sybel angeführten Dokumenten nicht wohl in Abrede stellen, und Hermann hätte es niemals bestreiten sollen. Nur scheint wieder Sybel zu weit zu gehen, wenn er in dieser Förderung das Hauptziel und den Angelpunkt der kaiserlichen Politik, ja in einer darauf bezüglichen Depesche „vielleicht den wichtigsten Akt in Leopolds Regierung“ findet<sup>3)</sup>. Die ganze Angelegenheit wird im Gegentheil von dem Kaiser lässiger betrieben, als man nach ihrer Wichtigkeit erwarten sollte, wie denn überhaupt Hermann, ich glaube, richtig hervorgehoben hat, daß die Spitze der Leopoldinischen Politik nicht sowohl zu Gunsten Polens gegen Rußland, als zu seiner

1) Vgl. Geschichte der Revolutionszeit, I, 262. Sybel selbst hat den Beweis für diese Ansicht später als einen hypothetischen bezeichnet. Vgl. Histor. Zeitschrift, XII, 272.

2) Vgl. den Aufsatz: die polnische Politik Kaiser Leopolds II. in den Forschungen zur deutschen Geschichte, Göttingen 1864, IV, 387.

3) Vgl. den Aufsatz: Kaiser Leopold II., in der Historischen Zeitschrift, X, 420.

eigenen Sicherung gegen das revolutionäre Frankreich gerichtet war. Nur darf man daraus nicht den Schluß ziehen, daß Leopold den Krieg mit Frankreich als ein erwünschtes Ziel vor Augen gehabt hätte, und auch, was das Verhältniß zu Rußland betrifft, so könnte es voreilig sein, aus dem, was in einer kurzen Zeit geschehen, die letzten Gedanken und Absichten eines so feinen und langsam vorbereitenden Politikers mit Bestimmtheit feststellen zu wollen.

Die Regierung seines Nachfolgers beharrte, wie es scheint, vorerst auf denselben Grundsätzen. Am liebsten hätte sie die Unabhängigkeit und freie Verfassung Polens erhalten, aber sie war keineswegs gewillt und nach dem Ausbruch des französischen Krieges nicht einmal im Stande, mit Kraft und Entschiedenheit dafür einzutreten. In dem Vertrage vom 25. Juli 1791 war die Integrität und die freie Verfassung Polens garantirt. Dieselbe Bestimmung hatte Leopold auch in das Bündniß vom 7. Februar 1792 aufnehmen wollen, aber die preußischen Minister fürchteten, daß in diesem Ausdruck eine zu deutliche Beziehung auf die Verfassung vom 3. Mai gefunden würde, und Leopold, schon durch das Nahen des Krieges bedroht, konnte seinen Willen nicht durchsetzen. Nicht mehr die Garantie der freien Verfassung, (*de la libre constitution*), sondern einer freien Verfassung (*d'une libre constitution*) wurde von beiden Mächten übernommen<sup>1)</sup>, eine unscheinbare Veränderung, die aber doch die Selbstständigkeit Polens den vernichtenden Entwürfen Rußlands preisgab.

Gleichwohl hielt die österreichische Regierung auch jetzt noch die Hoffnung aufrecht, Preußen für die Erhaltung Polens zu gewinnen. Eine Denkschrift des Geheimen Referendars Spielmann, die der österreichische Gesandte Fürst Reuß am 10. März in Berlin überreichte, suchte nachzuweisen, daß Oestreich und Preußen ein gleiches Interesse hätten, durch die Herstellung gesicherter Zustände in Polen die Quelle unaufhörlicher Zwietracht und Verlegenheit zu schließen.

1) Vgl. den Bericht des Preussischen Ministeriums an den König vom 3. Februar 1792 bei Hermann a. a. O. Forschungen, IV, 429.

Dies lasse sich am Besten durch die Erblichkeit der Krone erreichen; der Kurfürst von Sachsen sei für beide Mächte der geeignetste Träger, auch widerspreche es ihrem Interesse nicht, die Erblichkeit auf die Brüder und den jedesmaligen Nachfolger in Sachsen auszudehnen; die Gefahr, daß Polen zu stark würde, könne durch eine Beschränkung des Heeres auf 40,000 Mann und die Bestimmung ewiger Neutralität beseitigt werden<sup>1)</sup>. Aber dieser Vorschlag fand in Berlin die übelste Aufnahme. „Wäre ich nicht von Oestreichs Loyalität überzeugt,“ sagte der König, „so müßte das Austausch eines solchen Planes mich mit tiefem Argwohn erfüllen.“ Man wies jede Förderung und Garantie der neuen Verfassung mit Entschiedenheit zurück.

Ebenso wenig Erfolg hatte eine Note, die der Fürst Kaunitz am 12. April in ähnlichem Sinne nach Petersburg abgehen ließ<sup>2)</sup>. Selbst dem Vertrage vom 7. Februar verweigerte die Kaiserin eben wegen des auf Polen bezüglichen Artikels ihre Zustimmung. Um so bereitwilliger zeigte sie sich zur Theilnahme an dem Kriege gegen Frankreich, freilich nur mit dem geringen Contingent von 15,000 Mann. Es kamen darauf mit Oestreich am 14. Juli, mit Preußen am 7. August besondere Verträge zum Abschluß; die Verfassung vom 3. Mai wurde aufgegeben, Polens Integrität von Oestreich zwar noch festgehalten, aber man setzte doch dem Einmarsch russischer Truppen und dem Schalten der Kaiserin in Polen keinen nachhaltigen Widerspruch entgegen. Schon im Juni berichtete Graf Haugwitz aus Wien, Oestreich würde gegen eine Entschädigung Preußens in Polen wohl nichts einzuwenden haben<sup>3)</sup>; um den Wiener Hof noch willfähriger zu stimmen, regte der russische Gesandte, Graf Rasumowski, einen von Oestreich lange gehegten Wunsch wieder an.

Es ist bekannt, wie nach dem Aussterben der jüngeren wit-

1) Sybel, Geschichte der Revolutionszeit, I, 427, gibt den Auszug, den ich hier benutze.

2) Vgl. den Auszug bei Hermann, die österreichisch-preussische Allianz, S. 61.

3) Vgl. den Brief vom 6. Juni bei Hermann, Correspondenzen, 290.

telsbacher Linie Joseph II. im Jahre 1777 sehr zweifelhafte Ansprüche auf Baiern erhob. Durch Friedrich den Großen wurden sie vereitelt, Oestreich mußte sich mit einer unbedeutenden Erwerbung am Inn begnügen. Im Jahre 1785 wurde der Versuch wiederholt, auf anderem Wege und mit besserer Aussicht; denn der Nachfolger Maximilian Josephs, der alternde Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz, ohne rechtmäßige Nachkommen, zeigte sich nicht ungeneigt, die neu erworbenen bairischen Besitzungen gegen die östreichischen Niederlande und den Titel eines Königs von Burgund zu vertauschen. Aber noch einmal trat Preußen entgegen. An der Spitze des Fürstenbundes unterstützte es den Widerspruch, den der nächstberechtigte Agnat, der Herzog von Pfalz-Zweibrücken, gegen diesen Tausch erhob, und der Kaiser mußte abermals seinen Absichten entsagen. Gewiß gab es kein stärkeres Mittel, den Wiener Hof willfährig zu stimmen, als wenn man jetzt die alte Hoffnung wieder anregen und zu ihrer Erfüllung den Beistand gerade des Gegners versprechen konnte, an dessen Widerstreben sie mehr als einmal gescheitert war.

So schnell als erwartet kam man jedoch nicht zum Abschluß, weder für jetzt in Wien, noch später im Juli zu Frankfurt und Mainz, weil Oestreich, sei es im Ernst, oder, um diesen lästigen Verhandlungen ein Ende zu machen, außer Baiern auch Ansbach und Baireuth, die kaum an Preußen vererbten fränkischen Herzogthümer, in Anspruch nahm. Die preußischen Diplomaten geduldeten sich einstweilen; wenn der Krieg mit Frankreich, wie man voraussetzte, rasch und glücklich beendet sei, hoffte man sich leichter zu verständigen. Als aber statt dessen der Feldzug den unglücklichen Ausgang nahm, mußten auch sofort die frühern Ansprüche auf Entschädigung um so dringender hervortreten. Die entscheidende Wendung bezeichnet eine von Haugwitz und Lucchesini entworfene Note, welche noch auf dem Rückzuge, in Merle, einem kleinen Dorfe bei Luxemburg, am 25. October die königliche Unterschrift erhielt. Nach den großen Kosten und Opfern des letzten Feldzugs, erklärte der König, müsse er einem baldigen Ersatz entgegensehen, und bevor er ferneren Antheil am

Kriege nehme, für die künftig noch aufzuwendenden Kriegskosten eine Entschädigung verlangen; er erwarte daher, daß ihm dieselbe und zwar in erweitertem Maße in Polen durch Oestreich und Rußland in der Weise zugesichert werde, daß er sich sogleich in deren wirklichen Besitz setzen könne. Geschehe dies nicht, so müsse er sich im nächsten Jahre darauf beschränken, die am 7. Februar versprochenen 20,000 Mann zu stellen, gleichwohl aber in Polen eine wenn auch geringere Schadloshaltung in Anspruch nehmen <sup>1)</sup>).

Ueber diese Forderung wurde nun zuerst in Luxemburg, dann in den letzten Monaten des Jahres zwischen Haugwitz, Spielmann und Cobenzl in Wien unterhandelt. Die Oestreicher zeigten sich um so schwieriger, als die preußischen Ansprüche in Polen sich bedeutend gesteigert hatten, dagegen die Ausführung des belgischen Tausches nach der unglücklichen Schlacht bei Zempapes ins Weite und Ungewisse verwiesen war. Nur langsam und allmählich rückte die Verhandlung vor. Am 9. December erklärte Cobenzl, man sei bereit, Preußen die eventuelle Occupation des polnischen Gebietes zu gestatten, müsse aber dafür bis zur Ausführung des belgischen Tausches einen dem preußischen gleichkommenden Antheil in Polen als Pfand selbst in Besitz nehmen. Endlich am 24. December schreibt Haugwitz, der kaiserliche Hof habe nunmehr seine Einwilligung gegeben; man könne sofort von der polnischen Entschädigung Besitz ergreifen, wenn nur Rußland und Preußen für die Ausführung des belgischen Tausches sich verbürgen wollten <sup>2)</sup>. Dies Zugeständniß hat später bittere Streitigkeiten hervorgerufen. Es war nicht schriftlich gegeben, und von dem östreichischen Ministerium ist es nachmals ganz in Abrede gestellt; aber auch die verlangte Garantie war Preußen nicht geneigt zu übernehmen. Gleichwohl wurde am 23. Januar 1793, ohne daß Oestreich die geringste Kenntniß gegeben wäre, zwischen Rußland

1) Vgl. die Note bei Hermann, Correspondenzen, 303.

2) Vgl. die Note Cobenzls vom 9. December und das Schreiben des Königs an Goltz vom 29. Dec. bei Hermann, Correspondenzen, 310, 315.

und Preußen der Vertrag über die zweite Theilung Polens unterzeichnet. Preußen erhielt mehr als tausend Quadratmeilen mit ungefähr anderthalb Millionen Einwohnern, freilich nur unter der Bedingung, daß Rußland das Vierfache an Umfang, das Doppelte an Einwohnern sich zueignete; auch mußte der König versprechen, dem bairisch-belgischen Tausche zuzustimmen und bis zu dem Zeitpunkte, daß der Zweck des Krieges gegen Frankreich erreicht sei, die Waffen nicht aus der Hand zu legen.

Schon am 6. Januar 1793 hatte eine königliche Proclamation die in Polen angeblich von den Jakobinern angestifteten Unruhen zum Vorwand genommen, den Einmarsch preußischer Truppen zu rechtfertigen. Beinahe ohne Widerstand wurden die von Preußen angesprochenen Landestheile besetzt. Der Vertrag selbst blieb dagegen in das strengste Geheimniß gehüllt; nicht eher, als am 22. März erhielt man in Wien durch Rasumowski die erste Anzeige. Sie rief, wie sich denken läßt, die größte Bestürzung hervor und bald eine höchst bedeutende Veränderung. Der Kaiser entließ am 27. März Spielmann und Cobenzl, die so arger Ueberlistung nicht vorgebeugt hatten; an ihre Stelle trat Franz Thugut, der Staatsmann, der dann sieben Jahre lang der Leiter der österreichischen Politik und die Seele des Krieges gegen Frankreich geworden ist. So schmerzlich man die Vorgänge in Polen empfand, Oestreich war doch eben jetzt nicht in der Lage, was geschehen war, rückgängig zu machen. Preußen nahm am 25. März, Rußland am 7. April von den besetzten Gebieten förmlich Besitz; ein Reichstag, auf den 17. Juni nach Grodno berufen, sollte der Gewaltthat eine rechtliche Form geben. Selbst dieser schwache Ueberrest polnischer Nationalität sträubte sich länger, als man erwartete, aber erneuerten Gewaltmaßregeln gegenüber war dauernder Widerstand nicht durchzuführen. Am 22. Juli erhielt Rußland und nach langen Streitigkeiten zwei Monate später auch Preußen die erzwungene Einwilligung.

Allerdings ein gewaltiger Machtzuwachs für beide Staaten; daß aber nach solchen Vorgängen die Coalition gegen Frankreich gelockert, die kaum erlangte Einigung zwischen Oestreich und Preußen

aufs tiefste verletzt war, muß Jeder empfinden; nur zu bald zeigt sich die Einwirkung auch auf den Fortgang des Krieges.

Der neue Feldzug mochte anfangs zu den besten Hoffnungen berechtigen. Das Vordringen der Franzosen nach Belgien hatte bewirkt, daß nun auch England und Holland den Verbündeten sich näherten; nicht lange nach dem Tode Ludwigs XVI., am 1. Februar 1793, beschloß der Convent gegen beide Seemächte die Kriegserklärung. So ließ sich mit doppelter Zuversicht an die Zurückeroberung des Verlorenen denken, und sie gelang schneller, als man erwartete. Bei Aldenhoven und noch entschiedener bei Neerwinden am 1. und 18. März wurde Dumouriez von dem kaiserlichen Feldmarschall Prinzen Josias von Coburg völlig geschlagen, in wilder Flucht eilten die republikanischen Schaaren über die französische Grenze zurück. Dumouriez, schon seit längerer Zeit mit dem Convent zerfallen, trat am 5. April selbst zu den Verbündeten über, sein Heer, wenn es ihm auch nicht folgte, schien doch der Auflösung nahe und zu ausdauerndem Widerstande unfähig. Nicht minder glücklich waren die Ereignisse am Rhein. Freilich von Seiten des Reiches war noch immer nichts zu erwarten, obgleich am 22. März ein Reichsgutachten sich dahin ausgesprochen hatte, daß der von Frankreich durch Gewaltschritte angefangene Krieg als Reichskrieg zu erklären, der Handelsverkehr mit Kriegsbedürfnissen einzustellen und jede offene oder verdeckte Neutralität eines Reichsangehörigen nicht ferner zu gestatten sei. Aber die preußischen Truppen hatten bereits im December des Jahres 1792 die Franzosen aus Frankfurt vertrieben, eine Reihe glänzender Gefechte jenseits des Rheines zeigte dann im Frühling noch unzweideutig die Ueberlegenheit der deutschen Kriegskunst. Am 23. Juli wurde nach hartnäckiger Vertheidigung auch Mainz zurückerobert, und in Verbindung mit einem österreichischen Corps unter Wurmsler konnte man bis über die Gränzen Lothringens und des Elsaß sich ausdehnen.

Jetzt aber machten die polnischen Angelegenheiten ihren verderblichen Einfluß geltend. Thugut, wenn er auch dem Vertrag vom 23. Januar nicht mit den Waffen sich widersetzen konnte,

war doch noch weniger geneigt, zu seiner Ausführung behülflich zu sein; er verweigerte also den von Rußland und Preußen gewünschten Beitritt, ehe für Oestreich die Entschädigung hinreichend gesichert sei. Bald glaubte man in Berlin und im Kriegslager zu bemerken, daß er in Petersburg und am polnischen Reichstage den preußischen Interessen entgegenarbeite, und je länger nun die Einwilligung der Polen sich verzögerte, je schwieriger es schien, zum sichern und anerkannten Besiz des preußischen Antheils zu gelangen, um so lauter wurden die Klagen der Minister, daß der König, fern an der französischen Grenze in einen unheilvollen Krieg verwickelt, die wichtigsten Interessen der Monarchie hintansetze. Der Sommer verging unter fruchtlosen Verhandlungen, um von der einen Seite Oestreichs Zustimmung zu der preußischen Erwerbung, von der andern eine gleichwerthvolle Vergrößerung für den Kaiser zu erlangen. Auch eine Sendung des Grafen Lehrbach, der Ende August mit neuen Vorschlägen in das preußische Kriegslager kam, hatte keinen Erfolg<sup>1)</sup>. Als aus Grodno die ersehnte Nachricht noch immer nicht eintreffen wollte, faßte Friedrich Wilhelm einen entscheidenden Entschluß. Am 23. September erhielt Lehrbach die Mittheilung, der König finde sich wider Erwarten und sehr gegen seinen Wunsch in der traurigen Nothwendigkeit, sich persönlich und durch seine eigenen Mittel der gerechten Entschädigungen, die er in Polen in Besiz genommen, zu versichern, er müsse seinen Verbündeten die Sorge überlassen, gegenüber Frankreich denselben Weg einzuschlagen, und sich natürlich das Recht vorbehalten, seiner Zeit zu den Entschädigungen Oestreichs seine Zustimmung zu geben. Der König, heißt es weiter, finde sich in der absoluten Nothwendigkeit, die letzten Hülfquellen seines Staates zu schonen, und deßhalb außer Stande,

1) Etwas Bestimmtes über diese Sendung wüßte ich für jetzt noch nicht anzugeben; die ausführliche Erzählung bei Sybel *Rev.-Zeit*, II, 349 und der kurze Bericht Häußers a. a. O. I, 501 lassen sich mit den bei Hermann, *Correspondenzen*, 394, 399, abgedruckten Excerpten aus den Briefen des Königs vom 2. September und 27. August und meinen eigenen Auszügen aus den Briefen Caesars vom 29. August und 4. September, sowie des Ministeriums vom 2. September nicht vereinigen.

dem Kaiser fernerhin den Beistand anzubieten, den er in den ersten beiden Feldzügen ihm geleistet habe. Höchstens in dem Falle könne er von diesem Grundsatz abweichen, wenn die verbündeten Mächte die Mittel gewährten, die preußische Armee zur weitem Vertheidigung der Sache, die sie auf sich genommen, zu erhalten <sup>1)</sup>. Am 29. September verließ dann der König den Rhein, um über Berlin sich nach Polen zu begeben. Freilich fand er den Zweck der Reise schon erfüllt; am 25. September, beinahe zu derselben Zeit, als die Note an Lehrbach abging, hatte der polnische Reichstag unter Rußlands Machtgebot den preußischen Forderungen zugestimmt, und dem König blieb nur die leichtere Aufgabe, die Huldigung und den officiellen Festesjubel in den neu erworbenen Provinzen entgegenzunehmen. Aber man muß zweifeln, ob dadurch die Einigung mit dem Kaiser und die kriegerischen Unternehmungen am Rhein gefördert wurden; denn der Beitritt zum Vertrage vom 23. Januar, zu dem Oestreich bald darauf sich willig zeigte, konnte nun als werthlos abgelehnt und die Rücksichtnahme auf die Coalition, deren man schon weniger bedurfte, vermindert werden. „Der Abschluß der polnischen Angelegenheit,“ schreibt Lucchesini bereits am 5. September an den Marschall Möllendorf, „setzt den König in den Stand, nun fest und entschieden dem Wiener Hofe die Unmöglichkeit darzulegen, den Krieg in einem dritten Feldzug auf seine Kosten fortzusetzen. Mit Ehren aus dem kostspieligsten Krieg, den Preußen jemals geführt hat, hervorgehen, aus den neuerworbenen polnischen Provinzen Nutzen ziehen, die Lücken des Staatschazes ergänzen, das Heer vervollkommen, die neuen Verbindungen mit Rußland mehr und mehr befestigen, im Stillen den Ehrgeiz unseres natürlichen Rivalen überwachen und von den Launen der englischen Politik uns unabhängig erhalten, das ist nach meiner Ansicht die glorreiche politische Laufbahn, die unserm Könige zu verfolgen übrig bleibt“ <sup>2)</sup>.

1) Die Worte finden sich in einer Depesche Caesars vom 11. October 1793 im preußischen Staatsarchiv. Vgl. auch das Schreiben des Königs an Goltz vom 25. October bei Hermann, Correspondenzen, 404.

2) Häuffer a. a. O. I, 516.

Die preußischen Truppen unter dem Herzog von Braunschweig behielten allerdings ihre frühere Stellung, aber wie war unter solchen Umständen, bei solchen Gesinnungen ein kräftiges Zusammenwirken zu erwarten? Und doch wäre nichts nöthiger gewesen. Denn in den französischen Heeren zeigte sich nach dem ersten Taumel der Revolution wieder der Anfang einer festen Gliederung und Ordnung; sie fingen an, nicht nur durch die Zahl, sondern auch durch Muth und Geschicklichkeit den Deutschen gefährlich zu werden. Davon mußte man zuerst in Belgien sich überzeugen. Die verbündeten Truppen hatten die günstigen Erfolge nicht benutzt; statt rasch den Weg gegen Paris zu nehmen, verlor man Zeit und Kraft in der Belagerung einiger Festungen. Unterdessen erhielten die Franzosen Zeit, sich zu sammeln; beträchtlich verstärkt erfochten sie bei Hondscote am 8. September, bei Wattignies am 16. October bedeutende Vortheile, die zwar den ganzen Gewinn des Feldzugs den Verbündeten nicht rauben konnten, aber die Aussicht in die Zukunft doch wesentlich verdunkelten.

Noch übler war der Ausgang des Jahres am Rhein. Zwar gelang es den vereinigten Kräften des Herzogs von Braunschweig und Würmser's am 13. October, das Bollwerk des Elsaß, die Weißenburger Linien, mit stürmender Hand zu nehmen; aber diesen Vortheil verkümmerte eine Streitigkeit zwischen beiden Feldherrn, von denen der eine zu neuen und kräftigen Unternehmungen sich nicht bewegen ließ, der andere seine weit vorgeschobene Stellung im Elsaß nicht aufgeben wollte. Die Folge war, daß der österreichische General, von überlegenen französischen Heeresmassen unablässig bedrängt, gegen Ende Decembers nach tapferem Widerstande geschlagen und zum Rückzug auf das rechte Rheinufer nach Mannheim genöthigt wurde. Die Einschließung von Landau mußte aufgegeben werden, nicht einmal die deutsche Gränze ließ sich unverfehrt behaupten.

An dieses Mißgeschick schlossen sich schon in jener Zeit die unerquicklichsten Zänkereien und gegenseitige Vorwürfe, die noch in den neuesten Schriften einen Wiederhall gefunden haben. Hier

ist nicht der Ort, näher darauf einzugehen; soweit ich urtheilen kann, findet man die entscheidenden Gesichtspunkte in Häußers Darstellung (I, 495 fg.) am Besten hervorgehoben. Offenbar waren es wesentlich politische Gründe, insbesondere die Rücksicht auf Polen, welche die preußischen Truppen nach der Eroberung von Mainz nicht zu wirksamer Thätigkeit und den Feldzug nicht zu einem glücklichen Ergebnis gelangen ließen. Die von Häußers mitgetheilten Dokumente lassen darüber keinen Zweifel. Andererseits darf man jedoch nicht verkennen, daß Wurmsers, der überall als tapfern Soldaten, aber niemals als großen Feldherrn sich bewährt hat, durch vereinzelt Vorücken und eigenwilliges Verbleiben in einer unhaltbaren Stellung das Unglück, das ihn beim Schlusse des Feldzugs traf, zum großen Theile selbst verschuldet hat. Vivenot, dessen Erzählung eigentlich erst mit dem Jahre 1794 beginnt, hat nachträglich (II, I, 507—546) der Geschichte des Jahres 1795 auch eine Episode über den Krieg von 1793 eingeschoben. Er theilt im Einzelnen manches Interessante mit, aber die ganze Ausführung ist so einseitig und in einem so heftigen Tone gehalten, daß sie zur Aufklärung des Urtheils nur wenig beitragen kann. So findet er sogleich als unzweifelhaft erwiesen, „daß der ewig zaudernde, ebenso unfähige, als wenig bundesfreundliche Herzog von Braunschweig den redlich gesinnten, thatkräftigen Wurmsers auf eine ebenso ehrlose als gewissermaßen auf den Untergang der tapfern österreichischen Armee berechnete Weise schändlich im Stich gelassen habe“, und wenn man im preußischen Hauptquartier über das eigenwillige Vorgehen Wurmsers klagte, „so schien es“ — diese Stelle kann die Ausdrucksweise des ganzen Werkes kennzeichnen, — „als ob der erprobte österreichische Feldherr seinen ganzen Beruf darin hätte finden sollen, die Laksien- und Kupplerdienste der Herren Manstein, Riez und Consorten gegen den preußischen König in das Oestreichische zu übertragen“ (II, I, 523).

### Drittes Kapitel.

#### Der polnische Aufstand und die haager Uebereinkunft vom 19. April 1794.

Das Jahr 1794 begann mit wenig günstigen Ausichten für die Verbündeten. Der Revolution war Zeit gelassen, sich zu befestigen; auf den Trümmern der alten Parteien hatte der Schrecken eine neue Gewalt gegründet, die mit unerbittlicher Energie im Innern jeden Widerstand zu Boden warf, um nach Außen die gesammte Kraft der Nation gegen die Feinde zu richten. Schon waren die aufgestandenen Provinzen im Süden und Westen überwältigt, im December auch Toulon den Engländern wieder entzogen; Carnot organisirte den Krieg, und im Heere wurde zuerst der Name Bonapartes genannt.

Der Coalition dagegen waren schon die letzten Ereignisse am Rhein und in Belgien nicht günstig, und noch gefährlicher stellte die Zwietracht der einzelnen Theilnehmer jedem Erfolg der Gesammtheit sich in den Weg. Die preußische Note vom 23. September enthielt ihrer eigentlichen Bedeutung nach die Losssage von der Coalition, und die Mehrheit der preußischen Staatsmänner wäre unzweifelhaft schon damals geneigt gewesen, die Trennung auch förmlich auszusprechen, um entweder Preußens Antheil an dem Kriege auf die Pflichten eines bloßen Reichsstandes zu beschränken, oder sogar eine Einigung mit der französischen Republik zu versuchen. Wir haben gehört, wie Lucchesini sich darüber aussprach; Oberst Manstein <sup>1)</sup>, der einflußreiche Adjutant des

1) Vgl. Sybel, Rev.-Zeit, III, 59. Häuffer a. a. D. I, 558. Hermann, Correspondenzen, 479.

Königs, war ganz derselben Meinung, der Marſchall Möllendorf hatte ſchon bei dem Tode Leopolds die Hoffnung geäußert, daß dies Ereigniß das verderbliche System der preußiſchen Politik erſchüttern werde <sup>1)</sup>. Am 1. October 1793 reichte der Miniſter v. Alvensleben ſogar eine eigene Denſchrift ein, die in den härteſten Worten den ausgeſchiedenen Miniſter, Grafen v. Schulenburg, ſowie das Bündniß mit Deſtreich und ſeine Folgen beurtheilte. „Ich wiederhole es,“ ſchreibt er zuletzt, „und dies iſt der Kern meines politiſchen Glaubensbekenntniſſes: jede Maßregel, die darauf ausgeht, den König von der Ligue loszumachen, iſt ein Anfang zur Wiederherſtellung der preußiſchen Monarchie; jede Maßregel aber, die darauf ausgeht, unſere Mitbetheiligung zu verlängern, iſt ein neuer Schritt zu unſerem Untergang. Der einſichtsvolle Patriotismus meiner Collegen iſt mir Bürge dafür, daß ſie mit mir beharrlich ſich bemühen werden, die Mittel und Wege zu finden, durch die unſer Monarch und unſere Monarchie aus dem furchtbaren Labyrinth, in welchem ſie ſich befinden, herausgezogen werden können“ <sup>2)</sup>. Dieſe Hoffnung war nicht unbegründet, denn der alte Miniſter v. Finkenſtein neigte zu derſelben Anſicht, und Haugwitz, der zu Anfang März als Schulenburgs Nachfolger für die auswärtigen Angelegenheiten in das Miniſterium getreten war, ſetzte ihr wenigſtens keinen entſchiedenen Widerſtand entgegen.

Unzweifelhaft iſt es dem perſönlichen Antriebe des Königs zuzuſchreiben, wenn noch einmal Verhandlungen mit Deſtreich angeknüpft wurden; freilich auf Bedingungen, deren Annahme die preußiſchen Staatsmänner ſchwerlich erwarteten. Für die Aufſtellung von 100,000 Mann verlangten ſie während des nächſten Jahres 22 Millionen Thaler nach vierteljährigen Raten im Voraus zahlbar. Thugut erklärte ſogleich, als ihm dieſe Forderung durch den preußiſchen Reſidenten Caefar am 5. November bekannt wurde,

1) Vgl. den Bericht des engliſchen Geſandten Morton Eden in Berlin vom 8. März 1792 bei Hermann, Correſpondenzen, 216.

2) Vgl. Hermann, Correſpondenzen, 408.

bei Oestreichs erschöpften Mitteln sei es unmöglich, darauf einzugehen; wenn der Kaiser, setzte er scherzend hinzu, sich selbst und seinen ganzen Hof verpfänden wolle, er würde eine solche Summe nicht aufbringen können<sup>1)</sup>. Zu Anfang des folgenden Monats übernahm dann Lucchesini den Gesandtschaftsposten in Wien, den er bis zum Frühling 1797, länger als drei Jahre, bekleidet hat, ein Mann von rühriger Thätigkeit, seiner Beobachtung, scharfem und schnellem Verstande, aber nach seinen Gesinnungen wenig geeignet, zwischen Oestreich und Preußen ein gutes Einvernehmen herzustellen, am wenigsten für den nächsten Feldzug. Er kam mit dem Vorschlage, von den 22 Millionen solle England 9, der Kaiser 3 bezahlen und zugleich die Garantie übernehmen, daß die noch übrigen 10 vom Reiche aufgebracht würden. Thugut blieb jedoch bei seiner Behauptung, daß Oestreich für preußische Truppen keine Zahlung leisten könne. Verhandlungen, die der Graf Lehrbach zur selben Zeit in Berlin eröffnete, hatten ebenso wenig Erfolg; auch der Reichstag zeigte sich keineswegs geneigt, die Unterhaltung eines preußischen Heeres zu übernehmen. Aber England, das auf die Sicherung Belgiens den höchsten Werth legte, schlug sich jetzt ins Mittel. Lord Malmesbury, schon seit mehreren Wochen in Berlin bei den Unterhandlungen thätig, erhielt am 5. Februar 1794 die Vollmacht, für ein Hülfsheer von 100,000 Mann zwei Millionen Pfund Sterling anzubieten. Von der Summe sollte England zwei Fünftel, Oestreich und Holland je eins und Preußen das letzte aufbringen, aber am Schlusse des Feldzugs dafür entschädigt werden. In Berlin erhob man zwar Einwendungen gegen die Zahlung des letzten Fünftels, zeigte sich aber doch geneigt, auf dieser neuen Grundlage zu unterhandeln<sup>2)</sup>, die Zustimmung Hollands war unzweifelhaft, die Entscheidung also vornehmlich dem Kaiser anheim gegeben. Aber sie fiel nicht zu Gunsten des Antrags. Schon im Februar erklärten Thugut und der Reichsvice-

1) Vgl. Caesars Bericht vom 12. November 1793.

2) Vgl. das Schreiben des Ministeriums an Lucchesini vom 8. Februar 1794.

fanzler Fürst Gundakar Colloredo im Gespräche mit Lucchefini, und am 6. März Lehrbach in Berlin, der Kaiser könne zur Bezahlung des einen Fünftels sich nicht verstehen; er verlange nur nach dem Februarvertrage das Hülfscorps von 20,000 Mann und als Reichsoberhaupt das preußische Contingent für die Reichsarmee, die unter dem Befehl des Herzogs von Sachsen-Teschen neu gebildet werden sollte. In Folge dieser Ablehnung erhielt Möllendorf — der Herzog von Braunschweig war schon zu Anfang des Jahres zurückgetreten — am 11. März den Befehl, mit der preußischen Armee vom Rheine abzuziehen; die reichsständische Verpflichtung wurde nicht anerkannt, nur das vertragsmäßige Hülfscorps von 20,000 Mann sollte zurückbleiben.

Neuere Geschichtschreiber <sup>1)</sup> haben hier Veranlassung zu heftigen Vorwürfen gegen Thugut gefunden. Sie motiviren seine Weigerung durch die Aussicht auf einen Krieg mit den Türken, von dem er sich größere Beute, als von dem französischen versprochen habe. „Thuguts Erregtheit“, sagt Häuffer, „war bei Versuchungen dieser Art ebenso groß, wie seine Neigung zu solch abenteuernder Politik. Trotz des ungünstigen Augenblicks — denn schon drohte der Brand vom Westen das eigene Haus zu ergreifen — trug die fieberhafte Begehrlichkeit des österreichischen Staatsmanns den Sieg davon. Er stieß die preußische Hülfe, die den Rhein decken sollte, leichtfertig zurück und wiegte sich dafür in Träumen naher Vergrößerung in Serbien und Bosnien.“ Sollte diese Motivirung richtig sein? Man muß es bezweifeln, bis wenigstens ein Zeugniß dafür gefunden ist. Die Gefahr eines Krieges zwischen Rußland und der Pforte war allerdings seit dem Sommer des Jahres 1793 wieder vorhanden, nicht bloß in den Gelüsten der Kaiserin Katharina, sondern auch in der Erbitterung der Türken, die durch Sendlinge des französischen Convents in jeder Weise gegen Rußland und Oestreich gereizt wurden. Aber dieser Umstand, wenn er auf die Verhandlung über die Subsidien ein-

1) Vgl. vornehmlich Sybel, Geschichte der Rev.-Zeit, III, 46 und Häuffer, a. a. O. I, 544.

gewirkt hat, mußte gerade zur Annahme des englischen Vorschlags drängen, denn nichts war in diesem Falle wichtiger, als die preußischen Truppen am Rhein im Kriege gegen Frankreich festzuhalten und dadurch die Gefahr eines preußischen Einspruchs zu beseitigen. Katharina erkannte das recht wohl; sie unterließ denn auch nicht, in bittern Worten dem Könige die in Polen geleisteten Dienste vorzurücken und seine Dankbarkeit sowie sein königliches Pflichtgefühl im Interesse der Menschheit gegen die scheußliche Secte der Jakobiner aufzurufen <sup>1)</sup>. Denselben Wunsch hätte Oestreich empfinden, und die Rücksicht auf den Türkenkrieg also gerade das Gegentheil von dem, was Häuffer voraussetzt, bewirken müssen. Aber was bis jetzt vorliegt, insbesondere die von Vivenot veröffentlichten Briefe Thuguts, Colloredos und Lehrbachs berechtigen gar nicht, einen solchen Zusammenhang anzunehmen <sup>2)</sup>. Als die eigentlichen Gründe der Ablehnung erkennt man neben der Schwierigkeit, die nicht unbedeutende Summe von drei Millionen Thalern zu beschaffen, zunächst ein Gefühl kaiserlicher Würde, das sich verletzt glaubte, wenn der Kaiser einem Reichsstand Subsidien zahle, ferner die Abneigung gegen Preußen, welche durch den Vertrag vom 23. Januar 1793 und die jüngsten Ereignisse des Krieges noch gesteigert war. Dazu kam die Hoffnung, Preußen auch ohne Beihülfe des Kaisers durch die Anstrengungen der Seemächte unter den Waffen zu halten, oder, wenn dies nicht gelänge, den Ausfall durch das reichsgesetzliche Contingent, das vertragsmäßige Hülfscorps und eine Reichsarmee zu decken, deren Bildung besonders auf Col-

1) Vgl. insbesondere die Briefe vom 12. November 1793 im Preussischen Staats-Archiv und vom 14. Januar 1794 bei Hermann, Correspondenzen, 445.

2) Der englische Gesandte in Wien Sir Morton Eden schreibt am 24. März 1794 ganz im Gegentheil, daß Rußlands drohende Stellung gegen die Türkei in Wien sehr ungern gesehen würde: *Great apprehensions are entertained here of the Russian armaments on the Turkish frontiers. . . Her (the Empress) conduct and that of the Court of Berlin at this awful period excite the utmost indignation.* *Journal and Correspondence of Lord Auckland, London 1862, III, 194.*

loredos Betreiben seit dem Februar beschlossen war <sup>1)</sup>. Daß mehrere dieser Gründe von Gewicht seien, läßt sich nicht in Abrede stellen; gleichwohl bin ich der Ansicht, daß Thugut, indem er seine Zustimmung weigerte, allerdings eines politischen Fehlers sich schuldig machte. Denn, ob auch nicht unbedeutend, die von Preußen geforderte Summe ließ sich doch nicht unerschwinglich nennen; daß nach der Ablehnung des Antrags auf das preußische Contingent nicht zu rechnen und von einer Reichsarmee nichts Großes zu erwarten sei, war vorauszusehen; dagegen hätte ein preußisches Heer von 100,000 Mann, unter der Führung des Königs rechtzeitig am Rheine aufgestellt, dem neuen Feldzuge von Anfang an eine günstige Wendung geben können. Statt dessen verging nun die unerseßliche Zeit unter langwierigen Verhandlungen. Denn das hatte Thugut allerdings richtig vorausgesehen: England und Holland boten Alles auf, die preußische Armee im Felde zu erhalten. Malmesburys unablässigen Bemühungen gelang es, den Grafen Haugwitz zu einer neuen Unterhandlung im Haag zu veranlassen und dort am 19. April ein Abkommen zwischen Preußen und den Seemächten zur Unterzeichnung zu bringen. Preußen versprach, bis Ende Mai ein Heer von 62,400 Mann zu stellen, das unter einem preußischen Feldherrn nach einer militärischen Uebereinkunft zwischen England, Holland und Preußen da verwendet werden sollte, wo es den Interessen der Seemächte am Vortheilhaftesten erscheinen würde. Dafür versprachen diese vom 1. April ab eine monatliche Subsidie von 50,000 Pfund, beinahe ebensoviel für die Verpflegung der Truppen, außerdem 300,000 Pfund für die Ausrüstung und 100,000 beim Rückmarsch; die Eroberungen sollten im Namen der Seemächte vorgenommen und ihrer Verfügung anheimgegeben werden <sup>2)</sup>.

In Folge dieser Uebereinkunft hielt das preußische Heer seine Stellung wie zu Ende des vorigen Jahres besetzt. Möllendorf, der die Ausführung des Befehls vom 11. März nicht beeilt hatte,

1) Vgl. den Bericht Lucchefinis aus Wien vom 26. Februar 1794.

2) Vgl. Martens, Recueil des Traités, V, 283, Göttingen 1795.

empfang schon am 31. von Haugwitz die Anweisung, nicht weiter rückwärts zu gehen. Betrachtete man die Streitkräfte, die von allen Seiten, aus Deutschland, Belgien, Spanien, Sardinien gegen die französische Gränze heranzogen, so mochte der bevorstehende Feldzug immerhin einen bedeutenden Erfolg versprechen.

Aber zu derselben Zeit, als man im Haag die Festigkeit der Coalition noch einmal herzustellen schien, brach im Osten aufs Neue eine Bewegung aus, die nicht nur die Wirkungen jenes Vertrags wesentlich beeinträchtigte, sondern das lockere Band zwischen Oestreich und Preußen völlig zu zerreißen drohte.

In Polen war durch die Theilung des vergangenen Jahres und die schmachvolle Behandlung des Grodnoer Reichstages Alles, was noch einen Funken nationalen Gefühles in sich trug, zur Verzweiflung gebracht. Der russische Befehlshaber in Warschau, General Jgelström, gewalthätig und unfähig wie er war, hatte die Erbitterung noch gesteigert. Schon im März wurde es unruhig im Palatinate Krakau; als Jgelström den schwachen Rest des polnischen Heeres noch zu vermindern befohl, brach ein allgemeiner Aufstand aus. Die flüchtigen Urheber der Maiverfassung kehrten zurück, und Kosciuszko wurde in Krakau zum Generalissimus ausgerufen. Am 4. April erfocht er einen nicht unbedeutenden Sieg über die Russen bei Raclawice, am 18. mußte Jgelström nach einem blutigen Straßenkampfe Warschau räumen; wenige Tage später wurde auch Wilna frei, selbst die neu erworbenen preußischen Provinzen blieben vor polnischen Streiffchaaren nicht gesichert.

So war für die östlichen Mächte unerwartet ein neuer Anlaß der ernstesten Besorgniß hervorgetreten; nicht der Besorgniß allein, sondern zugleich der Zwietracht. Denn mochte auch das Glück die ersten Schritte des Aufstandes begleiten, es war doch von Anfang an vorauszusehen, daß er den Untergang, die Theilung des letzten Restes der Republik herbeiführen und also die Interessen der drei Mächte aufs Neue gegenüber stellen werde. Hier galt es nun, den Rivalen zuvor zu kommen und möglichst schnell des größeren Theils der Beute sich zu versichern. Niemand

erkannte das eher und richtiger als Lucchesini. Schon zu Anfang April rieth er in den dringendsten Worten, den günstigen Augenblick, da Rußland noch nicht gerüstet, Oestreich in Belgien beschäftigt sei, nicht ungenutzt zu lassen <sup>1)</sup>. Preußen war denn auch zuerst zur Stelle. Der König, statt wie er wünschte, nach dem Rheine zu gehen, wurde durch Manstein bestimmt, sich nach Polen zu wenden; zu Anfang Juni hatten 50,000 Preußen die Gränze überschritten, Kosciusko wurde am 6. bei Rawka geschlagen, am 15. Krakau erobert; einem raschen Stoße würde selbst Warschau, der Mittelpunkt der Bewegung, nicht leicht widerstanden haben. Statt dessen verlor man die Zeit in langsamen Märschen; erst am 13. Juli begann mit wenig Geschick und Energie eine Belagerung, die Wochen lang ohne Erfolg blieb und das preußische Heer in dem empörten Lande endlich selbst in eine bedenkliche Lage versetzte.

Es läßt sich erwarten, daß diese Ereignisse auf den Feldzug am Rhein nicht ohne Einfluß blieben. Hätte man den polnischen Aufstand vorhersehen können, Preußen würde auf die haager Uebereinkunft schwerlich eingegangen sein. Verträge, die den Verhältnissen nicht mehr entsprechen, sind aber selten zur Ausführung gelangt, und so traten auch hier Uneinigkeit und Mißverständnisse nur zu bald hervor. Die Seemächte wollten das Heer, das sie bezahlten, auch da, wo ihr eigentliches Interesse lag, nämlich in den Niederlanden verwendet sehen. Dazu war aber der Marschall Möllendorf nicht zu bewegen; er behauptete unveränderlich, seine Armee müsse die Rheingränze decken und dürfe in keinem Falle sich nach Flandern wenden. Am 20. Juni kam Malmesbury, begleitet von einem holländischen Bevollmächtigten, selbst in das preußische Hauptquartier nach Kirchheim-Bolanden, wiederholte in hochfahrender Weise seine Forderung und berief sich auf bestimmte Zusagen, die er von Haugwitz im Haag und bei einer späteren Unterredung am 1. Juni in Maastricht erhal-

<sup>1)</sup> Vgl. den Brief vom 7. Mai bei Hermann, Correspondenzen, 465, der aber nicht aus Warschau, sondern aus Wien datirt werden muß.

ten habe. Möllendorf beharrte jedoch bei seinem Widerstand, und man trennte sich in der äußersten Erbitterung. Umsonst richtete Malmesbury seine Beschwerden an Haugwitz; der preußische Minister stellte in Abrede, daß er eine bestimmte Zusage gegeben habe<sup>1)</sup>, und eine Kabinettsordre des Königs billigte am 4. Juli Möllendorfs Verfahren. Der erzürnte englische Diplomat schalt über Treulosigkeit und Wortbruch, drohte die Zahlungen zurückzuhalten, und so entwickelte sich eine der ärgerlichsten Streitigkeiten, die bis heute mit großer Lebhaftigkeit verhandelt und gewöhnlich zu heftigen Vorwürfen gegen Preußen ausgebeutet ist.

Sogar zwischen Sybel und Häuffer zeigt sich über diesen Punkt eine Meinungsverschiedenheit. Während Häuffer (I, 545, 555) im Wesentlichen die Klagen Malmesburys für berechtigt hält und Haugwitz mit dem Namen eines charakterlosen Intriganten belegt, kommt Sybel (III, 220) zu dem Ergebnis, die Worte des Vertrages entscheiden durchaus zu Gunsten Preußens, und „Haugwitz' einziges Verschulden bestehe darin, daß er offenbar aus Bequemlichkeit Möllendorf die Erledigung der Frage über den Kriegsschauplatz überlassen habe“. Auf dem Wege zu diesem Ziel könnte ich Sybel nicht überall folgen; andererseits scheint mir aber Häuffers Auffassung in der That zu hart. Zunächst kann man nicht sagen, daß Preußen durch die haager Uebereinkunft „mit den deutschen Kleinstaaten, die aus solchen Verträgen längst ein Geschäft gemacht, in eine Linie trat“. Denn das Verwerfliche jener Verträge liegt gerade darin, daß Staatsangehörige für einen dem Staate ganz fremden Zweck geopfert und verkauft wurden; dies war aber sowohl thatsächlich, als in der Ansicht des Königs und Haugwitzens hier nicht der Fall. Es ist nicht bloße Redeform, wenn im Eingange der Widerstand gegen die französische Umwälzung als Zweck des Vertrages angegeben wird. Preußen verlangte nur — und man kann darin nicht einmal etwas Unbilliges finden — von den Staaten, deren Interessen weit näher und gefährlicher als seine

1) Vgl. das Schreiben vom 28. Juni bei Häuffer a. a. O. I, 561.

eigenen bedroht wurden, eine Entschädigung für die Ausgaben, die es mit eigenen Mitteln nicht mehr bestreiten konnte. Dann ist auch der Wortlaut des Vertrages zwar nicht unzweideutig zu Gunsten Preußens, aber er ist wirklich zweideutig <sup>1)</sup>. Er kann bezeichnen, daß über den Schauplatz, auf dem die preußische Armee zu wirken habe, die Seemächte selbst entscheiden, und nur die nöthigen Vorkehrungen einer militärischen Uebereinkunft vorbehalten sind; in diesem Sinne wünschte das englische Ministerium den Vertrag abgefaßt, so hat ihn Malmesbury später auffassen wollen, und diese Auffassung ist sogar die zunächstliegende, denn gewöhnlich wird über das, was ihm am Zutrüglichsten sei, auch Jedem selbst das entscheidende Urtheil zustehen. Aber klar sind die Worte nicht; sie können eben so wohl bezeichnen, daß die militärische Uebereinkunft über beide Punkte entscheiden soll. Nun wäre es — nicht für Haugwitz, denn in Preußens Interesse lag es, die Ausdrücke so unbestimmt als möglich zu halten — aber für den englischen Diplomaten der unverzeihlichste Fehler, wenn er ohne Noth eine Zweideutigkeit dieser Art zugelassen hätte. Verfolgt man das Entstehen des Vertrags, so sieht man auch aus Malmesburys nicht weniger als aus den preußischen Berichten, daß sie keineswegs zufällig ist. Schon im Februar und März war in Berlin zwischen Malmesbury, Haugwitz und dem Könige viel darüber verhandelt, wo die preußische Armee zu verwenden sei; damals war man allerdings einverstanden, daß es in den Niederlanden zu geschehen habe. Später, während der Besprechungen im Haag, hatten aber die Umstände sich vielfach verändert, und hier ist Haugwitz einem bindenden Versprechen offenbar ausgewichen. Man erkennt dies nicht nur aus den Briefen des preußischen Ministers an Möllendorf <sup>2)</sup>, sondern noch entschiede-

1) Die streitigen Worte lauten: La dite armée sera employée d'après un concert militaire entre Sa Majesté Britannique, Sa Majesté Prussienne et leurs Hautes Puissances les Etats Généraux des Provinces-Unies, là où il sera jugé le plus convenable aux intérêts des Puissances maritimes.

2) Vgl. die Briefe vom 31. März, 15. April, 10. Mai bei Häusser a. a. O. I, 548.

ner gerade aus dem Umstande, daß Malmesbury aus London am 28. März die ausdrückliche Weisung erhielt, er solle in dem Vertrage wörtlich aussprechen, daß die preußischen Truppen in den Niederlanden zu verwenden seien <sup>1)</sup>. Wenn er dieser Weisung nun doch nicht nachgekommen ist, so liegt darin ein sicheres Zeichen, daß er ihr nicht nachkommen konnte.

Auch auf die Unterredung von Haugwitz und Malmesbury in Maastricht kann ich nicht so große Bedeutung legen, wie Häusser. Der preußische Minister mag persönlich eine große, vielleicht zu große Gefälligkeit an den Tag gelegt haben, aber zu einem bestimmten Versprechen ist es — abgesehen, daß Haugwitz dazu nicht einmal berechtigt war — allem Anscheine nach auch in Maastricht nicht gekommen. Wenigstens als Haugwitz später, der heftigen Aufforderung Malmesburys gegenüber, in dem Briefe vom 28. Juni sich ausdrücklich dagegen verwahrte, hat der Engländer nichts von Bedeutung darauf erwidert <sup>2)</sup>. Endlich läßt sich nicht verkennen: dem Abzuge der preußischen Truppen standen in der That sehr wesentliche militärische Bedenken entgegen; schon damals waren sie sogar von englischen und österreichischen Generalen anerkannt. Auch würden alle Theile sich schon befriedigt haben, wäre nur am Rheine etwas Erhebliches geschehen. Nicht daß die preußischen Truppen am Rheine blieben, sondern daß sie am Rheine unthätig blieben, ist für den Ausgang des Feldzugs verderblich geworden; so hat sich auch Thugut zu verschiedenen Malen dem preußischen Residenten gegenüber ausgesprochen <sup>3)</sup>. An diesem Uebelstande tragen nun die Engländer in sofern selbst die Schuld, als sie die versprochenen Subsidien nicht zeitig genug entrichteten; für die späteren Monate lastet aber auf Preußen al-

1) Vgl. Grenvilles Depesche vom 28. März in den Diaries and Correspondence of James Harris, first Earl of Malmesbury, edited by his grandson, London 1845, III, 85.

2) Vgl. Malmesburys Schreiben vom 6. Juli, Diaries, III, 117. Den Anfang dieses Briefes mitzutheilen hat der Herausgeber leider nicht für geeignet erachtet.

3) Vgl. Caesars Bericht vom 12. Juli.

Irdings der Vorwurf, nicht den Eifer und den guten Willen gezeigt zu haben, den die ehrliche Ausführung des haager Vertrags erforderte. Am 23. Mai erfochten die preußischen Truppen einen bedeutenden Erfolg bei Kaiserslautern, der beinahe die Unglücksfälle des vorigen Decembers wieder gut machte und die Franzosen vom Haardtgebirge auf die Vogesen zurückdrängte. Aber er blieb ungenutzt; während eines ganzen Monats geschah gar nichts mehr, und keine Bemühung des Herzogs von Sachsen-Teichen vermochte Möllendorf zu einer gemeinsamen Unternehmung mit der Reichsarmee zu bewegen. Bivenot hat vornehmlich diesen Händeln den ersten Theil seines Werkes gewidmet; ich kann hier nicht ausführlich darauf eingehen, auch getraue ich mich nicht, im Einzelnen über das Mehr oder Weniger der Schuld zwischen beiden Parteien zu entscheiden. Im Großen und Ganzen wird es aber für den Unbefangenen unzweifelhaft, daß die Oestreicher, schon weil es in ihrem höchsten Interesse lag, zum Kampfe immer geneigt waren, während Möllendorf absichtlich jede wirksame und energische Bewegung, die auch den bedrängten Heeren in Belgien hätte Luft machen können, verhindert hat. Es ergibt sich das aus der Natur der Verhältnisse, denn der polnische Aufstand, die vergebliche Belagerung von Warschau mußte die schon bestehende Abneigung der preußischen Minister und Generale gegen den französischen Krieg noch verstärken; auch erkennt man es deutlich aus dem von Häusser mitgetheilten Briefwechsel zwischen Möllendorf, dem Ministerium und dem königlichen Hauptquartier in Polen. Endlich erscheint der Herzog von Sachsen-Teichen nach Allem, was wir von ihm erfahren, als ein so offener und aufrichtiger Charakter, daß man zu seinen Gunsten beinahe von der Regel absehen dürfte, bei streitigen Fragen niemals der einen Partei ausschließlich zu glauben. Ich füge noch hinzu, daß er, wenn auch nicht gerade ein genialer Kopf und großer Feldherr, doch keineswegs, wie Schlosser annimmt, zu den unfähigen Prinzen gehört, welche ohne eigenes Verdienst in ihren hohen Stellen der österreichischen Armee zum Verderben gereichten. Selbst Lucchesini nennt ihn in einer Schlußrelation



### Viertes Kapitel.

#### Der Verlust Belgiens und des linken Rheinufer's.

So wenig die Hoffnungen sich erfüllten, die man beim Abschluß des haager Vertrags genährt haben mochte, so unheilvoll der polnische Aufstand nach Westen hinüberwirkte, es war doch nicht am obern Rhein, wo der Feldzug entschieden wurde. Zwar hatten die Franzosen die Unthätigkeit des preußischen Heeres trefflich benutzt, um die Verluste von Kaiserslautern zu ersetzen; seit dem Anfang des Juli stürmten sie in immer stärkerem Andrang gegen die preußischen Stellungen, und in Folge blutiger Gefechte am 12. und 13. Juli konnten sie des im Mai aufgegebenen Landstriches sich wieder bemächtigen. Am 9. August ging auch Trier für uns verloren; indessen die glänzenden Erfolge, die der Erbprinz von Hohenlohe abermals vom 17. bis 20. September bei Kaiserslautern errang, zeigten deutlich genug, daß man noch immer in der Lage war, dem Feinde Stand zu halten.

Nicht am Oberrhein, in Belgien erfolgte die Entscheidung, die das Jahr 1794 für Deutschland so unheilvoll gemacht hat. Man erinnert sich, wie der Prinz von Koburg im Frühling 1793 diese Provinz in raschem Siegeszuge dem Kaiser wieder gewonnen hatte. Selbst nach den ungünstigen Ereignissen im Herbst blieb doch noch die Gränze und ein Stück französischen Gebietes mit den Festungen Valenciennes, Condé und Lequesnoy in der Gewalt der Verbündeten. Im Frühling des folgenden Jahres begab sich der Kaiser selbst, in Begleitung Thuguts und des Grafen Franz Colloredo, in die Niederlande an die Spitze des Heeres. Man hegte die umfassendsten Pläne; mit Hülfe Preußens hoffte man eine Streitmacht von 200,000 Mann zu vereinigen, die nächste

Reihe französischer Festungen zu nehmen und dann die Revolution in Paris zu unterdrücken. Statt der gewünschten Zahl waren freilich nur etwa 117,000 Oestreicher zur Stelle, daneben 45,000 Engländer und Holländer unter den Befehlen des Herzogs von York und des Prinzen von Oranien. Gleichwohl nahm auch dieser Feldzug einen glücklichen Anfang, nach einer Reihe glänzender Gefechte wurde am 30. April sogar die wichtige Festung Landrecies zur Uebergabe genöthigt. Nun aber wandte sich das Glück; Koburgs vorsichtige Kriegsführung wußte die erlangten Vortheile nicht rasch zu benutzen; man ließ den Franzosen Zeit, überlegene Streitkräfte heranzuführen; am 18. Mai erlitt das verbündete Heer bei Turcoing bedeutende Verluste, und wenn auch vier Tage später der Sieg bei Tournay die taktischen Vorzüge der deutschen Truppen aufs Neue bewährte, so trat doch die Uebermacht der Franzosen von jetzt an immer entschiedener hervor. Pichegru an der Spitze der Nordarmee fiel in Flandern ein, während Jourdan 50,000 Mann von der Mosel heranzuführte, die Armee an der Sambre verstärkte, und sofort in wiederholten Angriffen über diesen Fluß an die Maas vorzudringen suchte. Am 13. Juni trat der Kaiser die Rückreise nach Wien an, zwei Wochen später, am 26., erfolgte bei Fleurus die Entscheidung. Das verbündete Heer, das zum Erfolge der Festung Charleroy heranzog, vermochte nicht durchzudringen, Koburg mußte die noch unentschiedene Schlacht abbrechen, langsam und nicht ohne Gefechte zog er sich hinter die Maas zurück. Mehrere Wochen ruhte dann der Krieg; als aber im Herbst die Franzosen mit erneuter Hefigkeit zum Angriff übergingen, konnte auch die Maas nicht behauptet werden. Krank und gebeugt hatte der Prinz von Koburg am 1. September die Armee verlassen, sein Nachfolger Clerfayt wich nach einem unglücklichen Gefecht an der Durte hinter die Roer, endlich zu Anfang Octobers sogar auf die rechte Seite des Rheins zurück. Der Rest von Belgien und der größte Theil des linken Rheinufers war damit den Franzosen preisgegeben; am 6. October hielten sie in Köln, am 8. in Bonn, einige Tage später auch in Koblenz ihren Einzug.

Schon während des Feldzugs und noch mehr in den nächsten Jahren sind diese für Deutschland so folgenschweren Ereignisse in verschiedener Weise beurtheilt worden. Man konnte nicht fassen, daß Alles auf ganz natürlichem Wege sich zugetragen habe; so außerordentliche Begebenheiten glaubte man auch durch außerordentliche im Geheimen wirksame Mittel erklären zu müssen. Einige nahmen an, daß die Franzosen verrätherischen Verbindungen im österreichischen Hauptquartier ihre Erfolge verdankten, andere, daß es solcher Verbindungen nicht einmal bedurft habe. Denn im Einverständniß mit der französischen Regierung oder doch absichtlich sei der Rückzug vom Kaiser und seinem leitenden Minister deshalb angeordnet, weil sie, durch andere Interessen in Anspruch genommen, für den lästigen, wenig vortheilhaften Besitz von Belgien einen ernstlichen Kampf nicht hätten aufnehmen wollen. Diesen Gedanken hat in neuester Zeit neben Häuffer besonders Sybel im Einzelnen ausgeführt. Bis in den Mai 1794, nimmt er an, behielt die österreichische Regierung noch einigen guten Willen; sobald aber die Nachricht von dem Aufstande zu Warschau im belgischen Hauptquartiere eingetroffen war, lenkte die Eifersucht gegen Preußen Thuguts Aufmerksamkeit von dem westlichen Kriegsschauplatz auf den Osten. Man ließ die schon erreichten Vortheile unbenuzt, der Kaiser gab sogar auf dem Schlachtfelde von Tourcoing lieber seine Bundesgenossen dem übermächtigen Feinde preis, als daß er seine österreichischen Truppen dem Gefechte hätte aussetzen wollen; schon vor der Abreise des Kaisers wurde Alles für die Räumung vorbereitet und Koburg erhielt die Aufgabe, die Armee aus Belgien nach dem Rheine zu ziehen. Unterhandlungen von Seiten Englands bewirkten zwar während des Juli und August eine Unterbrechung des Rückzugs, als aber das gewünschte Ergebnis ausblieb, wurde Clerfant angewiesen, ohne ernstlichen Widerstand den Franzosen das linke Rheinufer zu überlassen.

Man sieht, es wird hier eine schwere Anklage ausgesprochen. Der Feldzug von 1794 bildet die entscheidende Wendung des Revolutionskrieges, zwanzig Jahre sind die verlorenen rheinischen Länder seitdem in französischer Gewalt geblieben; es mag also

wol  
Gre  
Und  
Ber  
wol  
zeit  
jon  
Har  
mel  
lich  
an  
war  
Gr  
läu  
er  
um  
abe  
An  
häl  
näch  
Bes  
bur  
pur  
voll  
für  
in  
der  
die  
als  
Sch  
sich  
gen  
glei  
gen

wohl gestattet sein, mit einiger Aufmerksamkeit dem Verlauf der Ereignisse nachzugehen und zu untersuchen, wem für so großes Unheil die Verantwortung zur Last fällt.

Sybel hat für seine Ansicht eine nicht geringe Zahl von Beweisgründen aufgeführt: zunächst die Begebenheiten selbst, sowohl was in Belgien als was in Polen geschah; daneben gleichzeitige Zeugnisse nicht blos der Zeitungen oder fernstehender Personen, sondern des preussischen Bevollmächtigten im österreichischen Hauptquartier, der englischen Heerführer und Gesandten, die sich mehr oder weniger in seinem Sinne auslassen; sogar der kaiserliche Geschäftsträger im Haag, Herr von Pelsler, schreibt einmal an Thugut, daß der Schein für Oestreich nicht günstig sei. Es war also gar nicht am Orte, wenn Vivenot eine durch gewichtige Gründe unterstützte Ansicht von vorn herein als schmähende Verläumdung oder absichtliche Täuschung auffaßte; weit besser hätte er was sich dafür und dagegen sagen läßt mit Ruhe abgewogen, um danach sein und des Lesers Urtheil zu bestimmen. Wäre dies aber geschehen, so kann ich allerdings nicht glauben, daß Sybels Ansicht sich bestätigt hätte, mochte man nun die politischen Verhältnisse an sich, oder die Ereignisse, oder die Zeugnisse der zunächst beteiligten Personen ins Auge fassen. Allerdings war der Besitz Belgiens für Oestreich mit manchen Unbequemlichkeiten verbunden. Das Land war getrennt, weit entfernt von dem Mittelpunkt der Monarchie, die Einwohner zeigten sich wenig fügsam, voll Eifersucht auf ihre alten Privilegien, karg in den Beiträgen für die allgemeinen Bedürfnisse des Staates; noch vor Kurzem in offenem Aufstande waren sie nur mit Mühe und Gefahren wieder zum Gehorsam gebracht. Alles das hebt aber nicht auf, daß diese Provinz als eine der reichsten, meistbevölkerten in Europa, als Verbindung mit Oestreichs Bundesgenossen im Westen, als Schutzmauer gegen Frankreich und noch in mancher andern Rücksicht für den Kaiser von hohem Werthe blieb. Er zeigte sich wohl geneigt, sie gegen vortheilhaftere Besitzungen zu vertauschen, obgleich doch noch im Jahre 1792 nicht einmal Baiern als genügender Preis erschienen war; aber gewiß ist, daß er sie nicht

umsonst, nicht ohne dringende Noth verlieren und ebenso wenig, wenn er einen Tausch im Auge behielt, das Pfand ohne Sicherheit voreilig aus der Hand geben wollte. Man müßte also voraussetzen, Oestreich habe mit den Franzosen sich heimlich geeinigt und etwa gegen die Zusicherung Baierns ihnen Belgien überlassen. Dieser Gedanke ist denn auch schon während des Feldzugs als Tadel oder Befürchtung mehrmals ausgesprochen, auch von Sybel wird er zuweilen angedeutet. Er entbehrt aber, wie ich noch eingehender zeigen werde, jeder Begründung, und so wird man auf diesem Wege zur Erklärung eines freiwilligen Rückzugs wohl nicht gelangen. Immer bleibt aber die Annahme, und Sybel legt darauf das meiste Gewicht, der Kaiser und Thugut hätten die belgische Armee deshalb zurückgezogen, um sie für den Osten, insbesondere zu thätigem Eingreifen in die polnischen Angelegenheiten verfügbar zu machen. Vor Allem ist daher zu untersuchen, in wiefern die Ereignisse dieser Annahme sich günstig erweisen.

Darüber sind alle Parteien einig, daß Oestreich bis Ende Mai für die Behauptung Belgiens mit Entschiedenheit eintreten wollte. Was geschehen ist, spricht doch gar zu bestimmt; denn, sieht man auch ab von den kriegerischen Ereignissen, wie sollte der Kaiser sich selbst zu einer Armee, in ein Land begeben haben, deren Rückzug, dessen Räumung eine vorher beschlossene Sache war? Erst nach der Schlacht bei Turcoing zwischen dem 24. und 28. Mai, nimmt Sybel an <sup>1)</sup>, vier Wochen nach Eröffnung des Feldzugs sei der Beschluß zur freiwilligen, wenn auch langsamen Räumung des Landes vom Kaiser, Thugut und dem Adjutanten des Kaisers, Prinzen Waldeck, gefaßt worden. Er glaubt dafür in der mangelhaften Kriegführung, insbesondere in dem Rückzuge nach der Schlacht bei Fleurus eine Bestätigung zu finden, macht auch zu verschiedenen Malen auf die Mittel und Wege aufmerksam, die zu einem günstigeren Ergebnis hätten führen können. Nun scheint es aber schon an sich bedenklich, aus der Nichtbenutzung von mehr als sechszig Jahre später entworfenen Feld-

1) Vgl. Histor. Zeitschrift, XV, 86.

zugsplänen, aus dem Unterbleiben von Bewegungen, die hinterher als nützlich zu erkennen sind, ja, aus einer lässigen, nicht eben geistreichen Art der Kriegführung den Schluß zu ziehen, man habe überhaupt nicht mehr schlagen wollen. Jeder weiß, von wie manichfachen, unberechenbaren Einzelheiten und Zufällen die Bewegungen und Erfolge eines Feldzugs abhängig sind. Mir ist es nicht gelungen, in dem, was damals geschah, ein irgend erhebliches Anzeichen eines freiwilligen Rückzugs zu finden; weit eher könnte man den Nachweis antreten, daß später York und Dranien den Franzosen Holland absichtlich in die Hände geliefert hätten, was doch im Ernste Niemand behaupten wird. Ohne Bedeutung scheint mir insbesondere der oft hervorgehobene Umstand, daß in Brüssel schon vor der Schlacht bei Fleurus Anordnungen für einen möglichen Rückzug getroffen wurden. Der General Mack, Koburgs Generalquartiermeister, der gewöhnlich gerade als der Gegner Thuguts und Waldecks geschildert wird, hebt schon am 29. Mai in einer Denkschrift <sup>1)</sup> hervor, wie groß die Gefahr und wie schwer es sein würde, gegen die Uebermacht der Franzosen das Land zu behaupten; was ist natürlicher, als daß man auf diesen Fall sich vorbereitete? Ich bescheide mich aber gern, daß mein Urtheil hier nicht ausreicht; um so bedeutender ist, daß auch militärische Schriftsteller, die in letzter Zeit mit genauer Kenntniß alles nöthigen Materials die Einzelheiten prüften, zu demselben Ergebnis gekommen sind. Auf Vivenot darf man sich bei seiner ausgesprochenen Vorliebe für die eine Seite nicht berufen; aber wir haben Koburgs Biographie von Witzleben. Dies Buch ist, wie bisher noch Niemand in Abrede stellte, für die militärischen Dinge musterhaft, genau eingehend, klar, voll Sachkenntniß und, was besonders erfreulich wirkt, durchaus frei von den Fehlern einer einseitig befangenen Parteinahme. Es wäre diesem Schriftsteller, wie er selbst gesteht, in hohem Maße erwünscht gewesen, hätte er für den nicht gerade rühmlichen Rückzug seines Helden Jemand anders verantwortlich gefunden. „Je härter der

1) Abgedruckt bei Witzleben a. a. O. III, 265 fg.

Tadel ist," sagt er (III, 403, 401), „welcher den Prinzen wegen der schnellen Räumung Belgiens getroffen hat, je mehr ihm der Vorwurf geworden ist, günstige Gelegenheiten zur Wiederaufnahme des Angriffs versäumt zu haben, als Pichegru und Jourdan in der zweiten Hälfte des Juli völlig getrennt manövrirten, um so eifriger haben wir in Liebe für unsern Helden gesucht, eine stichhaltige Andeutung zu finden, welche ihn der Verantwortung entziehen könnte; doch vergebens.“

„Es wäre zwar nicht schwer gewesen, den Rückzug einzig und allein als ein Werk der politischen Intrigue und des Verrathes darzustellen; man brauchte hierzu nur die berühmtesten Geschichtswerke, welche die Räumung Belgiens allein dem Erfolge der ränkevollen Politik Thuguts zuschreiben, mit einiger Geschicklichkeit zu benutzen. Aber wir hätten dann am Schlusse unserer Arbeit zum ersten Mal der Wahrheit untreu werden und uns so selbst verleugnen müssen.“

„Die Zeitgenossen schreien Verrath, die Geschichtschreiber sprechen von politischen Intriguen, wir aber werden zeigen, daß, wenn auch die Intrigue thätig war, der Kern der Ereignisse doch aus der militärischen Anschauung des Oberbefehlshabers hervorgegangen ist und die natürliche Folge der wirklich vorhandenen Verhältnisse war.“

Sybel ist durch dieses Urtheil in seiner Ansicht nicht erschüttert worden; er bemerkt in der Vorrede zur zweiten Auflage seines Werkes (December 1860) mit „lebhafter Befriedigung, daß seine Darstellung der militärischen Ereignisse durch einen so competenten Beurtheiler, wie Wigleben, durchgängig gebilligt sei; in der politischen Auffassung zeige sich eine gewisse Differenz, oder doch der Schein derselben in Bezug auf die Frage, ob die österreichische Regierung aus politischen Gründen den Beschluß zur Räumung Belgiens schon im Mai 1794 gefaßt habe.... Sie schrumpfe aber zuletzt auf die wenig erhebliche Frage zusammen, ob Kaiser Franz dem System seines Ministers mit freiem Bewußtsein zugestimmt oder sich von demselben ohne eigene Anschauung des Zieles habe fortreißen lassen.“ Ausführlicher heißt es in dem Aufsatze gegen Bivenot (S. 86): „Wigleben in seiner treff-

lichen Biographie des Prinzen Koburg eignete sich nach genauester Revision des Quellenmaterials meine Ansicht in soweit an, daß er Thugut und Waldeck für die bewußten Urheber der Räumung Belgiens erklärte, nur hätte nach seiner Meinung der Kaiser die Vorschläge jener Männer nicht genehmigt, vielmehr die fortgesetzte Vertheidigung des Landes befohlen, und es sei also fortgekämpft worden; Thugut aber hätte seinen Zweck dennoch erreicht durch Hinderung aller Maßregeln, ohne welche die Behauptung Belgiens unmöglich war. Man sieht sofort, daß diese Differenz unserer Ansichten für die Sache wenig austrägt. Die von Wizleben angenommene Meinungsverschiedenheit zwischen Franz und Thugut wäre erheblich für die persönliche Charakteristik der beiden Männer; für den Verlauf der Ereignisse aber, der auch nach Wizleben sich ganz im Sinne des Ministers vollzieht, von gar keinem Belang.“

So gering, wie Sybel annimmt, scheint mir aber die Differenz zwischen ihm und Wizleben doch nicht. Was zunächst die militärischen Vorgänge betrifft, so erklärt Wizleben, wie wir sahen, den Verlauf des Feldzugs durch die Natur der Verhältnisse; Koburg handelt, wie er nach bestem Ermessen als Feldherr handeln muß, und alle Bewegungen sind aus militärischem Gesichtspunkte zu erklären; für Sybel entscheiden ganz im Gegentheil politische Beweggründe; nach seiner Ansicht „bestand Koburgs Aufgabe nicht darin, das Land zu behaupten, sondern es möglichst ohne Verlust zu verlassen“ (III, 132) und das Heer aus Belgien nach dem Rheine zu ziehen; aus dem militärischen Feldzuge wird gewissermaßen ein diplomatischer. Mich dünkt, es ist schwer, zwei Ansichten zu finden, die von Grund aus weiter von einander abweichen. Um aber die geringere Verschiedenheit der politischen Auffassung richtig zu würdigen, muß man vorerst das Verhältniß beider Schriftsteller zu einander sich klar machen. Wizleben ging an sein Werk voll Verehrung für seinen Vorgänger, dessen Buche er mehr als einmal die höchsten Lobsprüche ertheilt und dem er persönlich sich verpflichtet erklärt. So zeigt er auch unverkennbar das Bestreben, soweit als irgend möglich sich ihm anzuschlie-

ßen, nur daß darunter das unbefangene Urtheil eines fleißigen und redlichen Forschers sich nicht beeinträchtigen ließ. Wo er nun selbstständig aus eigenen Quellen schöpft, findet er beinahe überall von den Ansichten Sybels das Gegentheil; er zeigt, wie man die Operationen im Frühling sich militärisch zu erklären hat, er beweist insbesondere, daß das Abbrechen der Schlacht von Fleurus durch die Umstände geboten war, daß Koburg dafür keinen Tadel verdient, sondern vielmehr das Lob, die verbündete Armee der wahrscheinlich bevorstehenden Niederlage entzogen zu haben (III, 321, 327). Er entwickelt ferner die Nothwendigkeit des Rückzugs an die Maas und vergißt nicht zu bemerken (III, 403), daß der Prinz „in den Monaten Juli und August körperlich leidend und längere Zeit an das Krankenbett gebunden war, während er doch eines freien Geistes und eines gesunden Körpers bedurfte, um durch die niederdrückenden Verhältnisse hindurch zu einem kühnen Gedanken zu gelangen.“ Das Wichtigste aber ist, daß er aus dem Nachlasse des Prinzen zwei kaiserliche Handschriften vom 15. und 31. Juli mittheilt, aus denen er mit Recht den Schluß zieht, es könne, wer sie an den Prinzen gerichtet, ihm unmöglich früher den Befehl zur Räumung Belgiens gegeben haben. Alles, was die allgemeinen politischen Verhältnisse angeht, hat er dagegen beinahe unverändert, zum größeren Theile wörtlich, der „Geschichte der Revolutionszeit“ und Häußers deutscher Geschichte entnommen. Man hat also, wo Sybel und Wizleben übereinstimmen, nicht zwei selbstständige Forschungen, die beide auf dasselbe Ergebniß getroffen wären, sondern nur zwei Mal die Meinung Sybels, zuerst in seinem eigenen, dann in einem fremden Buche. Dazu gehört nun insbesondere auch die Ansicht über Thuguts Charakter, sein politisches System und seine Wirksamkeit in Bezug auf Belgien. Auch Wizleben redet an verschiedenen Orten von dem bösen Willen und den Intriguen dieses Ministers; daß er aber dafür irgend einen neuen Beweis geliefert hätte, ist mir nicht ersichtlich; wenigstens findet man in seinem Buche keine Spur, daß ein solcher Einfluß von Seiten Thuguts für die Räumung der Niederlande wirksam

geworden wäre. Aber auch jenen Gegensatz zwischen dem Kaiser und seinem Minister würde er schwerlich aufrecht erhalten haben, hätte er gewußt, was jetzt Vivienot im Wiener Staatsarchiv entdeckt hat, daß die Concepte der kaiserlichen Schreiben vom 15. und 31. Juli, wie überhaupt der Briefwechsel des Kaisers mit Koburg und später mit Clerfant, von Thugut entworfen und von seiner eigenen Hand niedergeschrieben wurden. Sybel hält auch diesen Briefen gegenüber seine Ansicht aufrecht; er bemerkt in der Vorrede der zweiten Auflage, „jene Handschreiben, in denen der Kaiser den Plan der Räumung ableugne, stammen aus einer Zeit, in welcher bei der Katastrophe Robespierres und der Sendung Spencers und Grenvilles der Wiener Hof seine bisherige Politik suspendirt und für einige Wochen wieder eine kriegerische Haltung angenommen habe; sie beweisen also nichts für die frühern Monate, in denen Thugut eine Vereinigung mit Frankreich erstrebt und einen politischen Druck auf England habe ausüben wollen.“ Vivienot gegenüber stellt er (Zeitschr. XV, 88) die Anforderung, „Dokumente im Sinne der kaiserlichen Briefe aus der Zeit vom 24. Mai bis zum 15. Juli zu liefern, sonst könne er nur die Lachmuskeln seiner Leser reizen.“ Aber die Entgegnung, glaube ich, ist nicht ausreichend, und die Anforderung nicht berechtigt. Denn die kaiserlichen Schreiben lassen es in der That als unmöglich erscheinen, daß der Prinz früher einen Befehl zur Räumung Belgiens erhalten hätte. Der Kaiser spricht in den entschiedensten Ausdrücken sein Bedauern aus über den Rückzug, der so wenig den frühern Hoffnungen und Erfolgen und dem in Braine la Leud noch am 1. Juli vereinbarten Vertheidigungsplane entspreche<sup>1)</sup>; er hofft, „der Prinz werde den Sachen bald eine günstigere Wendung geben und nicht nur die dermalige Stellung von Antwerpen bis Namur mit Standhaftigkeit behaupten, sondern sich unermüdet weiter mit Erwägung und Ausfindigmachung der Mittel beschäftigen, um bei der ersten thunlichen Gelegenheit, oder sobald Verstärkungen anlangten, mit Thätigkeit

1) Vgl. das Schreiben vom 15. Juli bei Witzleben a. a. O. III, 336.

wieder zu offensiven Operationen vorzuschreiten, einen so viel möglichen Theil der Niederlande aufs Neue von dem Feinde zu befreien und auf eine oder die andere Weise dem Verluste der mit so vielem Blute und Kosten eroberten Festungen vorzubeugen, von denen besonders jener von Condé und Valenciennes dem Kaiser zu Herzen gehen würde.“ „Der bei den Allirten so tief eingewurzelte Irrwahn von dem vorgeblichen Vorsatze des Kaisers, die Niederlande zu verlassen,“ wird dann nicht sowohl „abgeleugnet,“ als durch die „unüberlegte Leichtsinngigkeit erklärt, mit welcher verschiedene Officiere bei der Armee ihre übel ausgedachten Vermuthungen und Beurtheilungen über Gegenstände aller Gattung ganz ungescheut auszusprechen sich erlauben.“ Koburg soll „diesem Mißbrauch nachdrücklich steuern und erhält unbeschränkte Vollmacht zur ernstlichen Bestrafung aller derjenigen, die sich diesfalls schuldig finden lassen sollten.“

Endlich erkennt der Kaiser „als äußerst dringlich, daß unter den gegenwärtigen mißlichen Umständen Koburg Verstärkung, etwa vom Rheine her erhalte. Es sei deshalb der Graf von Mercy beauftragt, sich unverweilt nach London zu verfügen, um zur Beschleunigung dieses Gegenstandes unter den nachdrücklichsten Vorstellungen mit dem englischen Ministerium Verabredung zu pflegen. Preußen schein entschlossen, dem Antrage des Londoner Hofes wegen des Marsches der 62,000 Mann Subsidientruppen nach den Niederlanden auf keine Weise beizutreten, und es sei allerdings zu wünschen gewesen, daß man sich englischer Seits bei einem so vielen leicht vorzusehenden Schwierigkeiten unterworfenen, unthunlichen Projecte nicht so lange aufgehalten hätte; es werde nun darauf ankommen, ob und auf was für andere Art Aushülfe zu schaffen möglich sei.“

In ganz ähnlichem Sinne ist das spätere Schreiben vom 31. Juli abgefaßt, auf das ich noch zurückkomme. Ich überlasse dem Urtheil jedes unbefangenen Lesers, ob es möglich ist, daß ein Kaiser so zu einem Feldherrn reden konnte, dem er wenige Wochen früher gerade das aufgetragen hatte, worüber er jetzt sich beklagt. Mir scheint, dies Schreiben kann auch für die Stimmung des unmittelbar vorhergehenden Monats recht wohl als

Zeugniß dienen. Wenn aber Sybel nun an Vivenot die Anforderung richtet, auch aus dieser frühern Zeit ähnliche Dokumente aufzuweisen, so braucht man sich nur die Umstände klar vorzustellen, um die Anforderung als unberechtigt, die Erfüllung als beinahe unmöglich zu erkennen. Denn um etwas zu verbieten oder gegen etwas sich auszusprechen, muß es doch erst ernstlich in Frage kommen. Bis zum 24. Mai, sagt aber Sybel selbst, dachte man nur an den Angriff; der ganze folgende Monat verging unter unaufhörlichen blutigen Kämpfen, der Rückzug beginnt erst nach der Schlacht bei Fleurus am 26. Juni. Wie soll der Kaiser Veranlassung finden, bis zu diesem Zeitpunkt besondere Instruktionen gegen einen Rückzug zu erlassen? An Zeugnissen für seine Stimmung fehlt es gleichwohl nicht. Zuerst ein negatives: der Befehlshaber des englischen Heeres, der junge Herzog von York, selbst im Felde wie im Rathe wenig befähigt, war gerade deßhalb argwöhnisch und leicht aus der Fassung gebracht. Bald nach der Schlacht bei Fleurus, in jenem Kriegsrath zu Braine la Leud richtete er in Gemeinschaft mit dem Prinzen von Oranien an die kaiserlichen Befehlshaber die Frage, was der Kaiser in Rücksicht auf die Niederlande beabsichtige. Der Erzherzog Karl und die Generale gaben darauf ihr Ehrenwort, „es existire kein Befehl des Kaisers, die Niederlande zu verlassen oder einen beschleunigten Rückzug anzutreten; als Ehrenmänner fühlten sie sich deshalb verpflichtet, das Land, soweit es in menschlichen Kräften liege und bis aufs Aeußerste zu vertheidigen.“ Der Kriegsrath traf denn auch Maßregeln, die diesem Vorsatz entsprachen, und gerade Waldeck, dessen Thugut als Werkzeug für die Räumung der Niederlande sich bedient haben soll, entwickelte in einer Denkschrift, die Niederlande müßten gehalten, und zu diesem Zwecke Alles aufgeboten werden<sup>1)</sup>. Daß das Ehrenwort eines Officiercorps, in dem sich Koburg und der Erzherzog Karl befanden, nicht bezweifelt werden kann, wird Niemand in Abrede stellen. Es bliebe nun immer noch möglich, daß ein Einzelner, wenn man will, der

1) Wigleben a. a. O. III, 331. Vivenot a. a. O. I, 121.

Prinz von Waldeck, der damals als Generalquartiermeister an Mack's Stelle getreten war, geheime Intriguen gesponnen hätte; davon ist später zu reden; aber ein Befehl zum Rückzug von Seiten des Kaisers an Koburg wird in jedem Falle ausgeschlossen.

Ein positives Zeugniß, wie Franz II. gesinnt war, liegt in Folgendem: Kaum erhält er zu Brüssel die Nachricht, daß die Festung Ypern vom Feinde bedroht sei, so gibt er am 5. Juni Koburg den Befehl, die schleunigsten Maßregeln zur Rettung des bedrängten Platzes zu ergreifen. Koburg, der eben die Franzosen am 3. in einem heftigen Gefecht über die Sambre zurückgeschlagen hat, schickt unverzüglich bedeutende Verstärkungen an Clerfayt nach Flandern und rüstet sich selbst, zum Entsatz der Festung aufzubrechen. Schon am 10. schreibt der Kaiser abermals, er halte den Entsatz von Ypern für so wichtig, daß er persönlich an der Operation Theil nehmen wolle. Unmittelbar dem Briefe folgt der Kaiser selbst; erst als ein neues Hervorbrechen der Franzosen über die Sambre den Zug nach Flandern unmöglich macht, geht er am nächsten Abend wieder nach Brüssel, um von da am 13. die Rückreise anzutreten. Spät am 19. Juni langt er in Wien an; Thugut, der bis zum 24. in Brüssel verweilte, kommt erst am 8. Juli zurück<sup>1)</sup>; nur wenige Tage später trifft auch über die Schlacht von Fleurus ein Bericht ein, den Koburg am 4. Juli durch den Obersten Geringer nach Wien hatte abgehen lassen<sup>2)</sup>. Beinahe umgehend antwortet der Kaiser am 15. Juli durch das von seinem Minister entworfene Schreiben, dessen Inhalt man vorher gelesen hat. Ich wüßte wirklich nicht, wie er bei dem lebhaftesten Wunsche, das Land zu behaupten, sich in Belgien anders benehmen, wie er anders hätte schreiben und wie er Koburgs Bericht anders und entschiedener hätte beantworten können.

Dagegen ist nicht abzusehen, wie Sybel dazu kommt, dieses vor Allem beweisende Schreiben vom 15. Juli und das ähnliche

1) Vgl. die Berichte Caesars vom 21. Juni und 9. Juli.

2) Wisleben, a. a. O. III, 276, 335.

vom 31. Juli als eine Folge der Katastrophe Robespierres und der Sendung des Lord Spencer und Thomas Grenvilles nach Wien zu betrachten und in ihnen den Ausdruck einer Veränderung oder Suspension der bisherigen Politik des Wiener Hofes zu erkennen <sup>1)</sup>. Bekanntlich fällt die Katastrophe Robespierres auf den 27. Juli; die beiden Engländer langten am 6. August in Wien an <sup>2)</sup>. Erst um die Mitte des Juli hatte man sich in London entschlossen, eine Gesandtschaft dahin abgehen zu lassen <sup>3)</sup>. Thugut mußte doch ein besonderes Ahnungsvermögen besitzen, wenn er diese Ereignisse bereits am 15. Juli oder das erste nur am 31. Juli in Wien in Betracht ziehen wollte. Aber wozu noch suchen nach äußeren Motiven bei einem Dokumente, das sie ganz unverkennbar in sich trägt und offen ausspricht? Das Schreiben vom 15. Juli ist die deutliche und bestimmte Antwort auf Koburgs Bericht vom 4., auf die Kunde von der Schlacht bei Fleurus und dem folgenden Rückzuge. Daß die Wiener Politik sich vorher verändert habe, ist eine willkürliche Annahme. Was dann die spätern Verhandlungen mit England betrifft, so sind sie nicht einmal von dieser Macht vornehmlich ausgegangen; es ist der Kaiser, der schon in dem Briefe vom 15. Juli die Absicht ausspricht, den Grafen Mercy nach London zu schicken, und zwar in Folge der Schlacht bei Fleurus, nicht weil seine Politik sich verändert hatte, sondern weil sie dieselbe geblieben war, weil er wünschte, Belgien zu behaupten, den Rückzug zu unterbrechen und deßhalb mit England die dafür nöthigen Maßregeln zu vereinbaren. Welchen Werth Thugut auf diese Sendung legte, erkennt man aus dem Eifer, mit welchem Mercy sie auszurichten suchte. Schon ernst-

1) Vgl. Vorrede zur 2. Auflage der Gesch. der Rev.-Zeit und Hist. Zeitschr. XV, 87.

2) Vgl. Caesars Bericht vom 9. August 1794.

3) Wenigstens erst am 19. Juli zeigt Lord Grenville dem Herzog von Buckingham an, daß der dritte Bruder, Thomas Grenville, die Gesandtschaft übernommen habe. Vgl. *Memoirs of the court and cabinets of George III. by the duke of Buckingham*, II, 258, London 1853.

lich unwohl macht er sich vom Schlosse Brühl aus auf den Weg, erkrankt heftig in Hellvoetsluis, geht aber gleichwohl am 13. August zu Schiffe, so leidend, daß er die Ankunft in England nur wenige Tage bis zum 26. überlebt. Unterdessen hatte aber Thuguts Unterhandlung mit Spencer und Grenville begonnen. Auch Sybel (Zeitschr. XV, 87) bemerkt, daß man während derselben die Armee zum Aushalten an der Maas ermahnt und „sogar Pläne zum Wiedervorbrechen nach Belgien geschmiedet habe“; den Grund findet er eben in dieser Unterhandlung und einer ansehnlichen Geldunterstützung, auf welche England die Aussicht eröffnete. Man muß dies Argument, ob es auch nicht als ein nothwendiges erscheint, doch als ein triftiges gelten lassen, denn es wäre allerdings das sonderbarste Verfahren, wenn Thugut gerade während der Unterhandlung den Gegenstand, für den man unterhandelte, freiwillig aufgegeben hätte. Dagegen sehe ich nicht, wie Sybel fortfahren kann: „Als sich aber im September die Verhandlung zerbrach, wurde sofort auch der Rückzug fortgesetzt und die Armee auf das rechte Rheinufer hinübergeführt.“ Denn die Gesandten verließen Wien erst am 7. October 1), nachdem Clerfayt bereits über den Rhein gezogen war. Noch am 15. September, zwei Tage vor dem Gefecht an der Durte, welches Clerfayt zum Rückzuge bewog, ging eine Depesche mit neuen Vorschlägen nach London ab, deren Beantwortung die Gesandten sowohl als Thugut mit Spannung erwarteten. Wollte man aber einwenden, daß gleichwohl die Verhandlungen schon während der letzten Wochen stockten und wenig Hoffnung auf ein günstiges Ergebnis bestehen ließen, so darf man doch nicht vergessen, daß Thugut nicht allein auf das, was in Wien besprochen wurde, sondern ein großes Gewicht auch auf die Vorschläge legte, die Mercy und nach seinem Tode der ständige Gesandte Graf Starhemberg in London zu vertreten hatte. Nach seinen eigenen Worten müßte Sybel daher für unwahrscheinlich halten, daß während solcher Verhandlungen der Befehl zu fernerm Rückzug,

1) Vgl. Lucchesinis Bericht vom 8. October.

der Holland bloßstellte, also die Engländer aufs Aeußerste kränken mußte, von Thugut gegeben sei. Ich wiederhole, man wäre zu diesem Schlusse berechtigt, sogar gezwungen, aber in Wahrheit halte ich ihn nicht für das entscheidende Moment. Der Zusammenhang, wie ihn Sybel zwischen diesen Verhandlungen und den Kriegseignissen nachzuweisen sucht, scheint mir in seinen Wirkungen überschätzt. Koburg brach die Schlacht bei Fleurus ab und zog zurück, nicht, weil er den Befehl zur Räumung Belgiens empfangen, sondern weil er dem übermächtigen Feinde sich nicht gewachsen fühlte; er konnte sich im Juli und August an der Maas behaupten, nicht, weil Thuguts Ansichten sich geändert, hatten, nicht, weil man in Wien unterhandelte, sondern weil auch die Franzosen der Ruhe bedurften, weil sie ihre Kräfte theilten und eine beträchtliche Truppenzahl zur Belagerung der Festungen verwandten; und der Rückzug hinter die Roer bis hinter den Rhein wurde im Herbst fortgesetzt, nicht, weil die Verhandlungen in Wien abgebrochen waren, sondern weil die Franzosen aufs Neue mit Uebermacht zum Angriff vorgingen, und Clerfayt so wenig als Koburg weder in sich, noch außer sich die Mittel fand, ihnen Widerstand zu leisten. Daß aber auch dieser letzte Rückzug gegen den Willen des Kaisers erfolgte, dafür fehlt es, ganz abgesehen von den Unterhandlungen, an deutlichen Zeugnissen nicht. Zuerst ist hier der Brief vom 31. Juli <sup>1)</sup> zu erwähnen, der am 8. August in Koburgs Hände gelangte und dann auch für Clerfayt, als er zu Ende des Monats den Oberbefehl übernahm, maßgebend sein mußte. Der Kaiser spricht hier noch entschiedener, als in dem früheren Schreiben, sein Bedauern aus über den fortgesetzten Rückzug und die Zustände des Heeres, welche in einem Berichte Koburgs vom 15. Juli in sehr trüben Farben geschildert waren. Er läßt sogar einigen Tadel durchblicken wegen „der unerwartet eifertigen Räumung der ganzen Niederlande, welche dem Feinde mit dem unbestrittenen Besitz dieser reichen Provinz die erkledlichsten Mittel zur Vergrößerung seiner Macht in die Hände gebe.“ Am unzufriedensten ist er darüber,

1) Wigleben a. a. O. III, 358.

daß Koburg von Wien aus Weisungen verlangt, da man doch aus der Ferne unmöglich die Bewegungen leiten und die genaue Kenntniß der Localitäten nicht wohl sich verschaffen könne. Der Kaiser dürfe von seinem Generalcommando mit Recht erwarten, daß ihm nächstens in zweifelhaften Fällen statt unbestimmter Anfragen bestimmte Vorschläge vorgelegt würden; für jetzt könne er nur auf den Geist seines Schreibens vom 15. verweisen mit dem gemessenen Auftrage, daß, wo auch immer die Armee sich befinden möge, der Prinz durch Anstrengung aller Kräfte und durch jene Mittel, welche ihm seine Kriegskunst und Erfahrung an die Hand gebe, sich dahin zu verwenden habe, dem weitem Vordringen des Feindes Einhalt zu thun.

„Meine Bekümmerniß wegen der eroberten Festungen,“ heißt es weiter, „habe ich Ew. Liebden bereits lezthm zu erkennen gegeben und ich kann nicht bergen, daß ich über die schwer zu heilende Wunde, so die Monarchie durch den Verlust so vieler Mannschaft und eines so beträchtlichen Theils unseres Belagerungsgeschützes überkommen würde, der traurigsten Betrachtungen mich nicht ent schlagen kann.“ Der Prinz wird dann angewiesen, mit Mercy, den man schon in England angelangt glaubte, in Briefwechsel zu treten, um nach dem, was er von diesem über die Wiedervereinigung mit den Allirten und gemeinschaftliche Unternehmungen zur Kenntniß erhielte, das Dienliche sogleich vornehmen zu können. Er soll dabei bemüht sein, „sich jederzeit in solchen Positionen zu erhalten, so die Leichtigkeit verschaffen, mit den Allirten wieder nähere Kommunikation zu öffnen und zu neuen Offensivoperationen unverweilt vorzuschreiten, es wäre denn, daß Graf Mercy von London aus ausdrücklich erklärte, daß auf die Gefinnungen und den Beistand der Allirten in keiner Weise ferner Rechnung zu machen sei, in welchem von dem Grafen Mercy namentlich zu bestimmenden Falle die fernere Aufmerksamkeit dann zuvörderst auf die Erhaltung der Armee und die Vertheidigung des Luxemburgischen und der deutschen Gegenden nach den weiter an den Prinzen ergehenden Weisungen zu richten sein würde.“ Endlich wird Verstärkung durch das nach Trier zurückgezogene

Corps des General Blankenstein und Geldhülfe durch den Grafen Odonnel in Aussicht gestellt.

In dem folgenden Schreiben aus Laxenburg vom 14. August<sup>1)</sup>, das Koburg am 20. zu Händen kam, mag man immerhin einen Einfluß der kurz vorher in Wien eingetroffenen englischen Gesandtschaft erkennen. „Aus einigen von dem Herzoge von Sachsen-Teschen eingeschickten Stücken seines Briefwechsels mit Ew. Liebden,“ schreibt der Kaiser, „habe ich sehr ungern ersehen, daß an mehreren Stellen noch forthin von der Möglichkeit des Rückzuges Meiner niederländischen Armee an und über den Rhein die Rede vorkommt. Ob ich nun schon mir schmeicheln sollte, daß meine unter dem 16. und 30. (15. und 31.) des verflossenen Monats an Sie ergangenen Befehle über meine eigentlichen deßfalligen Gesinnungen keinen Zweifel übrig gelassen haben, so will ich dennoch hiermit Ew. Liebden nochmals die Bemerkung wiederholen, daß in dem gegenwärtigen Augenblick aller Gedanken von weiteren Retraiten, die bereits bisher in mancherlei Unbetracht Meinen wesentlichen Interessen sowohl als dem Ansehen der Monarchie und dem Ruhm meiner Waffen so nachtheilig geworden sind, ganz zu entsagen und sich bloß mit der Ausfindigmachung offensiver Operationen zu beschäftigen sei. Da nun zu diesem Zwecke die Erneuerung eines näheren Einverständnisses und Verbindung mit den Allirten nothwendig ist, so geht meine Willensmeinung dahin, daß, sobald Graf Mercy Ew. Liebden in die Kenntniß der zu London an ihn gebrachten Ideen und Anträge zur Wiederherstellung der so mißlichen Lage der Umstände in den Niederlanden versetzt haben wird, Ew. Liebden sich darüber mit den Allirten unverzüglich einvernehmen, die allenfalligen Vorschläge in vertrauliche Ueberlegung ziehen, und auf alle mit den Grundsätzen der Kriegskunst nur immer vereinbarliche Art zur thätigen allianzmäßigen Beiwirkung sich bereit finden lassen, folglich allem Argwohne eines Abganges an gutem Willen sorgfältig ausweichen

1) Wigleben a. a. O. III, 426.

wollen; als über welchen, wie ich Ihnen nicht bergen will, überdies von Seiten der Alliirten einige beschwerfame Insinuationen vorgekommen sind, die ich ganz ungegründet zu sein hoffen und wünschen muß.“

So entschieden aber diese Briefe sich ausdrücken, so bestimmt sie auf Offensivoperationen zur Wiedereroberung Belgiens hinweisen, man darf doch nicht übersehen, daß sie die letzteren mit den Unterhandlungen Merchs in London in Verbindung bringen, ja gewissermaßen davon abhängig machen. Nach dem ersten Briefe soll Clerfayt sich auf die Behauptung der Maas beschränken, wenn er von Mercy ungünstige Nachrichten aus London erhielte; nach dem zweiten soll er sogar günstige erwarten, um neue Angriffsbewegungen mit den englischen Generalen zu vereinbaren. Möglich wäre es nun, in dieser Anweisung den Grund zu finden, daß Clerfayt zu Anfang Septembers einem neuen, von den englischen Generalen angeregten Angriffsplane nicht eben bereitwillig entgegenkam; in diesem Sinne könnte dann auch Thugut die Klagen der Engländer und die Vorwürfe Sybels, falls sie überhaupt begründet sind, veranlaßt oder verdient haben. Ich sage, es wäre möglich, als wahrscheinlich kann ich es nicht annehmen; denn wie die Briefe abgefaßt sind, durften sie einen fähigen Feldherrn, wenn er wirklich einen bedeutenden Vortheil vor sich sah, nicht zurückhalten. Aber auch in diesem Falle hätten sie doch nur die Ausführung eines vielleicht erfolgreichen Angriffs gehindert; sicher ist dagegen, daß sie die Behauptung der Maaslinie anbefahlen und, soweit es durch Briefe geschehen kann, jedem Zurückweichen sich entgegenstellen.

Auch in den folgenden Ereignissen vermag ich nichts zu entdecken, was nicht durch militärische Beweggründe sich erklären ließe. Doch möchte ich auf die Einzelheiten hier nicht eingehen, um so weniger, als die Angaben der neuesten Schriftsteller weit von einander abweichen. Sybel legt großen Werth darauf, daß die Clerfayt gegenüberstehende Armee Jourdans nicht stärker als sein eigenes Heer gewesen sei, und daß die österreichische Verlustliste vom 23. September bis zum 6. October nur 171 Tödt-

28 Verwundete und 468 Vermißte aufweise<sup>1)</sup>. Dagegen berechnet Vivenot (II, I, 308) die beiderseitigen Armeen auf 113,600 Franzosen gegen 60,800 Oestreicher, und Louis Blanc, der sich auf ein ungedrucktes Manuscript des Marschall Jourdan beruft, erzählt sogar, daß allein die Tage vom 2. bis zum 5. October den Oestreichern nicht weniger als 6000, den Franzosen 1200 Mann gekostet hätten<sup>2)</sup>. Wiglebens Darstellung endigt leider mit der Abdankung Koburgs, er bemerkt nur kurz (III, 434): „Nach verlustreichen Gefechten sah Clerfayt sich gezwungen, die Vertheidigung der Maas und dann auch die Roer aufzugeben und sich Anfangs October über den Rhein zurückzuziehen.“ Gelänge es auch, unter so widersprechenden Angaben die richtige zu finden, sie würde doch nicht sowohl für Thugut und die östreichische Regierung, als für Clerfayts Benehmen einen Maßstab geben. Die Wahrheit scheint zu sein, daß er alt, krank und verstimmt nur mit Widerstreben den Oberbefehl über Streitkräfte angenommen hatte, die er selbst als ungenügend erkannte. Dann hat er nicht eben glänzende Talente oder außerordentliche Energie bewiesen; aber der großen Uebermacht, wenn nicht Jourdans, doch der französischen Armeen gegenüber, ohne Hoffnung auf bedeutende Verstärkung, ohne genügenden Unterhalt in einem Lande, wo die Bevölkerung sich stumpf und sogar widerwillig zeigte, mag er auch nicht eben Tadel verdienen, wenn er nach mehreren unglücklichen Gefechten den Schutz eines großen Flusses zwischen sich und den Feind zu bringen wünschte. Schon am 17. September, in einem Briefe an den Kaiser zeigt er sich sehr niedergeschlagen durch den Ausgang des Gefechtes an der Durte und giebt nur wenig Hoffnung für die Zukunft<sup>3)</sup>. Am folgenden Tage meldet er dem Herzog von Sachsen: wenn der Feldmarschalllieutenant Melas die wichtige Stellung von Kaisersesh, und die preußischen Truppen den Hundsrück nicht behaupteten, und wenn der Feind

1) Geschichte der Revolutionszeit III, 240; Historische Zeitschrift XV, 103.

2) Histoire de la Révolution Française, Paris 1861, XI, 332.

3) Vivenot a. a. O. III, 285.

dann fortfahre, seine ganze Macht gegen ihn zu wenden, so könne er sich gezwungen sehen, über den Rhein zurück zu weichen, obgleich er dies wegen der mangelhaften Verpflegung, die dort zu befürchten sei, als das äußerste Unglück betrachten müsse. Noch am Tage des Empfanges, am 21. September, antwortet der Herzog: „Ich beschwöre Ew. Excellenz bei Allem, was wir unserm Monarchen und unserm deutschen Vaterlande schuldig sind, kein Mittel und keine Anstrengung unversucht zu lassen, wodurch wir dieses unermessliche Unglück zu vermindern im Stande sein können“<sup>1)</sup>. Ähnlicher Zeugnisse ließen aus Vivenots Mittheilungen sich noch manche anführen. Auch Thugut versicherte später, als das Unglück bereits geschehen war, dem kaiserlichen Gesandten Pelsler im Haag, daß die rückgängigen Bewegungen ebenso sehr den Wünschen, als den Erwartungen des Kaisers widersprochen hätten. Der Kaiser habe dem Marschall Clerfayt, nachdem gegen seine bestimmten Befehle die Vertheidigung der Maas aufgegeben sei, aufs Nachdrücklichste den Willen kund gethan, sich an der Roer zu halten und vor allen Dingen nicht über den Rhein zurückzuweichen<sup>2)</sup>. Damit stimmen die eigenen Erlasse des Kaisers an Clerfayt überein. Noch ein Brief vom 30. September beginnt mit den Worten: „Da ich nicht zweifle, daß gegenwärtiges Schreiben Sie noch an der Roer antreffen werde, so setze ich auch außer allen Zweifel, daß Sie, insofern Sie nicht etwa Fortschritte zu machen möglich finden, diese Position für jetzt und in der Zukunft behaupten werden“<sup>3)</sup>.

1) Vivenot a. a. O. I, 160.

2) Vgl. das Schreiben vom 13. October bei Vivenot a. a. O. II, I, 292.

3) Vivenot a. a. O. I, 161. Freilich ist dann doch in dem Briefe schon von einem möglichen Rückzuge die Rede; es bleibt zu bedauern, daß Vivenot den Inhalt nicht vollständig mitgetheilt hat. Er sagt I, 162: „Das Urtheil seines Monarchen bestärkte Clerfayt darin, seine Rückzugslinie nicht nach Holland, sondern nach dem Rheine zu verlegen,“ aber man muß das Gegentheil schließen aus den gleichzeitig angeführten Worten des Handschreibens: „Der Rückzug nach Geldern legt den Engländern Verbindlichkeiten auf“ [offenbar ein Vortheil für den Kaiser], und dem Inhalt des Briefes vom 13. October: „Sehr

Aber diese Hoffnung erfüllte sich nicht; schon die Antwort oder wenigstens das nächste Schreiben Clerfayts ist vom rechten Rheinufer datirt, aus Meerheim, einem kleinen Ort in der Nähe von Deutz. Nachdem ein Gefecht bei Düren am 2. October abermals einen unglücklichen Ausgang genommen hatte, war der Marschall in der Nacht vom 5. auf den 6. über den Rhein gegangen. Dem Kaiser spricht er am 7. auch seinerseits das Bedauern aus, daß er diesen Schritt habe thun müssen; er begreife nur zu wohl, welche Uebelstände daraus erwachsen könnten, aber die Verhältnisse seien von der Art, daß er nicht anders habe handeln dürfen <sup>1)</sup>.

Faßt man alle diese Umstände und Aussagen zusammen, so könnte man glauben, es gebe nicht leicht für ein geschichtliches Ereigniß einen so deutlichen Beweis, als dafür, daß Belgien von den Oestreichern ernstlich vertheidigt sei. Aber diesen Zeugnissen steht allerdings eine Reihe anderer gegenüber, welche mehr oder weniger im entgegengesetzten oder doch in einem verschiedenen Sinne sich aussprechen. Sie beginnen, wie man denken kann, mit der Zeit, da in Belgien die ungünstige Wendung eintritt. Schon als zu Anfang Juni statt des General Mack der Prinz von Waldeck an die Spitze des Generalstabes trat, wurde diese Veränderung von den Engländern ungünstig aufgenommen. Am 28. Juni, zwei Tage nach der Schlacht bei Fleurus, schreibt der Herzog von York an den Kriegsminister, Lord Dundas: von dem Augenblicke an, wo des Kaisers Beschluß, die Armee zu verlassen, bekannt geworden sei, habe eine große Niedergeschlagenheit der österreichischen Truppen sich bemächtigt; deutlich hätten selbst die Officiere den Wunsch ausgesprochen, daß der Krieg zu Ende gehen möge, sollte auch Belgien aufgegeben werden. Auch Waldeck habe vor seiner Ernennung zum Generalquartiermeister eine gleiche Sprache

wünschenswerth wäre es gewesen, wenn die Armee den Rhein nicht übersezt und sich wenigstens mit der englischen Armee vereinigt hätte" (II, I, 293).

1) Bivenot a. a. O. II, I, 285.

geführt und dadurch den Gedanken Thuguts, dessen Creatur er sei, Worte gegeben. Schon diese Sprache habe Verdacht erregen müssen, der dann durch die Bewegungen der österreichischen Armee, die Maßregeln der Regierung in Brüssel und durch die unglückliche, ohne genügenden Grund abgebrochene Schlacht vom 26. Juni noch vermehrt worden sei<sup>1)</sup>. Auf diese Aeußerung wird man freilich kein großes Gewicht legen dürfen; sie ist in der ersten Aufregung nach einem unglücklichen Treffen, zudem von einem Manne geschrieben, der, unfähig wie er war, um so leichter Andere mit ungegründeten Vorwürfen überhäufte. Wichtiger ist, was englische Gesandte als eigene Worte des österreichischen Ministers nach London berichten. Schon im Dezember 1792 äußerte Thugut, damals noch nicht in seiner hohen Stellung, einem englischen Diplomaten, dem Oberst Craufurd, sein Mißvergnügen über die Unbequemlichkeiten und Gefahren, die für den Kaiser an den Besitz von Belgien sich knüpften<sup>2)</sup>. Kurz nach der unglücklichen Schlacht bei Tourcoing am 18. Mai 1794 entspann sich zwischen ihm und dem heftig erbitterten Lord Elgin ein lebhafter Wortwechsel; der österreichische Minister soll dabei jede Verstärkung des Heeres durch Truppen vom Rheine als unmöglich zurückgewiesen und erklärt haben, es scheine zweifelhaft, ob der Besitz der Niederlande weitere Anstrengungen überhaupt noch verdiene, ja, es sei nicht seine

1) Witzleben a. a. O. III, 316 datirt diesen Bericht vom 18. Juni, theilt aber III, 275 ganz ähnliche Worte aus einem Briefe vom 28. Juni mit, und Sybel, III, 111 führt danach zwei Berichte Yorks vom 18. und 28. Juni an. Offenbar handelt es sich jedoch um ein und dasselbe Dokument, das Witzleben zweimal erwähnt und einmal unrichtig vom 18. statt vom 28. Juni datirt hat; denn in dem angeblichen Schreiben vom 18. wird schon die Schlacht bei Fleurus vom 26. Juni erwähnt.

2) Vgl. den Bericht des Obersten Craufurd an Lord Auckland vom 29. April 1793 in der Correspondence of Lord Auckland, London 1862, III, 42. Diese Stelle wiegt vielleicht schwerer als irgend eine, die Sybel für seine Ansicht angeführt hat; indessen steht ihr wie allen übrigen entgegen, daß Thuguts Worte wesentlich darauf berechnet waren, die Engländer zu kräftiger Hülfe in Belgien zu bestimmen.

Schuld, daß der Kaiser nicht mit der Räumung Belgiens den Feldzug angefangen habe <sup>1)</sup>. Wenn nicht in gleich heftigen Worten, doch in ähnlichem Sinne schreiben auch die englischen Gesandten Lord Spencer und Thomas Grenville, der Bruder des Ministers des Auswärtigen, die, wie erwähnt, im August von London nach Wien kamen. Sie sind mit dem Gange der Verhandlungen wenig zufrieden, Thugut scheint vornehmlich den polnischen Angelegenheiten sein Interesse zuzuwenden, für den Krieg in Belgien zeigt er wenig Lebhaftigkeit, schlägt den Werth und die Einkünfte dieser Provinz, selbst in ruhigen Tagen, sehr niedrig an und weigert sich, auf die Vorschläge der Engländer einzugehen <sup>2)</sup>. Es fragt sich nur, wie viel man für unsere Frage solchen Äußerungen entnehmen kann. In Thuguts Interesse lag es, England zu möglichst großen Anstrengungen für die Erhaltung Belgiens zu veranlassen; kann es befremden, wenn er seinerseits den Werth dieser Provinz für Oestreich herabsetzte und ebenso sehr ein englisches, als ein östreichisches Interesse für ihre Sicherstellung nachzuweisen suchte? Dies hat auch Grenville recht wohl empfunden und mehrmals ausgesprochen <sup>3)</sup>. Weiter ist zu erwägen, daß gerade den englischen Gesandten Vieles mangelte, um Thuguts Verfahren billig zu beurtheilen. England legte den höchsten Werth darauf, daß die Niederlande nicht an Frankreich

1) Vgl. Sybel, Geschichte der Rev.-Zeit, III, 112.

2) Vgl. Sybel, Geschichte der Revolutionszeit III, 233 und die Memoirs of the court and cabinets of George III. by the duke of Buckingham, besonders den Brief Grenvilles vom 24. August 1794, II, 259.

3) Vgl. in den angeführten Memoiren z. B. II, 262. Ganz so urtheilt der ständige Gesandte in Wien, Sir Morton Eden am 8. September: The conferences at Vienna go on amicably, though some apprehensions arise from Thuguts often dropping an indifference about regaining possession of the Belgic provinces. I suppose he does this as a means to force us into the alliance, which has ever been and is the great aim of his administration, and on which, I believe, his fame and weight as well with the Emperor as with his fellow subjects depend. Journal of Lord Auckland III, 239.

fielen, von dem ganzen Kriegsschauplatz hatte es nur Belgien als den wichtigen Punkt im Auge; den österreichischen Minister mußten verschiedene Interessen in Anspruch nehmen, es fragt sich, wer die Schuld trug, wenn er der Erwartung der englischen Gesandten nicht immer lebhaft und eifrig genug entgegenkam. So viel man urtheilen kann, gingen ihre Ansprüche in der That zu weit. Sie verlangten zunächst als ausgesprochenen Zweck des Krieges die Herstellung der Monarchie in Frankreich und die Anerkennung des Regenten, eine Forderung, die den Krieg verewigen mußte. Ferner sollte der Kaiser wenigstens 100,000 Mann in den Niederlanden aufstellen, was Thugut nicht verweigerte, aber bei der Erschöpfung des Staats nur mit Hülfe englischer Subsidien für möglich erklärte. Ueber die Höhe derselben konnte er mit den englischen Gesandten in Wien sich nicht einigen; er legte, wie Grenville selbst bemerkt, besonderen Werth auf die Unterhandlungen, die er durch Mercy in London angeknüpft hatte. Daß er aber, auch wenn die Unterhandlung nicht zum Ziele führte, Belgien ohne Noth räumen würde, glaubte Grenville nicht, und sagte Thugut nicht. Er erklärte im Gegentheil, durch die Verträge fühle sich Oestreich verpflichtet, den Krieg nach besten Kräften fortzusetzen, die Armee in Belgien habe in diesem Sinne die bestimmtesten Befehle erhalten; nur sprach er zugleich die Befürchtung aus, nach so großen Verlusten könne es unmöglich werden, die nöthigen Mittel zu gewinnen, wenn England Unterstützung verweigere. Die Ereignisse nicht weniger, als die bis jetzt erfolgten archivalischen Mittheilungen haben sowohl die Befürchtungen, als die Versicherung bestätigt. Es ist unnöthiger Argwohn, wenn Grenville (am 1. September) sich Sorge macht, weil Thugut die Befehle an Koburg nicht vorzeige, und es muß befremden, daß Sybel (III, 237) diese Klagen als wohlbegründet anerkennt, da wir doch in dem kaiserlichen Schreiben vom 14. August den Befehl, auf welchen gerade diese Aeußerungen sich beziehen, vor Augen haben <sup>1)</sup>.

1) Der Grund für Thuguts Zurückhaltung könnte darin liegen, daß Koburg, wie schon bemerkt, auf Mittheilungen Mercys verwiesen wird.

Es bleibt noch, was preußischen Quellen zu entnehmen ist. Preußen verfolgte in Belgien nicht so unmittelbare Interessen als England, nahm aber an dem, was dort geschah, gleichwohl den lebhaftesten Antheil, zunächst, weil die Ereignisse in Belgien auch auf den Krieg am Rheine einwirkten, dann weil die Beziehungen des Kaisers zu Frankreich, vor Allem die Möglichkeit eines besondern Abkommens, überwacht werden mußte. Diese letztere Besorgniß steigerte sich, als der Krieg eine üble Wendung nahm, als von zweideutigen Aeußerungen Thuguts und Waldeck's, sogar von der Ankunft eines französischen Unterhändlers das Gerücht sich verbreitete. Es war dies ein Abentheurer, Jacob Roques, der sich den Namen eines Grafen Montgaillard beigelegt und nach wechselnden Schicksalen dem Anhange Robespierres zugesellt hatte. Wie es scheint sollte er Andeutungen oder Vorschläge für eine Unterhandlung den Verbündeten übermitteln. Im Hauptquartier zu Valenciennes benahm er sich mit solcher Frechheit, daß der Kaiser ihn festnehmen ließ; er entkam aber oder wurde entlassen und konnte sich zum Herzog von York, darauf nach England begeben <sup>1)</sup>. Um über dieses und Anderes genauere Auskunft zu erhalten, schickte das preußische Ministerium einen bewährten Diplomaten, den Geheimenrath Dohm, damals Gesandten am kurfölnischen Hofe, nach Brüssel. Dohm gelangte zwar nicht zu vollkommener Klarheit, faßte aber doch einen lebhaften Verdacht. „So viel ist gewiß,“ berichtet er nach seiner Rückkehr am 8. Juli aus Köln, „daß der Wiener Hof seit längerer Zeit den Frieden eifrig wünscht und sich der herrschenden Partei in Frankreich zu nähern sucht. Die Niederlande sollen aufgegeben werden; dies ist kein Verlust für Oestreich, das hier seine schwache Stelle hat, denn es wird für die Aufopferung so blühender Provinzen sicher andere Entschädigungen, wahrscheinlich in Baiern und Polen fordern. Die mäßige Verfolgung des Rückzuges durch den Feind gilt als die Folge eines Uebereinkommens; indessen das ist

1) Vgl. die Schreiben des Ministeriums vom 22. Juni und Caesars vom 2. und 12. Juli 1794 im Preußischen Staats-Archiv.

ein zuverlässiges Factum, daß Graf Metternich [der kaiserliche Minister] vor seiner Abreise aus Brüssel sich ganz offen ausgesprochen und den Grafen Mercy als Unterhändler bezeichnet hat<sup>1)</sup>. Ähnlichen Ansichten begegnet man in mehreren Briefen des Marschall Mollendorf; endlich hörte Graf Dönhoff, der preußische Bevollmächtigte im österreichischen Hauptquartier, nicht auf, immer von Neuem diesen Verdacht anzuregen. Er sieht in den Ereignissen nicht bloß Unglücksfälle, sondern berechnete, wohldurchdachte Pläne. Am 18. und 22. Mai hat man bei Tourcoing und Tournay keine Entscheidung herbeiführen wollen, Ypern und Charleroi absichtlich nicht entsetzt und durch dies und Ähnliches in der Armee wie im Volke den Glauben erzeugt, daß man mit dem Feinde ein Abkommen wegen der Räumung Belgiens getroffen habe. In einem Schreiben vom 29. Juli möchte er die heimliche Verbindung Oesterreichs mit dem Feinde bis in den Herbst 1793 zurückdatiren; endlich am 2. August meldet er sogar, Waldeck habe ausdrücklich gesagt, er sei es, der dem Kaiser vorgeschlagen habe, seine Truppen aus Belgien wegzuziehen<sup>2)</sup>. Vivenot (I, 123) spricht diesem Zeugen jede Bedeutung ab, weil er unzuverlässig und geistig zu wenig befähigt gewesen sei, um einen Waldeck zu durchschauen; dagegen bemerkt Sybel (Zeitschr. XV, 89), es handele sich hier gar nicht um das Durchschauen versteckter Pläne, sondern um die einfache Fähigkeit, eine sehr klare und trockene Aeußerung zu hören und zu berichten. Es mag sein, daß Vivenots Grund nicht ausreicht, das Zeugniß zu entkräften; ebenso wenig möchte ich aber glauben, es handele sich hier nur um eine klare und trockene Aeußerung. Es wäre doch mehr als seltsam, wenn der österreichische Generalquartiermeister den Plan, den er selbst ausführen wollte, das Geheimniß, das überall sorgfältig verborgen wurde, durch eine klare und trockene Aeußerung dem preußischen Militairbevollmächtigten sollte verrathen haben. Ich kann einer einzelnen, aus dem Zusammenhange gerissenen Aeußerung, der die Umstände,

1) Witzleben a. a. O. III, 408 fg.

2) Vgl. Sybel, Geschichte der Rev.-Zeit, III, 111.

eine hinzugefügte Bedingung und so Manches, was sich gar nicht berechnen läßt, eine wesentlich veränderte Bedeutung geben konnten, besonders aus Dönhoffs Munde kein großes Gewicht beilegen. Denn in den Berichten, die man von ihm kennt, und in den Augen seiner eigenen Regierung erscheint er in der That nicht als ein fähiger Beobachter. Wie vorschnell und wenig wohlwollend er urtheilte, mag nur ein Beispiel bezeugen. Man erinnert sich, wie großen Werth der Kaiser auf die Behauptung der Festung Ypern legte, wie er zwei Mal in wenigen Tagen selbst an Koburg schrieb, selbst beim Entsatze sich betheiligen wollte und später nicht aufhörte, an die bedrohten Festungen zu erinnern. Gleichwohl berichtet Dönhoff gerade von Ypern, man habe diesen Platz absichtlich aufgegeben. Was aber seinen, sowie Möllendorfs und Dohms Aeußerungen die eigentliche Bedeutung nimmt, ist der Umstand, daß sie sämmtlich auf der Annahme eines geheimen Abkommens zwischen Oestreich und der Republik beruhen, und mit dieser haltlosen Voraussetzung selbst unhaltbar werden. Dies erkannte man auch recht gut in Berlin, wo überhaupt die Verhältnisse weit richtiger und unbefangener beurtheilt wurden, als von den meisten auswärtigen Gesandten. Schon am 19. Juli schreibt das Ministerium an Möllendorf: „Thugut hat dem russischen Gesandten eidlich versichert, daß keine Friedensverhandlungen mit dem Feinde stattgefunden hätten; dies bestätigt sich auch aus allen übrigen Nachrichten und läßt uns vermuthen, daß Mangel an Einsicht und zusammenhängenden Plänen bei der östreichischen Armee an allem Unglück Schuld ist<sup>1)</sup>. Noch

1) Vgl. Bigleben a. a. O., III, 412. Am 6. Juli hatte Caesar aus Wien als das Ergebniß einer langen Nachforschung berichtet: *Malgré les bruits généralement répandus et accrédités aux Pays-bas, en Hollande, en Empire et à Vienne sur une négociation de paix entamée entre la cour de Vienne et le gouvernement actuel en France, j'ose répéter dans le plus profond respect l'assurance déjà contenue dans mes précédentes, que je n'ai pu découvrir le moindre fait qui autorise ces suppositions comme fondées.* Aehnliches findet sich in Caesars Depesche vom 12. Juli, auf welche das Schreiben des Ministeriums an Dönhoff sich bezieht.

bestimmter erwiedert man Dönhoff am 5. August: „Wir haben Ihre beiden Depeschen aus Fouron-le-Comte vom 28. und 29. Juli empfangen, welche den Verdacht aussprechen, daß zwischen den kaiserlichen Generalen und den Agenten des Nationalconvents geheime Einverständnisse obgewaltet hätten und noch obwalteten; allein wie widerwärtig und unerklärlich auch in vieler Hinsicht die überschnelle Räumung Belgiens ist, so beweist doch der Ausgang, daß alle Ihre Muthmaßungen irrhümlich sind. Von Unterhandlungen zu einem Separatfrieden kann nicht die Rede sein, seitdem man in Schwellingen ein Uebereinkommen getroffen hat, wonach die Verbündeten auf die kräftigste Mitwirkung der österreichischen Armee rechnen können, und dem Prinzen von Koburg die Vertheidigung der Maas geboten ist.“ Möllendorf hatte schon am 28. Juli aus eigenem Antriebe sich ganz in derselben Weise ausgesprochen.

Es ließen sich noch einige Berichte Lucchesinis und Caesars hier anreihen. Der preußische Diplomat war zu Anfang Mai vom Könige in das Kriegslager nach Südpreußen berufen. Am 19. Juni schreibt er, wie Sybel (III, 112) anführt, dem Ministerium: der Marschall Laschy vertrete jetzt offen den Plan, Belgien zu räumen, die Armee zum Theil am Oberrhein zu verwenden, zum Theil in die Erblande zurückzuziehen, dann mit Frankreich Frieden zu schließen, und mit gesammelter Macht in Polen zu handeln. So habe ihm Laschy's Freund und Schützling, der General Wallis, gesagt. Diese Nachricht ist aber schon deshalb nicht von Bedeutung, weil Laschy ebensowohl als Wallis nicht, wie Sybel meint, zu den „einflußreichsten Personen Wiens“ gehörte, sondern gerade damals ohne Einfluß war <sup>1)</sup> und sich dafür durch eine bittere Kritik der Regierung entschädigte, die dann zum großen Theil in die preußischen Berichte überging. Ganz gleichlautende Angaben finde ich in einer Depesche Caesars vom 21. Juni aus Wien; hier wird aber ausdrücklich hinzugesetzt, Thugut und der wirklich einflußreiche

1) Vgl. unter ähnlichen Caesars Berichte vom 20. November 1793, vom 9. April und 16. Juli 1794.

Adjutant des Kaisers, der General Rollin, theilten diese Ansicht nicht, sondern sie hofften, die verbündete Armee werde die Niederlande behaupten und mit Unterstützung der preußischen Truppen sogar in das französische Gebiet vordringen können. Später tritt in den Wiener Depeschen bald diese, bald jene Vermuthung hervor; es würde schwer sein, ein bestimmtes Urtheil ihnen zu entnehmen.

So verlieren alle diese Zeugnisse, wenn man sie genauer betrachtet, wesentlich von ihrem Werthe. Ich sage nicht, daß sie ohne Bedeutung sind; aber selbst wenn nicht andere ihnen entgegenständen, sie könnten doch nicht ausreichen, eine Reihe seltsamer, unwahrscheinlicher Ereignisse außer Zweifel zu setzen. Wie viel weniger, da die Aussagen der Hauptbetheiligten so bestimmt widersprechen. Hat man doch noch in keinem österreichischen Document einen Anhaltspunkt für die Hypothese finden können. Was Sybel in diesem Sinne anführt beweist nicht, daß er im Suchen glücklich gewesen ist. So citirt er (III, 115) die Denkschrift Mack vom 29. Mai, in welcher der Verfasser — man kann zugeben, unter der Voraussetzung, daß sie verneint werden sollte — die Frage aufwirft, „ob die combinirten Mächte, um ihrerseits den Frieden herzustellen, etwas Anderes, als den Rückzug ihrer Truppen zu veranlassen brauchen.“ Aus der Art und in der Verbindung, wie diese Worte angeführt werden, muß man folgern, Sybel betrachte sie als einen Beweis, daß die österreichischen Truppen Belgien hätten räumen sollen. Aber er ist hier, wie es scheint, durch die etwas sonderbare Sprache der Denkschrift irre geleitet. Die Stelle bezieht sich gar nicht auf die österreichischen, sondern ausschließlich auf die englischen und holländischen Truppen. Mack fragt, ob die combinirten Mächte, d. h., wie man aus der Einleitung des Actenstückes ersieht<sup>1)</sup>, England und Holland, die zwar nicht einseitig Frieden schließen, aber doch ihre Armeen nach eigenem Willen bewegen dürften, ob diese nicht etwa den Gedanken haben könnten, zur Erleichterung des Friedens ihre Truppen aus Belgien hinwegzuziehen, wonach dann „das

1) Vgl. den Abdruck bei Wigleben, a. a. O., S. III, 266.

ganze Gewicht der Rache der lasterhaften, aber desto gefährlicheren französischen Nation einzig und allein auf den Kaiser und das römische Reich fallen würde.“ Mack setzt also nicht den Abzug, sondern das Verbleiben der österreichischen Truppen voraus, und Vivenot hätte die Stelle mit größerem Rechte für sich anführen können, als sein Gegner.

Weiter beruft sich Sybel (III, 241) auf den schon erwähnten Brief Clerfayts aus Meerheim vom 7. October 1794. Der Marschall bittet den Kaiser, sich überzeugt zu halten, daß er beim Rheinübergange nur das Wohl des Dienstes im Auge gehabt habe; der Rückzug sei Angesichts einer zahlreichen Armee ohne Uebereilung geschehen und keine Wirkung der Furcht gewesen<sup>1)</sup>. „Also“, ist Sybels Folgerung<sup>2)</sup>, „er hielt sich nicht besiegt, er fürchtete sich nicht vor dem zahlreichen Feinde, er ging über den Rhein nicht weil er mußte, sondern weil er wollte, nicht aus militärischer Nothwendigkeit, sondern nach der Politik seiner Regierung.“ Aber wer sieht nicht, daß hier etwas ganz Fremdes in die Worte hineingelegt wird? Sie sind, wie mir scheint, verständlich genug. Clerfayt entschuldigt sich in diesem Briefe, daß er trotz der Abmahnung des Kaisers über den Rhein gegangen sei; er habe aber, fügt er hinzu, nicht anders gekonnt; er sei kein furchtsamer Mann, der sich durch leere Besorgnisse zu einem solchen Schritt verleiten ließe, sondern der Rückzug sei geschehen, weil er eben nach dem Ermessen eines verständigen, furchtlosen Soldaten sich nicht habe vermeiden lassen.

Das dritte Zeugniß bildet noch insbesondere eine Controverse zwischen Sybel und seinem Gegner. In der interessanten Schil-

1) Die Worte lauten im Original: Je sens toute l'importance de cette démarche, et les suites qu'elle peut avoir m'affligent sensiblement; mais si Votre Majesté daigne réfléchir à notre position, j'ose espérer, qu'Elle me rendra la justice d'être persuadé, que je n'ai songé qu'au plus grand bien de Son service, et que cette retraite en présence d'une armée nombreuse s'est faite sans précipitation et n'a pas été l'effet de la crainte.

2) Vgl. Gesch. der Rev.-Zeit, III, 241; Histor. Zeitschr. XV, 105.

derung der holländischen Zustände im Herbst 1794 spricht Vivenot von einem zwischen Pitt und dem Großpensionär Spiegel verhandelten Plan, Belgien mit Holland zu einem Königreich unter oranischer Herrschaft zu vereinigen. „Vivenot“, bemerkt Sybel (Zeitschr. XV, 111), „findet in diesem Gedanken einen neuen Beweis für die abscheuliche Treulosigkeit, mit der Oestreich von seinen damaligen Alliierten behandelt worden; während 30,000 Oestreicher für die Rettung Hollands geblutet, hätte Holland sich mit dem Raube einer österreichischen Provinz zu bereichern gesucht.“ „Er hat hier“, fährt Sybel fort, „auf Seite 295 bereits wieder vergessen, was er kurz vorher auf Seite 272 erzählt hat, jene officielle Erklärung Pelsers an Spiegel, daß der Kaiser Belgien als eine Last für Oestreich betrachte und das Land nur wegen seines Verhältnisses zu den Seemächten behaupten möchte.“ Sehen wir nun, was auf dieser Seite 272 steht. Pelsers berichtet an Thugut am 6. August, er habe im Auftrage Merchs im Anschlusse an das, was damals in Wien und im Hauptquartier verhandelt wurde, die holländische Regierung von den Gesinnungen des Kaisers in Bezug auf Belgien in Kenntniß gesetzt. „In Folge dessen,“ schreibt er, „habe ich dem Greffier bemerkt, der Kaiser betrachte die Niederlande allerdings als eine lästige [oder mit Lasten verbundene] Besizung (à la verité comme une possession onéreuse), sie seien ihm aber werthvoll aus politischen Rücksichten als ein Band, das ihn mit den Seemächten vereinigt halte; er habe nicht die Absicht gehabt, sie zu verlassen, sondern er werde sich sogar bemühen, sie auch für die Zukunft zu bewahren und unverzüglich wieder einzunehmen.“ Die meisten Leser würden aus dieser Stelle schließen, der Kaiser sage ja, die Niederlande seien ihm werthvoll, er wünsche sie zu behalten und wolle sie nicht aufgeben, eine Ansicht, die Pelsers gewiß den holländischen Staatsmännern gegenüber noch entschiedener als in jenem Briefe an Thugut zum Ausdruck brachte. Aber, schließt Sybel, Pelsers hat doch gesagt, Belgien sei für den Kaiser eine Last — Seite 90 der Abhandlung heißt es, nur eine lästige Besizung — und deshalb soll nach einer solchen Eröffnung und nach Thuguts Aeußerungen gegen

Lord Spencer „ein moralisches Bedenken gegen jene Erwägungen Pitts und Spiegels unerfindlich“ sein.

Mehr als diese drei Zeugnisse hat Sybel aus österreichischen Dokumenten nicht angeführt. Ich überlasse den Lesern das Urtheil, ob sie zur Bestärkung seiner Ansicht geeignet sind. Es bleibt aber noch zu untersuchen, was den Ereignissen im Osten zur Entscheidung der streitigen Frage sich entnehmen läßt. Daß die polnischen Angelegenheiten gerade im Sommer 1794 einen höchst bedeutenden Einfluß auf den Krieg am Rheine äußerten, habe ich schon hervorgehoben. Wir sahen, wie die Bewegungen Möllendorfs vornehmlich durch die Rücksicht auf Polen bestimmt wurden. Noch entschiedener machte dieser Einfluß sich geltend, als der polnische Feldzug im Herbst für Preußen einen übeln Ausgang nahm. Nicht genug, daß die Belagerung von Warschau keine Fortschritte machte, sie mußte sogar am 6. September aufgehoben werden, und um so dringender wünschte man, das am Rheine stehende Heer in Polen verwenden zu können. Es trat noch ein Umstand ein, der diesen Wunsch verstärkte und zugleich die Erfüllung zu erleichtern schien. Bis zum 1. October waren die im haager Traktat versprochenen Hülfsgelder trotz der wachsenden Mißstimmung richtig bezahlt worden; aber gegen Ende Septembers eröffnete Pitt dem preußischen Gesandten, Baron von Jacobi: in Folge der Unthätigkeit der preußischen Truppen müsse die englische Regierung die Zahlungen unterbrechen, Malmesbury werde Vorschläge zu einem neuen Vertrage machen, der die Armee des Marschall Möllendorf zur Verfügung Englands stelle. Als Jacobi die Befürchtung äußerte, der König könne darin einen Bruch der haager Uebereinkunft finden, erwiederte der englische Minister, diese Bemerkung habe man sich bereits in London gemacht<sup>1)</sup>. Beinahe gleichzeitig mit dieser Nachricht gab auch der Fürst Reuß die Erklärung ab, daß Oestreich zur Mitwirkung in Polen außer

1) Das Ministerium an Lucchesini am 12. October. Dieselbe Erklärung erhielt Hardenberg von Malmesbury in Frankfurt am 11. October. Vgl. Diaries of Malmesbury III, 141.

Stande sei <sup>1)</sup>, und sofort erging an Möllendorf der Befehl, die ihm anvertraute Armee, insbesondere die 20,000 Mann, welche in Folge des Bündnisses vom 7. Februar 1792 als Hülfscorps am Rheine standen, nach Preußen zurückzuführen. Noch am 16. October hatte der Prinz Hohenlohe dem Herzog von Sachsen-Teschen aus dem preußischen Hauptquartier die Zusicherung überbracht, Möllendorf werde seine Stellung an der Selz behaupten und, wenn die Franzosen gegen Mainz vorgingen, einer Schlacht nicht ausweichen; aber zwei Tage später kündigte der Marschall an, „politische Verhältnisse könnten ihn nöthigen, den Rhein zu passiren.“ Am 25. erhielt Malmesbury von Hardenberg zu Frankfurt eine Note, daß Preußen den haager Vertrag durch die Unterbrechung der Zahlungen als aufgehoben betrachte; schon drei Tage früher hatte das preußische Heer bei Mainz den Rückzug auf das rechte Ufer angetreten. Fast wehrlos blieb die wichtige Festung dem nahen Feinde gegenüber; nur der raschen und energischen Thätigkeit des Herzogs von Sachsen-Teschen gelang es, die nothdürftigen Mittel der Vertheidigung zu beschaffen. Nachdem am 25. December die Rheinschanze, Mannheim gegenüber, und im Juni des folgenden Jahres auch Luxemburg verloren war, blieb Mainz das Letzte, was auf der linken Seite des Rheines den Deutschen noch gehörte.

Vivenot, der über diese Ereignisse im ersten Bande seines Werkes (274 fg.) manches Neue und Werthvolle mittheilt, hat nicht unterlassen, neben einzelnen gerechten auch wieder eine Reihe grundloser Anklagen gegen Preußen vorzubringen. Man wird zugeben müssen, daß der Charakter und das Verfahren des Marschall Möllendorf den Erfolg des Feldzugs nicht gefördert habe. Männer wie Hohenlohe oder Blücher hätten das Mißverhältniß zwischen den verbündeten Armeen nicht in solchem Maße sich steigern lassen; aber es ist schon von Sybel mit Recht hervorgehoben, man könne den Marschall nicht für die Befehle, die er von Berlin erhielt, verantwortlich machen. Daß er absichtlich das

1) Das Ministerium an Lucchesini am 14. October.

am 16. October gegebene Wort gebrochen und nur zum Schein durch einen preußischen Courier sich selbst gewissermaßen einen Gegenbefehl zugefertigt habe, ist eine willkürliche Behauptung Vivenots; nach den Berichten, welche zwischen dem 10. und 14. October dem preußischen Ministerium aus London und Wien zukamen, ist es durchaus erklärlich, daß eben am 17. oder 18. der Befehl zum Rückzug Möllendorf erreichen mußte <sup>1)</sup>. Die Räumung des linken Rheinufers, die Sorglosigkeit, mit der man Mainz gerade im Augenblicke großer Gefahr verließ, kann gewiß kein Deutscher erfreulich oder für Preußen rühmlich nennen; aber es läßt sich nicht bestreiten, daß mit der Suspension der englischen Zahlungen allerdings der Vertrag vom 19. April verletzt war, und daß Preußen eben damals eine Verstärkung seiner Macht in Polen lebhaft wünschen mußte. Die Anklage, Preußen habe mit Vorbedacht in verrätherischer Absicht das linke Rheinufer und Mainz dem Feinde preisgegeben (I, 310), halte ich für ungefähr ebenso wahrscheinlich als Sybels Behauptung (III, 115), Thugut habe sich gesperrt, die preußische Armee nach Belgien kommen zu lassen, weil er die Franzosen in das Land hinein zu bringen wünschte.

Wenn Vivenot nicht Vorwürfe genug auf Preußen häufen kann, so weiß Sybel dagegen Oestreich für das ganze Unheil verantwortlich zu machen. Das wirksamste Mittel dafür bieten eben die polnischen Ereignisse; er sucht nachzuweisen, daß der Kaiser durch den Aufstand in Warschau zu dem Entschluß bewogen wurde, die Niederlande und das linke Rheinufer aufzugeben, daß die Begier nach polnischer Beute Thuguts ganzes Interesse nach dem Osten lenkte, daß dahin die Kräfte des Staats verwendet und den Heeren im Westen die Mittel entzogen wurden, die den günstigen Erfolg des Feldzugs hätten entscheiden können. Sybel beruft sich dafür insbesondere auf eine Angabe Vivenots (I, 39), daß nach einer Liste des Hofkriegsrathes zu Anfang des Jahres in den

1) Damit sind auch die von Häusser a. a. O. I, 581 mitgetheilten Briefe Möllendorfs an Hohenlohe wohl zu vereinigen.

österreichischen Provinzen 144,000 Mann Garnisontruppen gestanden haben, darunter beinahe 40,000 in Böhmen und Mähren; endlich hebt er noch hervor, daß Oestreich selbst die Schuld trug, wenn die preußische Armee vom Rheine zurückgezogen wurde, indem es böswillig, aus Eifersucht gegen Preußen, die vertragsmäßige Unterstützung durch ein Corps von 20,000 Mann in Polen verweigerte. So ergibt sich für ihn „der evidenteste Beleg zu dem Satze, daß der Rhein nur deshalb an die Franzosen verloren ging, weil in der großen Allianz, die ihn zu vertheidigen hatte, Oestreich trotz allen Vertragspflichten die polnischen Wünsche Preußens zu kreuzen suchte“ (Zeitschr. XV, 82, 108).

Aber diese Ausführung unterliegt doch erheblichen Bedenken. Ich glaube gezeigt zu haben, daß man in dem, was in Belgien geschah, wenig Anhaltspunkte zu ihrer Unterstützung findet; sehen wir, ob die Ereignisse im Osten sich ausgiebiger erweisen. Hier muß es zunächst befremden, daß Sybel auf die erwähnte Angabe Bivenots so überaus großes Gewicht legt, ja, daß er sie mit ungewohnter Bereitwilligkeit aufgenommen hat, da sie doch, wie er auch bemerkt, gerade als ein Beispiel der ungenauen, zuweilen einander widersprechenden Zahlen seines Gegners dienen kann. Denn nach derselben Liste, aus der in einer Anmerkung die Garnisontruppen auf 144,000 sich berechnet finden, wird im Text neben 87,000 Mann in den Niederlanden, 40,000 in Piemont, 85,000 am Oberrhein die Zahl der im Innern stehenden Truppen auf 130,000 Mann angegeben. Außerdem scheint Sybel entgangen zu sein, daß von den 144,000 oder 130,000 Mann 70,000 als Ergänzung für die Feld-Armeen zum Abmarsch bereit standen; daß aber unter diesen 70,000 Mann die Truppen in Böhmen und Mähren nicht zum geringsten Theil begriffen waren, ersieht man aus einem kaiserlichen Rescript vom 17. Februar 1794, nach welchem die belgische und die Rheinarmee verstärkt werden, und in Böhmen und Mähren nur eine mittelmäßige Besatzung für die Festungen Pleß, Theresienstadt, Königgrätz und Olmütz zurückbleiben soll<sup>1)</sup>. Nach Abzug dieser 70,000 Mann

1) Vgl. Bivenot a. a. O. I, 32.

sind für die ganze Monarchie noch 74,000 oder, wie die Liste des Hofkriegsrathes ausdrücklich angibt, noch 60,000 übrig, eine Zahl, die in Anbetracht der Zustände in Ungarn und Polen, bei der Gefahr eines türkischen Krieges nicht zu hoch, sondern kaum ausreichend erscheint und nicht auf die Absicht schließen läßt, dem Krieg in Belgien bedeutende Kräfte zu Gunsten einer Unternehmung im Osten zu entziehen<sup>1)</sup>. Indessen diese Absicht soll ja auch nicht im Februar, sondern zu Ende Mai in Folge des polnischen Aufstandes hervorgetreten sein. Wie diesem Ereigniß gegenüber die Politik Thuguts sich gestaltete, darüber sind die entscheidenden Urkunden noch nicht veröffentlicht; auch über das, was in Polen von Seiten Oestreichs geschehen ist, würde ich Hermanns Untersuchungen, die wir erwarten dürfen, sehr gern schon vor Augen haben. Indessen, es ist doch eine Quelle von großer Bedeutung zugänglich, nämlich die Berichte Caesars und Lucchesinis, die in Wien Alles, was sich auf Polen bezog, mit vorzüglicher Aufmerksamkeit verfolgten und Alles, was nach jener Seite geschah, eher zu vergrößern als zu verkleinern geneigt sein mußten. Aber auch in diesen Berichten habe ich eine Bestätigung von Sybels Ansicht nicht finden können. Erinnert man sich, wie die zweite Theilung Polens von Rußland und Preußen vor kaum einem Jahre zur Ausführung gebracht war, erwägt man, wie seit jener Zeit die Verhältnisse sich entwickelt hatten, wie unschätzbar wichtige Interessen der polnische Aufstand aufs Neue in Frage stellte, so könnte es durchaus nicht befremden, wenn der Kaiser einen wesentlichen Theil nicht nur seiner Sorge, sondern auch seiner militärischen Kräfte nach dieser Seite verwendet hätte. Aber man findet das Gegentheil. Am 2. April schreibt Lucchesini, der Ausbruch des polnischen Aufstandes rufe

1) Auch der englische Gesandte in Wien Sir Morton Eden berichtet beim Anfang der polnischen Unruhen: It is a most alarming business for this country, as Galicia is not without his malcontents, and there are not 1000 troops left in the whole province. Journal of Lord Auckland, III, 200.

in Wien große Aufregung hervor, einige der für den Rhein bestimmten Truppen sollten zur Vertheidigung der Gränze nach Galizien abgehen. Am 19. April folgt eine ähnliche Bemerkung. Aber schon am 10. Mai berichtet er, es werde alles Verfügbare nach Belgien geschickt, Thugut scheine aus Rücksicht auf England nur für das Heer in Belgien Sorge zu tragen. In der That verhielt sich Oestreich den Polen gegenüber beinahe neutral; nur wiederholte Aufforderungen von Seiten Rußlands konnten bewirken, daß ein wenig zahlreiches Truppencorps in der Nähe von Krakau gesammelt wurde und im Sommer auf einige Zeit die Gränze überschritt. Kosciuszko hütete sich weislich, Oestreich durch Feindseligkeiten zu reizen, er suchte sogar der Meinung Eingang zu verschaffen, daß die Oestreicher heimlich mit ihm einverstanden seien, und in Wien geschah so wenig, diese Meinung zu widerlegen, daß Rasumowski und Caesar daran großen Anstoß nahmen. Es kostete beiden nicht geringe Mühe, gegen einige vornehme Polen, die sich in Karlsbad aufhielten, einen Verhaftbefehl zu erlangen, damit sie als Geißeln für die in Warschau zurückgehaltenen Mitglieder der russischen und preußischen Gesandtschaft dienen möchten <sup>1)</sup>. Uebrigens wünschte Preußen, wie man sich leicht erklären wird, nichts mehr, als daß Oestreich in dieser wartenden und beobachtenden Stellung verbliebe; noch am 21. Juli, als die Belagerung von Warschau schon einige Tage dauerte, wird Caesar angewiesen, die kaiserliche Regierung durchaus zu keinem aktiven Schritt gegen Polen zu drängen. Erst als die ungünstige Wendung des Krieges eintrat, als die Eroberung Warschaws nicht gelingen wollte, erst da brachten die Mahnungen der Kaiserin von Rußland den König zum Entschluß, Oestreich um Beistand anzugehen. Ende August wurde Lucchesini, ganz gegen seinen Willen, aus dem polnischen Lager nach Wien geschickt, um über die Sendung Spencers und Grenvilles Genaueres in Erfahrung zu bringen und den Beistand östreichischer Truppen zur Belagerung Warschaws in Anspruch zu nehmen. Ueber die

1) Vgl. Caesar vom 22., 28., 30. Juni und 16. Juli 1794.

Verhandlungen erfuhr er nur, daß man sich geeinigt habe, den Krieg fortzusetzen, insbesondere die Linie der Maas mit aller Anstrengung zu behaupten. Er klagt bitter über die hochmüthigen Insulaner, welche die preußischen Truppen nicht anders denn als Söldner ihrer egoistischen Politik ansehen wollten. Auch über Polen hörte er den Kaiser in der ersten Audienz am 21. August nur in allgemeinen Ausdrücken reden; drei Tage später eröffnete Thugut ihm und Rasumowski, der Kaiser besitze nicht Truppen genug, um sich an der Belagerung Warschaws zu betheiligen, allenfalls könnten österreichische Truppen die russischen in Polhynien ersetzen. Lucchesini meint spöttisch, sie würden sich auch wohl entschließen, die Preußen in Krakau zu vertreten. Er ist durchaus zufrieden mit der österreichischen Antwort; man habe sie vorhersehen können, schreibt er an das Ministerium; nur sehr ungern habe er sich nach Wien schicken lassen, es sei auf Betreiben Rußlands geschehen und von keinem klugen Diener dem Könige angerathen. Uebrigens sei der Kaiser wirklich nicht in der Lage, Beistand zu leisten; man wisse kaum Mittel zu finden, um den Krieg am Rheine fortzusetzen, denn Ungarn sei nach Aussage des Großkanzlers, des Grafen Palffy sehr schwierig, die Erblande erschöpft, die Armee unzufrieden, in Polen ständen nur 5—6000 Mann; wäre es anders, so würde man die Gelegenheit, für die Hülfe gegen Warschau Krakau fordern zu können, gewiß nicht vorübergehen lassen <sup>1)</sup>. Diese letzte Bemerkung ist vollkommen richtig, und es zeugt von der äußersten Erschöpfung des Kaiserstaates, daß man auch in der nächsten Zeit gar keine Maßregeln trifft, um in die polnischen Angelegenheiten kräftig einzugreifen. Wenig Tage, nachdem Lucchesini im preußischen Hauptquartier wieder angelangt war, am 6. September, mußte, wie erwähnt, die Belagerung von Warschau aufgehoben werden. Unter diesen Umständen wandte der König am 9. September aus dem Lager zu Raczin sich abermals an den Wiener Hof und zwar mit der bestimmten

1) Vgl. Lucchesinis Berichte an das Ministerium vom 22. und 25. August. Am 29. reiste er in das Hauptquartier wieder ab.

Forderung jener 20,000 Mann, welche das Bündniß vom 7. Februar 1792 jedem der beiden Bundesgenossen, falls er angegriffen wäre, von Seiten des Andern zur Verfügung stellte. Es war die Drohung beigefügt, der König würde, wenn die österreichische Hülfe ausbliebe, sich gezwungen sehen, von der Rheinarmee 20,000 Mann nach Polen abzurufen <sup>1)</sup>. Thugut erklärte jedoch schon am 17. September, es sei dem Kaiser unmöglich, eine Hülfarmee zu stellen, er habe kaum Truppen genug, um nur die Gränze von Galizien zu decken, und abermals ist es Lucchesini, der diese Aussage aufs Bestimmteste bestätigt. Er kam zu Anfang Octobers wieder nach Wien, hatte sogleich eine lange Unterredung mit Thugut und berichtet am 4., der Kaiser weigere das Hülfcorps, sei aber auch gar nicht vermögend, es zu stellen; der General Harnoncourt habe kaum 5000 Mann zusammengebracht. Lucchesini spricht seine Freude aus, daß es so sei; er habe deshalb gar nicht versucht, Thugut zu widerlegen, denn der König erhalte jetzt das Recht, die 20,000 Mann vom Rheine zurückzurufen. Mir scheint, diese Aeußerungen geben von der Lage der Dinge kein unrichtiges Bild; ich komme später darauf zurück, für jetzt ziehe ich nur die Folgerung für die belgischen Angelegenheiten. Man könnte vielleicht einwenden, Lucchesini, welcher bewaffnete Unterstützung von Seiten der Oestreicher nicht wünschte, habe leichter als billig den Versicherungen Thuguts, daß er sie nicht leisten könne, Glauben geschenkt. Dem steht aber schon entgegen, daß er doch vor Allem wünschte, den König gegen Oestreich aufzubringen und das Bündniß zu zerreißen. Und von diesem Gesichtspunkte aus hatte er noch weit stärkere Gründe, Thuguts Weigerung gerade nicht als die Folge mangelnder Kräfte, sondern als die Absicht eines bösen Willens darzustellen. Aber mag man auch annehmen, Lucchesinis Angaben über die Truppen in Polen und Galizien seien zu niedrig gegriffen, Harnoncourt habe über das Doppelte und noch mehr verfügt, das, scheint mir, geht doch aus dem Ganzen unverkennbar hervor, daß Oestreichs militärische

1) Vgl. die von Vivenot a. a. O. II, I, 621 mitgetheilten Urkunden.



Kräfte nicht vorzugsweise nach der polnischen Seite gerichtet waren, daß die Maßregeln, die dort vorgenommen wurden, auf die Bewegungen der belgischen Armee nicht entscheidend einwirken, die nach dem Rhein abgeordneten Verstärkungen nicht einmal erheblich schmälern konnten, und daß sie am wenigsten den Plan einer freiwilligen Räumung Belgiens vermuthen lassen.

Und damit fällt, wenn ich nicht irre, auch das letzte der Argumente, die Sybel für seine Ansicht angeführt hat, und ich möchte glauben, auch die Ansicht ließe sich nicht mehr aufrecht halten. Keinesweges will ich aber behaupten, daß die von Sybel hervorgehobenen Gründe: Belgiens ungünstige Lage, die ausgesprochene Abneigung mancher Offiziere gegen den belgischen Krieg, endlich die Unruhen in Polen — daß alle diese Gründe auf den Verlauf und den Ausgang des Feldzugs ohne Einfluß geblieben seien. Hätte es sich statt um Brüssel, um Wien gehandelt, so würde man wohl andere Anstrengungen gemacht haben. Daß der belgische Feldzug für die österreichische Kriegführung oder Verwaltung rühmlich gewesen sei, läßt sich gewiß nicht behaupten, selbst die Lobsprüche Vivenots können den Mangel an Geist und Thatkraft nicht verdecken. Aber es ist weit von da bis zu einem bestimmten Plane, Belgien oder gar das linke Rheinufer freiwillig, ohne militärische Nöthigung aufzugeben, und ich glaube, nach dem, was bis jetzt vorliegt, ist man in keiner Weise berechtigt, das Bestehen eines solchen Planes bei dem Kaiser oder bei Thugut vorauszusetzen.

Sybel äußert in der Vorrede zur zweiten Auflage seines Werkes, eine positive Entscheidung über die Differenz zwischen ihm und Witzleben werde man wohl bis zur Eröffnung der Wiener Archivalien vertagen müssen; in dem letzten Aufsatze gegen Vivenot wünscht er besonders, den Briefwechsel zwischen Thugut und Mercy veröffentlicht zu sehen. Ich theile diesen Wunsch, aber was wir Vivenots Buche schon verdanken, scheint mir, wenn nicht erschöpfend, doch hinreichend, um die Vermuthung zu rechtfertigen, auch der noch rückständige Theil werde für Sybels Ansichten nicht günstig lauten. Hinsichtlich des Mercyschen Briefwechsels wird



dies durch zwei Zeugnisse noch besonders wahrscheinlich. Das erste, dessen auch Sybel einmal, freilich in anderem Sinne erwähnt, ist die Aeußerung eines englischen Diplomaten, des Lord Auckland, sein alter Freund Mercy habe ihm noch auf dem Todesbette die Versicherung gegeben, daß es keineswegs in der Absicht des Kaisers liege, Belgien zu räumen. Auckland hat sich dadurch nicht überzeugen lassen, er hält nach wie vor an seinem Verdachte fest<sup>1)</sup>, aber das, sagt er, müsse er doch voraussetzen, daß Mercy was er versicherte auch wirklich geglaubt habe<sup>2)</sup>. Wichtiger ist das zweite Zeugniß. Der bekannte Freund Mirabeaus, Prinz August von Aremberg, Graf de la Marck, hatte schon während der ersten Jahre der Revolution mit Mercy in Paris in enger Verbindung gestanden. In seinen Memoiren wird erzählt, wie er dann im Herbst 1791 zu Brüssel in Mercys Cabinet gearbeitet und von den geheimsten Brieffschaften Kenntniß erhalten habe. Im Sommer 1794 beim Herannahen der Franzosen ging er mit Mercy nach dem Schlosse Brühl und verweilte dort mit ihm, bis der Minister nach England abreiste. Er sagt ausdrücklich: „Im Jahre 1794 bemühte sich der Graf Mercy vergeblich, den General Clerfayt vom Rückzug über den Rhein abzuhalten. Es war der verhängnißvolle Entschluß dieses Generals, sich vor den französischen Armeen in Eile zurückzuziehen, der die belgischen Provinzen auf immer für Oestreich verloren gehen ließ“<sup>3)</sup>. Diese Memoiren sind mehr als zwanzig Jahre nach den Ereignissen in Wien verfaßt und gerade an dieser Stelle nicht genau; offenbar wird Clerfayt mit Koburg verwechselt. Aber daß ein Mann wie la Marck solche Worte gerade nur beiläufig aus eigenster Kenntniß

1) Die von Sybel (III, 117) herausgehobenen Zeilen sind übrigens, wenn man den Zusammenhang des ganzen Briefes vor Augen hat, nicht so beweisend, als die Leser „der Geschichte der Revolutionszeit“ glauben könnten; denn gleich im folgenden Satze fügt Auckland hinzu, daß er ein bestimmtes Urtheil gar nicht aussprechen wolle.

2) Vgl. Journal of Lord Auckland, III, 269.

3) Vgl. Correspondance entre le comte de Mirabeau et le comte de la Marck, publiée par M. Ad. de Bacourt, Paris 1851, I, 268.

und Erinnerung niederschreiben konnte, scheint mir für Mercys Ansichten und Thätigkeit ein sehr bedeutendes Zeugniß. Solche beinahe zufällige Andeutungen geben gewöhnlich den richtigen Fingerzeig; folgt man ihm, so erklärt sich auch in diesem Falle Alles durchaus einfach und ungezwungen. Es ist wahrlich mehr als einmal vorgekommen, daß ein Feldzug in einer fernen Provinz, von verschiedenen Staaten mit verschiedenen Interessen unternommen, ohne sonderliche Energie geführt wurde, daß ein bejahrter durch Krankheit geschwächter General zu kräftigen Entschlüssen sich nicht zu ermannen und unter solchen Umständen einer bedeutenden feindlichen Ueberzahl nicht Stand zu halten vermochte. Beinahe eben so oft ist es geschehen, daß dann die öffentliche Meinung den natürlichen Zusammenhang nicht erfaßte, daß insbesondere die zunächst und also am meisten Benachtheiligten in verrätherischen Verbindungen, in geheimen Unterhandlungen und ähnlichen außerordentlichen Umständen den Grund und die Erklärung ihres Mißgeschickes suchten. Nichts anderes begegnet uns hier, nichts, das besonders in Erstaunen setzen könnte, das nicht, um nur das Nächstliegende anzuführen, auch bei dem preußischen Rückzug aus der Champagne sich ereignet hätte. Dagegen muß die Sybelsche Ansicht beständig zu den sonderbarsten Voraussetzungen ihre Zuflucht nehmen, ohne daß sie gleichwohl für das, was geschehen, eine ausreichende Erklärung fände. Denn wozu — um nur Eines hervorzuheben — wozu dies Gaukelspiel der kaiserlichen Briefe an die Generale, die beständigen Bitten und Ermahnungen zum Angriff, wenn man wollte, daß sie das Gegentheil vornehmen sollten? Ich wüßte einen Grund nicht anzugeben; die Engländer zu täuschen kann es nicht geschehen sein, denn Grenville schreibt ja ausdrücklich aus Wien, daß Thugut ihm die Anweisungen, die uns jetzt vorliegen, nicht einmal zeigen wollte.

Bergleicht man übrigens die verschiedenen Ausgaben des Sybelschen Werkes, so wird man leicht erkennen, daß, wenn nicht in der Grundansicht, doch in den Einzelheiten manche Veränderung und, ich glaube, Verbesserung vorgenommen sei. Insbesondere ist

dies auch rücksichtlich des belgischen Feldzuges bei einem, wenn nicht der wichtigsten, doch vielleicht der am meisten auffallenden Punkte geschehen, ohne daß aber Bivenot dadurch abgehalten wäre, dem schon zurückweichenden Gegner gewissermaßen eine volle Salve nachzusenden. Man erlaube darüber noch wenige Worte.

Zuerst als Flugblätter im März 1795, zwei Jahre später in einer Zeitschrift: Das neue, graue Ungeheuer, herausgegeben von einem Freunde der Menschheit, Upsala 1797, erschienen zwei angebliche Schreiben des Prinzen von Koburg, das eine ein Brief an den König von Preußen, das andere das Abschiedsgesuch an den Kaiser. Sie enthalten neben sehr schmeichelhaften Lobsprüchen für die preussische Armee die heftigsten Klagen über die schlechte Verwaltung, die Umtriebe und Intriguen, welche auf Seiten Oesterreichs das Unglück des letzten Feldzugs verschuldet und die Armee bis zur Verachtung in den Augen ihrer Rivalen erniedrig hätten. Ein General von Kopf und Herz, sagt der Prinz, „könne unmöglich seinem deutschen Muthe da entsprechen, wo eine Art von kabalöser Desorganisation die Oberhand gewinne“; er klagt dann in herbem Tone über die Mängel der österreichischen Kriegsführung, seine Vorwürfe reichen bis auf die Zeit zurück, da Oesterreich in der Champagne die Preußen nicht ausreichend unterstützt habe, auch die Hauptschuld der Unfälle von 1793 wirft er auf Wurmsler und seine Gönner; „in einer solchen Lage bleibe einem treuen Diener nichts übrig, als den Stab niederzulegen, den er gern mit Vorbeern umwunden dem Kaiser überreicht hätte.“

Von österreichischer Seite unterließ man nicht, mit Bewilligung des Prinzen in einer Reihe von Zeitungen die Unächtheit dieser Aktenstücke hervorzuheben. Diese Anzeigen sind aber, wie es scheint, von Sybel wie von Häuffer unbemerkt geblieben, da beide nach einer handschriftlichen Mittheilung längere Auszüge des Abschiedsgesuches ihren Werken einverleibten. Erst Wigleben unterwarf das sonderbare Schriftstück einer sorgfältigen Prüfung und gab den sichersten Beweis für die Unächtheit, indem er (III, 420) aus dem Koburger Archiv das ächte, eigenhändig geschriebene Abschiedsgesuch des Prinzen mittheilte. Er hielt sich aber bei der Bescheidenheit

— oder, muß man in diesem Falle sagen, bei der Furchtsamkeit? — die sein Buch Sybel und Häusser gegenüber charakterisirt, nicht für berechtigt, ein bestimmtes Urtheil auszusprechen. Sybel hat darauf schon in der zweiten Auflage die bezügliche Stelle ausgelassen; in Häussers neuester Auflage (1860, Bd. I, S. 569) findet sie sich noch, ich möchte aber annehmen, daß er Wizlebens wenig früher erschienenen dritten Band noch nicht vollständig gekannt habe, obgleich ich ihn S. 550 schon angeführt finde.

In die übergroße Vorsicht Wizlebens ist Vivenot, wie man denken kann, nicht verfallen. Er macht (II, II, 289 fg.) aus dem Wiener Archiv einige recht interessante Mittheilungen, aus denen man den Unwillen ersieht, den die Fälschung in Wien erregte. Dann ergreift er die Gelegenheit, in einer beinahe dreißig Seiten füllenden Peroration (II, II, 590—617) Sybel und Häusser und zugleich die Leser und Käufer seines Buchs für die Sünden der „kleindeutschen Geschichtsbaumeister“ büßen zu lassen, ein Verfahren, das ihm um so weniger zusteht, als er selbst im ersten Bande seines Werkes (S. 137) die Aechtheit des Dokumentes nicht bestritten, sondern nur in ganz unzulässiger Weise die Klage „der kabalösen Desorganisation“, statt auf Oestreich, auf Preußen hat beziehen wollen. Und doch trägt das Dokument nach Form und Inhalt so unzweifelhaft seine Unächtheit zur Schau! Auch vor dem Erscheinen des Wizlebenschen Buches war man doch von Koburgs Charakter genugsam unterrichtet, um einzusehen, daß er seinem Kaiser unmöglich in solchem Tone schreiben konnte<sup>1)</sup>. Dazu kommen noch zwei thatsächliche Angaben über das verspätete Eintreffen Clerfayts auf dem Schlachtfelde von Valmy und eine Unterredung Koburgs mit dem Kaiser in Brüssel, deren Unrichtigkeit dem Prinzen nicht entgehen, die er also überhaupt nicht, am wenigsten an den Kaiser schreiben konnte. Es ist noch nicht lange, daß die angeblichen „Morgenunterhaltungen“ Friedrichs des Großen mit dem Anspruch einer neuen Entdeckung wieder vor-

1) Nach einem Berichte Lucchesinis vom 11. April 1795 hatte er damals sogar dem Kaiser seine Dienste wieder angeboten.

geführt, eine unverdiente Aufmerksamkeit herausforderten. Gewiß ist es zu bedauern, wenn dies unerfreuliche Machwerk auch nur einen gläubigen Leser gewonnen hat; aber man fühlt sich einigermaßen zur Entschuldigung geneigt, wenn man findet, daß eine nicht sehr viel geschicktere Fälschung sogar hervorragende Geschichtskenner täuschen konnte.

### Fünftes Kapitel.

#### Der Friede zu Basel.

Wenn die schnelle Räumung der Niederlande den österreichischen Generalen zum Vorwurf geworden ist, so muß ich beinahe den entgegengesetzten Tadel fürchten, daß ich mich in Belgien zu lange aufgehalten habe. Möchten freundliche Leser sich erinnern, daß ich dies Buch nicht als eine Geschichte, sondern als Studien bezeichnete, deren größerer oder geringerer Umfang sich nicht immer streng nach der historischen Wichtigkeit der Ereignisse bemessen läßt. Zudem bildet der Feldzug von 1794 doch in der That im Revolutionskriege einen Wendepunkt, den man auch bei den folgenden Ereignissen nicht aus den Augen verlieren darf.

Denn der Same der Zwietracht, den schon die früheren Jahre hatten anwachsen sehen, war nun zur vollen Blüthe gezeitigt. Selbst in glücklichen Tagen halten Coalitionen sich nicht leicht in Uebereinstimmung, die Probe des Unglücks hat noch keine bestanden, und wenn die Uneinigkeit schon während des Feldzugs den deutschen Mächten verderblich geworden war, so traten zu Ende des Jahres die Interessen noch entschiedener im Westen und besonders im Osten sich entgegen. Beinahe zu derselben Zeit, als die Preußen die Belagerung von Warschau aufgeben mußten, rückten die Russen von Südosten in Polen ein<sup>1)</sup>. Suworoff errang am 18. September bei Brzesc einen blutigen Sieg, und schon am 10. October führte die Schlacht bei Maciejowice Kosciuszko verwundet in russische Gefangenschaft; am 4. November folgt das Blutbad von Praga, vier Tage später zieht Suworoff in Warschau ein. Ueber die Theilung der polnischen Beute hatte von da ab

1) Ueber die Ereignisse in Polen vgl. Sybel a. a. O. III, 246 fg.

Katharina zu entscheiden, die deutschen Mächte waren von ihrem Willen abhängig. Beide suchten ihre Gunst zu gewinnen, aber wie sie im Jahre vorher Preußen auf Kosten Oestreichs gefördert hatte, so lag es jetzt in ihrem Interesse, sich des Kaisers anzunehmen, um so mehr, als Preußen durch die lässige Führung des Krieges gegen Frankreich, bald sogar durch Unterhandlungen mit der Republik ihren lebhaftesten Wünschen entgegentrat.

Schon im August, als der Krieg in Polen und am Rheine immer ungünstiger sich gestaltete, wagte Lucchesini, unterstützt durch ein Schreiben Möllendorfs, dem Könige vom Frieden mit Frankreich zu reden, den er allenfalls selbst in Wien in Anregung bringen könne. Der König wollte aber noch nichts von einem solchen Vorschlage hören, höchstens erlaubte er, daß Lucchesini gelegentlich im eigenen Namen und auf eigene Verantwortung davon reden dürfe. Möllendorf, dem Lucchesini alsbald von diesen Gesprächen Kenntniß gab, sah auch darin schon einen Erfolg; wenig später sandte er seinen Adjutanten Meyerink mit neuen Vorschlägen nach Berlin, und diesmal fand er bessere Aufnahme. Der König, durch die mißlungene Belagerung Warschaws niedergebeugt, durch den schlechten Erfolg in Belgien verstimmt, mit Rußland und Oestreich wegen der polnischen Theilung im Zwiespalt, gab die Erlaubniß, daß Möllendorf zwar noch nicht mit dem Wohlfahrtsausschuß in Paris, aber doch mit einem französischen Diplomaten im Auslande eine Unterhandlung anknüpfen möge, zunächst wegen Einwechslung der Kriegsgefangenen, aber in der Weise, daß er auch Vorschläge für den Frieden, wenn sie dabei laut würden, weiter verfolgen könne. Als die geeignete Person bezeichnete Lucchesini den französischen Gesandten in der Schweiz, Barthelemy, einen Mann durch seine Vergangenheit noch der alten Diplomatie angehörig, von gemäßigten Gesinnungen und einnehmenden Formen. Möllendorf säumte nicht, einen Kreuznacher Weinhändler Namens Schmerz nach Baden im Margau abzusenden, wo Barthelemy damals verweilte<sup>1)</sup>; zugleich

1) Vgl. Sybel, Gesch. der Rev.-Zeit III, 243.

wandte er sich an den Kurfürsten von Mainz, setzte ihn von den Gefinnungen des preußischen Hofes in Kenntniß und mahnte ihn, für den Frieden auf dem Reichstage thätig zu werden. Der Kurfürst, jetzt selbst durch die französischen Heere bedroht, säumte nicht, dieser Weisung nachzukommen. Noch am 13. October hatte der Reichstag den Entschluß gefaßt, daß, wie am 23. November 1792 das dreifache, so jetzt das fünffache Reichscontingent zum Kriege aufzubieten sei<sup>1)</sup>; indessen waren bei der Abstimmung schon vielfache Klagen und sogar die Wünsche nach Beendigung des Krieges laut geworden. Am 24. October stellte nun der kurmainzische Gesandte, Freiherr v. Strauß, trotz der dringenden Abmahnung des kaiserlichen Concommissars den Antrag, der französischen Republik von Reichswegen den Frieden auf der Grundlage des früheren Besitzstandes anzubieten; er schlug zugleich die Könige von Dänemark und Schweden, letzteren als Bürgen des Westphälischen Friedens zu Vermittlern vor. Dieser Schritt wurde aber in Wien ungnädig aufgenommen; man tadelte das rücksichtslose Verfahren des Mainzer Kurfürsten und fand den Zeitpunkt zu Friedensanträgen sehr übel gewählt. „Der Kaiser,“ hieß es in einem Schreiben, das am 28. October in Regensburg eintraf, „könne zwar leider nicht verwehren, wenn Muthlosigkeit die Vernunft ersticke, und die Stände Friedensanträge verhandeln, müsse aber in diesem Augenblicke allgemeiner Entmuthigung mehr als je auf nachdrücklicher Fortsetzung der Kriegsrüstung zum künftigen Feldzuge bestehen; denn einen ehrenvollen, annehmbaren Frieden könne Deutschland und Oestreich nur dann eingehen, wenn kein Franzose mehr auf deutschem Boden stünde“<sup>2)</sup>. In der beigelegten Bestätigung des Reichsgutachtens vom 13. October war in eindringlichen Worten gemahnt, „das Beschlossene nun auch mit Patriotismus und Gewissenhaftigkeit zur Erfüllung zu bringen, damit nicht dereinst die Geschichte den Ausspruch fällen müsse, daß Deutschland, seiner eigenen Reichsschlüsse ungeachtet, dennoch in

1) Vgl. Bivenot a. a. O. I, 345.

2) Vgl. Bivenot a. a. O. I, 363.

der wichtigsten und dringendsten Angelegenheit, die je in den Jahrbüchern des Reichs erwähnt worden, zur Beschleunigung seines eigenen Umsturzes ohne National-Interesse und Gemeinfinn gewesen sei.“

In ähnlichem Sinne sprach sich Thugut gegen Lucchesini aus; indessen Preußen war bereits entschlossen, nöthigenfalls auch ohne Oestreich seinen Weg zu gehen. Man erinnert sich, wie Mitte Octobers der Vertrag mit den Seemächten aufgelöst, das Hülfscorps in Polen von Oestreich verweigert wurde, und die preußischen Truppen am 22. auf das rechte Rheinufer zurückkehrten. Auch zeigte sich immer deutlicher, daß bei der polnischen Theilung Oestreich mehr als Preußen von Rußland begünstigt und der Besitz von Krakau ernstlich bestritten werde. Dagegen fand Meyerink, als er am 12. November in Basel eintraf, bei dem französischen Gesandtschaftssecretär Bacher eine sehr freundliche Aufnahme. Allerdings hat er es auch an schönen Worten, weit über den Bereich seiner Instruction, nicht fehlen lassen. Er setzte als unzweifelhaft voraus, daß der König von der Coalition sich gänzlich zurückziehen und mit den protestantischen Reichsständen eine Ligue gegen den Kaiser bilden werde. Weiter könne man an eine Verbindung zwischen Frankreich, Preußen, der Pforte, Dänemark und Schweden denken; selbst zur Herstellung Polens würde Preußen sich allenfalls verstehen, um der gefährlichen Ausdehnung Rußlands und Oestreichs eine Schranke zu setzen. Dagegen wünschte er, daß man die Gefangenen auswechsle, die preußischen Provinzen am linken Rheinufer für neutral erkläre und vorläufig einen Waffenstillstand schließe<sup>1)</sup>. Auf die letzten Vorschläge gab Bacher keine bestimmte Antwort, behauptete aber, daß Frankreich gern auf die Herstellung des Friedens, ja auf eine noch engere Verbindung eingehen werde, wenn die Reichsglieder sich gegen den Ehrgeiz des Hauses Oestreich um den König

1) Vgl. Bachers Berichte an den Wohlfahrtsausschuß vom 12., 23., 25. und 27. November 1794 im Ministerium des Auswärtigen zu Paris.

schaaren wollten<sup>1)</sup>; das deutsche Reich könne man in den Frieden mit Preußen allenfalls einschließen. Während in Berlin diese Nachrichten aus Basel eintrafen, suchten mehrere Fürsten, die Landgrafen von Hessen-Kassel und Darmstadt, der Herzog von Zweibrücken und der Kurfürst von Trier um Preußens Verwendung bei den siegreichen Franzosen nach; auch aus Holland kamen dringende Bitten, entweder mit den Waffen oder durch Eröffnung einer allgemeinen Friedensverhandlung die bedrängte Republik zu erretten. So gewann die Friedenspartei in Berlin neuen Boden, zur Unterstützung machte insbesondere Prinz Heinrich, der Bruder Friedrichs des Großen und von jeher der eifrigste Gegner des österreichischen Bündnisses, seinen Einfluß geltend. Am 1. December ließ der König den früheren Gesandten in Paris, Grafen Goltz, nach Berlin berufen, damit er für eine Unterhandlung mit Barthelemy die nöthigen Anweisungen empfangen. Laut der Instruction, die am 8. December nach einem Entwurfe des Prinzen Heinrich ausgefertigt wurde, sollte er zunächst die Meinung bekämpfen, als ob die preußische Unterhandlung nicht aufrichtig gemeint sei, alsdann einen Waffenstillstand erwirken, in den auch Mainz und seine Besatzung eingeschlossen wären. Beim Frieden war Preußen bereit, die Republik anzuerkennen und die freundlichsten Beziehungen, nur nicht ein eigentliches Bündniß zu versprechen; es verlangte aber die Räumung seiner Gebiete links vom Rhein, auch Neutralität und Waffenstillstand für die deutschen Fürsten, welche preußische Verwendung angerufen hätten oder anrufen würden. Der König wünschte als Vermittler des Friedens für das deutsche Reich und Holland einzutreten, war auch, wenn die Franzosen es beehrten, zu ähnlichen Diensten für Sardinien, Oestreich, England und Spanien geneigt. Ferner sollte Goltz erforschen, was die Franzosen von ihren Eroberungen behalten oder zurückgeben wollten, besonders verlangte man ihre Ansichten über den hainrich-belgischen

1) Vgl. die Depeschen des Ministeriums an Lucchesini vom 13. und 22. December 1794.

Tausch zu erfahren; gegen die Abtretung Belgiens hatte Preußen nichts einzuwenden, als Entschädigung für Oestreich wurde Salzburg in Vorschlag gebracht. Dazu ließ man der Republik anbieten, so wie einst die französische Monarchie eine Bürgschaft des Westphälischen Friedens zu übernehmen, und hoffte dadurch die Integrität des deutschen Gebietes zu erhalten<sup>1)</sup>.

Indessen lag doch der Gedanke so nahe, die Franzosen würden die Abtretung des linken Rheinufers verlangen, daß Alvensleben sogleich die Ermächtigung auch zu diesem Schritt in die Instruction aufgenommen wünschte. Dagegen legte aber Finkenstein Verwahrung ein, und Haugwitz brachte die Ansicht zur Geltung, daß man doch vorerst die Forderung der Franzosen erwarten könne.

Am 28. December langte Goltz in Basel an; um die Verhandlungen zu beschleunigen war auf den Wunsch des Wohlfahrts-Ausschusses der Legationsrath Harnier zu derselben Zeit nach Paris geschickt. Allein eben jetzt traten Ereignisse ein, welche die Lage durchaus zum Nachtheile Preußens und Deutschlands veränderten. Der unglückliche Feldzug in Belgien hatte schon im September die französische Nordarmee über die holländische Gränze geführt. Während Jourdan den Oestreichern bis an den Rhein folgte, überschritt Pichegru am 18. October auch die Maas, die Festungen ergaben sich, die englisch-holländischen Truppen zeigten sich völlig unfähig und entmuthigt. Verhandlungen mit dem Wohlfahrtsausschuß blieben ohne Erfolg, nur die Flüsse und Kanäle, die das Land durchschneiden, schienen dem Feinde noch ein Hinderniß zu bieten. Da überzog seit der Mitte des December der strenge Winter alle Gewässer mit einer festen Decke von Eis; die Franzosen machten sogleich den Vortheil sich zu Nuze, das verbündete Heer zog sich hinter die Iffel zurück, unaufhaltsam drang Pichegru in das Innere von Holland ein. Am 20. Januar 1795 besetzte er Amsterdam, am 23. den Haag, der Erbstatthalter von Oranien hatte bereits am 18. auf einer Fischerbarke mit

1) Vgl. Sybel a. a. O. III, 270. Häuffer a. a. O. I, 586.

seiner Familie nach England sich eingeschifft. Die Regierung löste sich auf, der Wohlfahrtsausschuß überließ der Partei der „Patrioten“ die Bildung einer neuen Republik, die aber, wie man denken kann, völlig dem französischen Einfluß anheimgegeben und den französischen Anforderungen dienstbar blieb.

Nur zu bald mußte die preußische Unterhandlung den Eindruck dieser Ereignisse empfinden. Harnier, der in Paris seit dem 7. Januar mit dem Wohlfahrtsausschuß sich besprach, erhielt auf alle seine Anträge eine abschlägige Antwort. Auf einen Waffenstillstand vor dem Frieden wollten die Franzosen in keiner Weise eingehen; selbst der Friede war ihnen nicht genug, sie wünschten ein Bündniß, denn das allein könne den übermächtigen Kräften Rußlands und des Kaisers das Gegengewicht halten. Nur machten sie aus diesem Verlangen keine unumgängliche Bedingung; dagegen forderten sie durchaus die Abtretung des linken Rheinufers, so daß der Rhein Frankreichs Gränze bilde. Den auf der linken Seite angefessenen Fürsten wollten sie eine Entschädigung gestatten; Preußen wurden bedeutende Gebiete in Norddeutschland, insbesondere Hannover in Aussicht gestellt<sup>1)</sup>.

Man wird sehen, wie diese Gedanken und Anforderungen in den Verhandlungen der späteren Jahre immer wieder hervortreten. Harnier konnte vorerst nicht darauf eingehen, er suchte sie, dem Inhalt seiner Instruction gemäß, zu widerlegen; als sie in Berlin zur Kenntniß gelangten, waren die Ansichten getheilt. Abensleben wollte sogleich und in jedem Falle sich mit Frankreich einigen, Finkenstein meinte, das Begehren des Rheinufers mache den Frieden unmöglich, dagegen stellte Haugwitz eine vermittelnde Ansicht auf. Die Forderungen des Wohlfahrtsausschusses, sagte er, seien zu weitgehend, als daß man sie annehmen könne, aber ebenso wenig scheine es rätlich, jetzt

1) Vgl. Résultats des explications du Comité de Salut Public sur les ouvertures pacifiques préparatoires, faites de la part de la Prusse vom 8. Januar, und die Instructionen für Barthelemy vom 13. und 15. Januar im Ministerium des Auswärtigen zu Paris.

mit Frankreich zu brechen; wenn beim allgemeinen Frieden alle Mächte und das deutsche Reich in die Abtretung willigten, so würde auch Preußen, vorausgesetzt, daß hinreichende Entschädigung geboten würde, sich nicht dagegenstellen; einstweilen könnten jene Besitzungen in den Händen der Franzosen bleiben. Der König, entschiedenen Beschlüssen wenig geneigt, gab Haugwitz seine Zustimmung, und in diesem Sinne ward am 28. Januar eine neue Instruction für den Gesandten in Basel ausgefertigt 1).

Sie gelangte nicht mehr in die Hände, für die sie eigentlich bestimmt war. Am 6. Februar wurde der Graf Goltz von einem galligen Fieber plötzlich hinweggerafft, als die Unterhandlung kaum einen ernsteren Charakter angenommen hatte. Denn Barthelemy ließ bis zum 12. Januar sich erwarten, und die ersten Unterredungen ergaben nur einen Wechsel von Artigkeiten, weil man bestimmteren Weisungen aus Paris entgegen sah. Harnier, der am 18. Januar nach Basel zurückgekommen war, trat nach dem Tode des Gesandten einstweilen an seine Stelle, indem er mit Barthelemy auf Grund der letzten Instructionen unterhandelte. Dem Wohlfahrtsausschuß war dadurch nicht genug geschehen. Blieb auch das linke Rheinufer zunächst in den Händen der Franzosen, so bot doch die Verweisung auf den allgemeinen Frieden keineswegs einen Ersatz für die unverzügliche Abtretung, die man gefordert hatte. Man zeigte heftigen Unwillen und suchte zuerst durch kaum verhaltene Drohungen den Gegner einzuschüchtern. Als aber Harnier bei seinen Instructionen beharrte, lenkte man ein; denn trotz aller kriegerischen Erfolge waren doch Frankreichs innere Zustände der Art, daß der Ausschuß noch mehr als Preußen des Friedens bedurfte; ein Vertragsentwurf, der in der ersten Hälfte des März aus Paris nach Basel abging, beruhte im Wesentlichen auf Haugwitz' Vorschlägen 2). Wäre in Berlin die vortheilhafte Stellung benutzt, vielleicht hätte man für Deutschland und Preußen, wenn nicht ehrenvolle, doch weit günstigere Be-

1) Vgl. Sybel, Gesch. der Rev.-Zeit, III, 353 fg.

2) Die einzelnen Artikel findet man bei Sybel, Rev.-Zeit III, 359.

dingungen erlangt, als von den Franzosen jetzt angeboten wurden. Der Freiherr von Hardenberg, gegen Ende Februar zu Goltz' Nachfolger bestimmt, erkannte dies recht wohl; er wünschte auf die ursprünglichen Forderungen Preußens zurückzugehen, den deutschen Reichsständen eine neutrale Stellung zu sichern und das linke Rheinufer zu behaupten, selbst auf die Gefahr, im äußersten Falle wieder zu den Waffen zu greifen. Lord Spencer, der damals in Berlin neue Unterhandlungen betrieb, hörte ihn sogar in einer Weise reden, als ob er dem Frieden mit Frankreich entgegen sei, und Spencer meinte später, wären nur aus London die geeigneten Anerbieten rechtzeitig eingetroffen, so hätte man Preußen bei der Coalition festhalten können; denn der König habe im Grunde des Herzens gar nicht gewünscht, daß die baseler Unterhandlungen zum Ziel gelangten<sup>1)</sup>. Aber das englische Ministerium entschloß sich zu spät, die Partei des Friedens behielt den Sieg, und die Instruction, die am 26. Februar für Hardenberg ausgefertigt wurde, band ihm die Hände. In dem wichtigsten Punkte gab Preußen nach. Es bewilligte die eventuelle Abtretung des linken Rheinufers, wenn eine geeignete und ausreichende Entschädigung sich ermitteln ließe. Dagegen wurde einem Gedanken, der schon früher zwischen Barthelémy und Harnier zur Sprache gekommen war, jetzt ein bestimmter Ausdruck gegeben. Preußen forderte, daß der Norden von Deutschland, Hannover mit einbegriffen, durch eine Demarkationslinie dem Bereiche des Krieges entzogen und in einer neutralen Stellung erhalten würde. Daneben sollte Hardenberg in Erfahrung bringen, was die Franzosen in Bezug auf den allgemeinen Frieden beabsichtigten, welchen Einfluß Preußen auf die Gestaltung der deutschen Verhältnisse sich versprechen dürfe, was mit Belgien zu geschehen habe, und was für Oestreich zum Ersatz in Aussicht genommen sei. Endlich hatte er für den Schwager des Königs, den aus Holland vertriebenen Erbstatthalter von Oranien, eine Entschädigung zu erwirken<sup>2)</sup>.

1) Vgl. Spencers Briefe an Lord Grenville vom 10. März und 21. April 1795 bei Hermann, Correspondenzen, 513, 514.

2) Das Ministerium an Lucchesini am 31. März.

Am 18. März traf Hardenberg in Basel ein. Trotz des einen wesentlichen Zugeständnisses entsprach doch seine Instruction und insbesondere seine Art zu unterhandeln den Wünschen der Franzosen keineswegs. Die bestimmte Forderung einer Demarkationslinie erregte großen Anstoß; das sei ein ganz neuer Gegenstand, sagte Barthelemy; er begreife nicht, wie man eine Frage von solcher Wichtigkeit am Schlusse der Unterhandlung noch aufwerfen könne, eben wo beide Theile eine schnelle Einigung aufs lebhafteste wünschen müßten. Wenn Hardenberg dann die Bestimmungen über die Rheingränze in einen geheimen Artikel zu verweisen wünschte, so fand Barthelemy darin einen Widerspruch gegen seine Instruction, die der Wohlfahrtsausschuß am 16. März als Ultimatum bezeichnet hatte. Die Briefe des französischen Gesandten lassen recht deutlich erkennen, wie unwillig man das unerwartete Auftreten Hardenbergs empfand. Sie sind voll von Lobeserhebungen für seine Vorgänger; nicht genug können sie rühmen, was für liebenswürdige, vortreffliche Leute Meyerink und Harnier gewesen, wie leicht man mit ihnen einig geworden und zum Ziele gekommen sei. Von Hardenberg heißt es dagegen, mit ihm sei gar nicht zu verhandeln, er finde beständig Schwierigkeiten, stelle neue Bedingungen auf, es scheine, daß er den Frieden gar nicht wünsche; er sei auch ein Hannoveraner und wahrscheinlich von England bestochen. Nicht besser war man mit seinem vertrauten Begleiter, dem Legationsrath Gerwinus zufrieden 1). „Wir sind in schlechte Hände gefallen,“ ruft Barthelemy aus. „Ich kann nicht verhehlen, ich bin in der äußersten Besorgniß, daß es der Intrigue am Berliner Hofe gelungen ist, Plan und Fortgang der Unterhandlung ganz und gar zu verwirren, und daß das preußische Cabinet, indem es Herrn v. Hardenberg vertraute, mehr die Einflüsterungen unserer Feinde als seine eigenen Interessen

1) Vgl. insbesondere Barthelemys Berichte an den Wohlfahrtsausschuß vom 22., 23. und 24. März und 13. April im Ministerium des Auswärtigen zu Paris. Es ist bemerkenswerth, daß in Berlin von Alvensleben ganz ähnliche Vorwürfe gegen Hardenberg erhoben wurden. Vgl. Häusser a. a. O. I, 594.

zu Rathe gezogen hat.“ Es kam einige Male zu sehr lebhaften Erörterungen, indessen die Franzosen kannten den unermesslichen Werth eines Friedens mit Preußen viel zu gut, als daß sie es zum Bruche hätten kommen lassen. Auch scheint Hardenberg in der That seine Ansprüche sehr geschickt verfochten zu haben, denn bald erkennt selbst Barthelemy seine Gründe an, und der Wohlfahrtsausschuß, der noch am 25. März in heftigen Worten seinem Unwillen Ausdruck gibt, findet sich schon vier Tage später zur Nachgiebigkeit bewogen. Aber Hardenberg hatte mittlerweile einen neuen Anspruch vorgebracht. Das französische Ultimatum erklärte zwar einen Waffenstillstand mit den Interessen der Republik für unvereinbar, versprach jedoch, die Verwendung des Königs für diejenigen Reichsstände zu berücksichtigen, welche mit der Republik unterhandeln wollten. Hardenberg nahm jetzt die frühere Forderung in der Weise wieder auf, daß Frankreich diejenigen Reichsstände, welche innerhalb dreier Monate preußische Verwendung nachsuchen würden, nicht als Feinde betrachten dürfe. Das war dem Ausschusse zu viel. „Argwöhnischen Augen,“ schrieb er am 30. März an Barthelemy, „könnte Hardenberg als ein Minister der Coalition erscheinen. Dieser Zusatz würde unsere Kriegführung am rechten Ufer unmöglich machen, unsere Geduld ist zu Ende, wir fordern ein bestimmtes Ja oder Nein 1).“ Als diese Antwort nach Basel kam, hatten aber die Gesandten über alle andern Punkte sich bereits geeinigt. Hardenberg hielt unerschütterlich an seiner letzten Forderung, dagegen gab er zu, daß sie auf Oestreich keine Anwendung finden solle, versprach auch, der König werde Hannover, wenn es die Neutralität nicht beobachte, nöthigenfalls in Verwahrung nehmen. So geschah es, daß Barthelemy ohne Rücksicht auf das Schreiben des Ausschusses seine Zustimmung ertheilte; er sah richtig vorher, man werde in Paris wegen dieses einzigen Punktes den Krieg nicht erneuern wollen.

Am 5. April erfolgte die Unterzeichnung. In den öffent-

1) Vgl. Sybel a. a. O., III, 363.

lichen Artikeln wurde zwischen der französischen Republik und dem Könige von Preußen, sowohl als solchem, als auch in der Eigenschaft eines Kurfürsten von Brandenburg und deutschen Reichsstandes der Friede geschlossen (1); binnen vierzehn Tagen nach der Ratification sollten die französischen Truppen die preußischen Gebiete auf dem rechten Rheinufer — das heißt den kleinen Theil von Cleve im Norden der Lippe — räumen (4), dagegen im Besitz der linksrheinischen verbleiben; jede endgültige Entscheidung darüber wurde bis zum Reichsfrieden vertagt (5). Die Verkehrsverhältnisse sollten, so wie sie vor dem Kriege bestanden, wieder hergestellt, und der Schauplatz des Krieges von Norddeutschland ferngehalten werden (6 und 7); die Gefangenen wurden ausgewechselt, auch die Sachsen, Mainzer, Pfälzer und Hessen, welche in der preußischen Armee gedient hatten (9 und 10). Endlich folgte der Artikel, der die Ursache so heftigen Streites gewesen war. Die französische Republik versprach, die Verwendung Preußens zu Gunsten derjenigen Reichsstände anzunehmen, die mit ihr in Unterhandlung zu treten wünschten und zu diesem Zwecke die Vermittlung des Königs entweder schon angerufen hätten oder noch anrufen würden. Alle Stände an der rechten Seite des Rheins, für welche der König von Preußen sich verwenden würde, sollten drei Monate nach der Ratification nicht als feindliche behandelt werden (11).

Im geheimen Theile des Vertrags gab Preußen das Versprechen, weder gegen Holland, noch gegen ein anderes Gebiet, das von den Franzosen besetzt sei, etwas Feindseliges zu unternehmen (1). Wenn Frankreich im Reichsfrieden die Rheingränze erhielt, wollte der König mit der Republik wegen Abtretung der preußischen Besitzungen am linken Ufer gegen eine territoriale Entschädigung sich verständigen; Frankreich würde dafür die Garantie übernehmen (2). Um Norddeutschland, wie im öffentlichen Vertrage ausgesprochen war, vor den Gefahren des Krieges zu sichern, wurde eine Demarkationslinie vereinbart. Sie ging von Ostfriesland hinab über Münster, Coesfeld, Bockholt an die clevische Gränze, weiter den Rhein hinauf bis Duisburg, deckte die Grafschaft Mark,

erreichte bei Limburg die Lahn und bei Höchst den Main. Von da sollte sie sich bis zur pfälzischen Gränze erstrecken, Hessen-Darmstadt und die Gebiete des fränkischen und ober-sächsischen Kreises bis nach Schlesien umfassen. Die französischen Truppen sollten diese Linie nicht überschreiten unter der Bedingung, daß Preußen innerhalb derselben eine vollständige Neutralität aufrecht erhalte (3).

Ein folgender Artikel (4) sicherte auch der zu Anspach gehörigen Grafschaft Sain-Altenkirchen die Vortheile der Demarkationslinie. Wenn mit dem linken Rheinufer Pfalz-Zweibrücken an Frankreich fiel, so versprach die Republik eine Schuld von 1500,000 Thalern, die Preußen von dem Herzog zu fordern hatte, auf sich zu nehmen (5). Endlich wird der öffentliche Artikel über die preußische Verwendung in Bezug auf Oestreich außer Kraft gesetzt (6) <sup>1)</sup>.

Es ist ein wesentliches Verdienst Sybels und Häußers, uns zuerst aus den preußischen Quellen über Fortgang und Abschluß dieser wichtigen Verhandlung belehrt zu haben. Für Sybel mußte

1) Der Vertrag mit den geheimen Artikeln ist jetzt vollständig abgedruckt bei De Clercq, Recueil des traités de la France, I, 232, Paris 1864, den Inhalt hat schon Fain im Manuscrit de l'an III richtig angegeben. Daß außer den hier genannten noch geheime Bestimmungen vorhanden seien, ist eine willkürliche Vermuthung Bivenots (II, II, 149). Selbst die von Häuffer (I, 596) nach einer Abschrift Hardenbergs mitgetheilten zwei geheimen Artikel: 1) Preußen werde Hannover nöthigenfalls in Verwahrung nehmen, 2) Frankfurt solle weder eine französische noch eine östreichische Besatzung erhalten, sind nicht Theile des baseler Friedens, sondern des späteren Vertrages vom 17. Mai über die Demarkationslinie (vgl. De Clercq a. a. O., I, 244). In Betreff des Inhalts mag man allerdings schon früher sich geeinigt haben; im Archiv des Ministeriums des Auswärtigen finden sie sich auf einem Blatte, das vom 25. April datirt ist. Aber daß sie nicht förmlich in den baseler Frieden aufgenommen wurden, ergibt sich aus einem Briefe Barthelemy's an den Ausschuß vom 16. April. Die Bestimmungen des dritten geheimen Artikels über die Demarkationslinie, schreibt er, scheinen ihm für Hannover schon ausreichend, zudem habe ihm Hardenberg eben die beiliegende Erklärung — vermuthlich den geheimen Artikel — übergeben. Wenn höhere Rücksichten ein oder anderes Mal den Herausgeber der französischen Verträge zum Schweigen nöthigten, so kann ich nach seiner eigenen Mittheilung versichern, daß dies in Bezug auf den Baseler Frieden nicht der Fall gewesen ist.

zudem die ausgedehnte Benutzung der französischen Archive, welche durchgehends einen so großen Vorzug seines Werkes bildet, gerade in diesem Falle sich besonders werthvoll erweisen. Bivenot hat, wie die Beschaffenheit seiner Quellen erwarten läßt, nichts erheblich Neues aufgefunden; er gibt nicht sowohl das Bild des Ereignisses, als das Spiegelbild in dem Eindruck, den es in Wien und bei auswärtigen österreichischen Diplomaten, insbesondere in Regensburg hervorrief; dann beschreibt er in einem eigenen Abschnitt ausführlich die litterarisch-politischen Kämpfe, die sich daran geknüpft haben. Interessante Einzelheiten sind darin mitgetheilt, nur freilich darf man nicht erwarten, in den ersten Neußerungen, die ein so tief eingreifendes Ereigniß hervorgerufen hat, das gerechte, leidenschaftlose Urtheil der Geschichte zu finden. Den Mittheilungen der zuerst genannten Schriftsteller habe ich auch von dem, was man eben gelesen hat, Manches entnehmen können; über die Bedeutung und die tiefer liegenden Gründe des Vertrags möchte ich eine Bemerkung noch hier beifügen.

Hardenberg nennt in einem Briefe, den er am 6. April an Möllendorf richtete, den Frieden vortheilhaft, sicher und ehrenvoll <sup>1)</sup>. Die Geschichte hat dies Urtheil nicht bestätigt; es ist selten ein Vertrag geschlossen, der für den einen Theil weniger sicher, weniger vortheilhaft und zugleich weniger ehrenvoll gewesen wäre. Denn wenn eine Anzahl von Zeitungen und größtentheils officiösen Federn die Segnungen des neuen Zustandes für Norddeutschland zu preisen sich zur Aufgabe stellte, wenn sogar die Bevölkerung hinter dem Schutze der Demarkationslinie in behaglicher Ruhe den Stürmen im südlichen Deutschland zusah, so sprach sich doch gleich anfangs die öffentliche Meinung überwiegend mit Festigkeit gegen Preußen aus. Und diese Ansicht hat an Stärke zugenommen; von den Gegnern Preußens und nicht bloß von den Gegnern ist der baseler Friede als ein politischer Fehler, als ein Unrecht gegen Deutschland, ja als eine Schmach für die Männer, die ihn förderten, und als der schwärzeste Fleck der

1) Vgl. den Brief bei Häuffer a. a. O. I, 596.

preußischen Geschichte bezeichnet worden. Auch nicht von Häusser, nicht einmal von Sybel ist dieser Friede an sich gut geheissen, obgleich es nicht selten ihnen nachgesagt und sei es zum Lobe oder Tadel angerechnet worden. Häussers Gewohnheit ist es überhaupt nicht, die preußische Politik jener Tage zu rechtfertigen, und Sybel nennt den Vertrag ein „Erzeugniß der Schwäche und Beschränktheit“, ja einen „Akt des politischen Selbstmordes, der Preußen zu politischer Nichtigkeit verurtheilte“<sup>1)</sup>. Nur in sofern versucht er eine Rechtfertigung, als er die Vorwürfe zurückweist, die gewöhnlich am lautesten gegen den Frieden erhoben werden. „Von Verrath am deutschen Vaterlande,“ sagt er (III, 355), „und von Bundesbruch gegen Oestreich kann man dabei nicht reden. Nachdem das deutsche Reich in den drei Kriegsjahren außer den englischen Söldnern kaum 20,000 Mann gestellt und so eben den Wunsch nach Frieden in der flehentlichsten Weise ausgesprochen hatte, besaß es keinen Titel mehr zur Beschwerde über die baseler Unterhandlung.“ Noch weniger Oestreich, denn gerade „die Haltung des östreichischen Cabinets drängte das preußische zum Frieden beinahe um jeden Preis“, einerseits durch das Auftreten in Polen, „wo eben die russische Waffenhülfe gegen die preußischen Ostprovinzen aufgeboten wurde,“ andererseits durch die Beziehungen zu Frankreich, welche für Preußen und Deutschland das Schlimmste befürchten ließen. Das Eigenthümliche der Sybelschen Ansicht, wenn ich sie nicht sollte mißverstanden haben, besteht vornehmlich darin, daß sie den Grund des Friedens nicht sowohl in der besonderen Stellung, die Preußen von Anfang an zum Kriege einnahm, nicht sowohl in den inneren Zuständen des Staates und in den Gesinnungen der leitenden Staatsmänner, als in den feindseligen, vertragswidrigen und — man kann diesen Ausdruck nicht vermeiden — verrätherischen Maßnahmen Oestreichs findet.

So weit ich urtheilen kann, scheint mir auch hier in den Auffassungen der entgegenstehenden Parteien Wahres mit Falschem

1) Vgl. Histor. Zeitschr. XV, 66 und Gesch. der Rev.-Zeit, III, 356.

mannichfach vermischt. Um den Vertrag und zugleich die preußische Politik jener Tage, ich meine nicht zu rechtfertigen — denn dies würde immer auf Sophistik hinauslaufen — aber richtig aufzufassen und billig zu beurtheilen, muß man von einem anderen Gesichtspunkte ausgehen.

Man gestatte hier eine allgemeine Bemerkung. So weit die Geschichte reicht, aber vornehmlich so lange das System, das wir neuere Politik nennen, zur Herrschaft gelangt ist, wird man sich der Wahrnehmung nicht verschließen können, daß es das Interesse der Staaten war, was ihre Stellung, ihre freundlichen und feindlichen Beziehungen bestimmte. Persönliche Leidenschaften und Neigungen der Fürsten und Staatsmänner, einzelne gewaltig bewegende Ereignisse können darin für einige Zeit einen Wechsel veranlassen, aber bald wird doch wieder das unablässig wirkende Gewicht der natürlichen Verhältnisse sich geltend machen. In diesen Verhältnissen und Interessen, nicht in dem etwas mehr oder weniger moralischen Charakter der Personen hat man auch den eigentlichen, tiefer liegenden Grund für das verschiedenartige Auftreten Oestreichs und Preußens während der Revolutionsjahre zu suchen. Es ist ein ungerechtes, ja ein frevelhaftes Wort, wenn man jetzt häufig wiederholen hört, für Deutschland sei aus der Verbindung mit Oestreich nur Unheil erwachsen, da wir doch diesem Staat und der habsburgischen Dynastie ganz besonders zu verdanken haben, daß unser Vaterland Jahrhunderte hindurch im Osten gegen die Herrschaft der Slaven und gegen die Einfälle der Osmanen gesichert wurde, im Westen die unendlich zersplitterten deutschen Territorien gegen die nie befriedigte Eroberungslust eines übermächtigen, centralisirten Staatswesens wenigstens einigen Halt gewannen. Aber ebenso ungegründet ist die von Bivenot zum Ueberdruß wiederholte Behauptung, Oestreich habe alles, insbesondere was es im Revolutionskriege geleistet, aus reiner Uneigennützigkeit, ohne Rücksichten und Vortheile für sich selbst, dem deutschen Reiche zum Opfer gebracht. Daß Oestreich so wenig wie die übrigen deutschen Staaten seine besonderen Interessen den allgemeinen nachzusetzen gewohnt war, daß Deutschland dies schmerzlich hat em-

pfinden müssen, nach Beispielen dafür braucht man wahrlich nicht lange zu suchen. Aber auch wo die Interessen übereinstimmen, muß man sagen, daß Oestreich vom Reiche nicht weniger Vorthail zog, als das Reich von Oestreich, ja daß unter den größeren Staaten dieser der einzige war, der in der Erhaltung der Reichsverfassung noch einen wesentlichen Vorthail für sich selbst erblicken konnte. Seit Jahrhunderten befand sich Oestreich im Besitz der höchsten Reichsgewalt. Waren auch die Beziehungen zwischen dem Kaiser und den Ständen mehr und mehr gelockert, die kaiserlichen Rechte nur zu sehr geschwächt, immer blieb doch noch genug, um die Würde in hohem Grade werthvoll zu machen. Noch immer verlieh die kaiserliche Krone den ersten Rang in der Christenheit; wenn nicht in den größeren weltlichen Territorien, so fand der Kaiser doch in den meisten geistlichen Würdenträgern, in den kleineren Reichsständen, den Städten und der Ritterschaft ergebene Anhänger; der Antheil an der Besetzung der geistlichen Stühle, der Reichsgerichte wie des Reichshofraths sicherte immer einen bedeutenden Einfluß, der Besitz der Niederlande war ohne die Verbindung durch das Reichsgebiet gar nicht zu behaupten. Wenn dann auch das Reich an Geld und Mannschaft im Kriege unmittelbar nur wenig leistete, so muß man doch in Anschlag bringen, daß in den geistlichen und kleineren Gebieten stets eine bedeutende Zahl von Personen dem kaiserlichen Dienst erbötig blieb, daß ein großer Theil der österreichischen Staatsmänner und Generale, unter diesen nicht die am wenigsten befähigten, dem Reichsadel entnommen wurden, daß die Werbungen im Reiche eine nicht zu erschöpfende Quelle für die Ergänzungen des Heeres bildeten. Vivenot selbst rechnet (II, I, 309) neben ungefähr 100,000 Oestreichern, die in dem Kriege von 1792 bis 1795 umgekommen, wenigstens 50,000 Mann, die durch Werbungen in der Fremde beschafft waren, und bedenkt man dann weiter, daß doch die Küstungen zum großen Theil durch englische Hülfsgelder gedeckt wurden, so sieht man, daß mittelbar auch die Einkünfte des Kaisers aus der Verbindung mit dem Reiche beträchtlichen Vorthail zogen. Und es wäre nicht einmal zutreffend, wollte man hier bloß das Interesse der äußeren Macht,

des finanziellen Nutzens in Anschlag bringen. Mit der Kaiserkrone war Habsburg zur Macht gelangt, Jahrhunderte hindurch war die Stellung und Größe des Hauses durch den Besitz dieses Kleinods bestimmt worden; man sagt sich nicht so leicht von Anschauungen und Ideen los, die für eine lange Reihe von Geschlechtern den Inbegriff des zumeist Verehrten und Wünschenswerthen gebildet haben. Wie sollte nun Oestreich lässig geblieben sein in dem Kampfe, der alle diese Verhältnisse, ja die ganze Existenz des Staates in ihren Grundfesten zu erschüttern drohte? Als Bollwerk gegen das Umsichgreifen Frankreichs mußten schon die Niederlande sehr bedeutend an Werth gewinnen; vor Allem aber war die Behauptung des linken Rheinufers ein unumgängliches Erforderniß. Denn Niemand durfte verkennen, daß mit dem Untergange der drei geistlichen Kurfürstenthümer, mit den Veränderungen, die dann auch auf dem rechten Ufer in Aussicht standen, die Reichsverfassung und damit der Staat und die Dynastie aufs Aeußerste gefährdet waren.

Für Preußen findet man beinahe das entgegengesetzte Verhältniß. Seit fünfzig Jahren hatte sich dieser Staat gerade im Gegensatz zur Reichsgewalt entwickelt; er sah aus der Reichsverbinding, wenigstens unmittelbar, nur geringe Vortheile und dazu noch mancherlei Hemmnisse für sich hervorgehen. Bei der Auflösung konnte ein wesentlicher Zuwachs von Seiten nicht mehr lebensfähiger Reichsstände kaum ausbleiben, besonders wenn man des guten Willens oder gar der Hülfe Frankreichs sich versichert halten durfte. Freilich mochte ein lebhaftes Nationalgefühl sich gegen die Zugeständnisse auflehnen, welche man als Preis dafür den Fremden machen mußte, und eine fernsehende Politik sich bewußt werden, daß die französische Macht, wenn einmal durch preußische Unterstützung oder Zulassung gegen Oestreich zum Ziele gelangt, dann um so gefährlicher sich gegen Preußen wenden könne. Beide Erwägungen sind auch den preußischen Staatsmännern in jenen Tagen nicht ganz fern geblieben. Nur wirkten sie nicht stark und dauernd genug, um zu einem festen, entschiedenen Handeln den Muth zu geben. Wo war denn auch ein politisches National-

gefühl in Deutschland damals zu finden? Von allen deutschen Staaten war vielleicht nur Oestreich geneigt, etwas Ernstliches für die Reichsverfassung zu thun, und auch Oestreich nicht aus rein nationalem Interesse; denn das Reich selbst war ja seinem Begriffe nach kein nationales, sondern ein internationales Institut, auf der Verbindung verschiedener Nationen gegründet. In Preußen regte sich wohl mit dem Erstarken des Staates das Gefühl, daß auch Pflichten gegen Deutschland zu erfüllen seien, aber man glaubte ihnen und der Sorge für die eigene Sicherheit genug zu thun, wenn man wenigstens Norddeutschland vor dem Eindringen des Feindes schützte. Und indem man so, allerdings im Einklange mit den Kräften des Staates, der auch zwischen den großen und kleinen in der Mitte stand, bald die allgemeinen europäischen und deutschen, bald den nächstliegenden Kreis von Interessen ins Auge faßte, entwickelte sich jene Politik des Zauderns, Schwankens und der halben Maßregeln, welche die Franzosen nur zu wohl für ihre Zwecke auszubeuten wußten. Vornehmlich einem aufwallenden dynastischen Gefühle folgend, hatte sich der König im Jahre 1792 zur Herstellung der französischen Monarchie in den Krieg gestürzt, den man zudem nur als einen militärischen Spaziergang betrachtete. Sobald aber mit dem mißlungenen Einfall in die Champagne die Schwierigkeit des Unternehmens in ihrem ganzen Umfange hervortrat, regte sich auch der Wunsch, dieses lästigen, kostspieligen und doch, wie die Meisten dachten, beinahe zwecklosen Krieges wieder entledigt zu werden. Im Unterschiede von Oestreich hatte Preußen zunächst weder eigenes Gebiet, noch eigene werthvolle Interessen zu vertheidigen, auch von Eroberungen auf Kosten Frankreichs ließ sich kein erheblicher Vortheil erwarten. Deshalb trat man schon im Herbst 1792 mit dem Anspruche hervor, für die weitere Theilnahme am Kriege eine sichere Entschädigung zu erhalten, und gerieth dadurch nothwendig in einen Gegensatz zu Oestreich, welches nicht geneigt war, dem Nebenbuhler vorzeitig eine bedeutende Machterweiterung zu gestatten, während es die Erfüllung der eignen Wünsche bei der ungünstigen Wendung des Krieges in immer weitere Ferne gerückt sah. So traf

nun im Herbst des Jahres 1794 alles zusammen, was zum Frieden bewegen konnte: der Mangel eines unmittelbaren eigenen Interesses bei der Fortsetzung des Krieges — denn für die wenig umfangreichen Besitzungen jenseits des Rheines konnte man, wenn nicht der Rückgabe, doch einer ausreichenden Entschädigung versichert sein — und die verminderte Hoffnung, dem Widerstande Oestreichs gegenüber in Polen so viel als man wünschte zu erhalten. Dazu kam die unglückliche Wendung des Krieges, der an sich schon mit Unlust erfüllen konnte, endlich die Kündigung des haager Tractats und die Weigerung neuer Hülfsgelder von Seiten Englands, während die finanziellen Verhältnisse Preußens schon sehr ungünstig sich gestaltet hatten. Neben der Grundursache, daß der Krieg von Anfang an keinen genügenden politischen Vortheil bot, hat wohl nichts so entscheidend als eben diese finanzielle Rücksicht gewirkt. In den Berliner Aktenstücken findet sich noch aus dem Anfang des folgenden Jahres, als es sich um die bewaffnete Sicherung der Demarkationslinie handelte, eine Denkschrift des Ministers von Alvensleben, desselben, der sich am eifrigsten für den schleunigen Frieden mit Frankreich, selbst um den Preis des linken Rheinufers, ausgesprochen hatte. Er ist auch jetzt — am 21. Februar 1796 — der Ansicht, man solle die kostspielige Ueberwachung der Demarkationslinie nicht unternehmen, lieber die westlichen Besitzungen der Loyalität der Franzosen überlassen und was von Soldaten übrig bleibe in den östlichen Provinzen zusammenziehen. Dabei kommt er auf die Gründe zurück, die den Abschluß des baseler Friedens herbeiführten. Man möge sich doch erinnern, schreibt er, daß es sich dabei nicht um politische Rücksichten, nicht um Sicherung Norddeutschlands gehandelt habe, sondern um Geld — er bestimmt für dies Wort, um es recht nachdrücklich zu machen, immer eine besondere Zeile — daß man den Frieden habe abschließen müssen, weil es durchaus am Gelde gemangelt, den Krieg fortzusetzen. So möge man auch jetzt durch Aufstellung des Observationscorps sich nicht in neue Ausgaben stürzen und nicht über der Nebensache die Hauptsache: die Nothwendigkeit zu sparen, vergessen. Alvenslebens Urtheil kann frei-

lich allein nicht maßgebend sein; er geht hier offenbar zu weit; aber es ist nicht zu bezweifeln, daß auch für die übrigen Minister ähnliche Rücksichten von entschiedenem Einfluß gewesen sind. Denn die preußischen Finanzen gaben allerdings zu Besorgnissen Veranlassung. Der von Friedrich dem Großen angehäufte Staatschatz war durch die Unternehmungen der letzten Jahre erschöpft, die Steuern, aufs Aeußerste gesteigert, keiner Erhöhung mehr fähig; in dem Concept einer Depesche des Ministeriums sind einmal die entscheidenden Zahlen aufgeführt, aber dann mit aller Sorgfalt wieder unleserlich gemacht, damit Keiner erfahre, wie übel es mit den Finanzen bestellt sei. Man wird vielleicht einwenden, darin liege keine Entschuldigung, es sei eines großen Staates unwürdig, sich unter Verhältnissen von so hoher Bedeutung durch finanzielle Rücksichten leiten zu lassen, auch habe man während eines solchen Krieges die Sparsamkeit besser bei der Hofhaltung als bei der Armee bethätigen sollen. Darauf würde ich zunächst erwiedern, daß ich nicht die Absicht habe, den baseler Vertrag zu rechtfertigen, sondern richtig aufzufassen. Weiter muß man sagen, daß die Verschwendung für den Hof und die Begünstigten des Königs nach den neuesten Untersuchungen keineswegs so weit ging, als man so oft in so abschreckenden Farben darzustellen sich gefallen hat, daß sie wenigstens für die finanzielle Lage des Staates im Großen und Ganzen nicht von Bedeutung werden konnte <sup>1)</sup>. Endlich darf man nicht übersehen, daß diese genaue sparsame Wirthschaftlichkeit, welche unveränderlich das Prinzip des preußischen Finanzwesens geblieben ist, allerdings häufig in unerfreulicher Gestalt als Habucht oder Kargheit sich geäußert, aber doch schließlich zu dem Ergebnis geführt hat, daß ein Staat mit nicht gerade reichen Mitteln einer Ordnung und Sicherheit der finanziellen Zustände, eines Credits, eines Verhältnisses zwischen Schuld und Vermögen sich erfreut, deren kein anderer Staat Europas bisher sich hat rühmen können. Und nach Allem möchte ich noch

1) Vgl. Riedel, Der brandenburgisch-preussische Staatshaushalt, Berlin 1866, S. 141 fg. 149 fg.

daran erinnern, daß Preußen wirklich damals seiner Macht und seinem Umfange nach zu den großen Staaten gar nicht gehörte, daß es nur so lange dazu gehört hatte, als die Hand eines außerordentlichen Fürsten die beschränkten Mittel zu ergänzen wußte, nach seinem Abscheiden aber ein Staat zurückblieb, der noch kein Großstaat war, aber doch das Gefühl in sich trug, daß er einmal ein Großstaat werden müsse, eine Zwitterstellung, die viele Fehler verursacht hat, aber auch manchen Fehler entschuldigen kann.

Unter diese darf man jedoch den baseler Frieden nicht zählen. Ich halte ihn nicht nur für einen politischen Fehler, der Preußen verderblich wurde, sondern auch für ein formelles Unrecht, für eine Verletzung der Reichsverfassung und der Reichsschlüsse, welche noch vor Kurzem von Preußen selbst genehmigt waren. Einen Reichsverrath im eigentlichen Sinne, wenn man darunter ein Einverständnis mit dem Feinde zum Verderben Deutschlands begreift, darf man ihn allerdings nicht nennen — weder ein solches Einverständnis noch eine solche Absicht war vorhanden — wohl aber ein kleinmüthiges Aufgeben der Sache, zu deren Vertheidigung Preußen verpflichtet war. Denn hatte auch der Reichstag den Wunsch nach Frieden ausgesprochen, so lag darin doch wahrlich nicht die Aufforderung, daß einer der mächtigsten Reichsstände vor Beendigung des Krieges von der gemeinsamen Sache zurücktreten und, ohne jede Sicherheit für die Erhaltung der Reichsintegrität, gesondert mit dem Feinde sich einigen sollte. Leider ist früher und unmittelbar nachher manches Aehnliche geschehen, und man muß wohl für wahrscheinlich halten, daß die Mehrzahl der Reichsstände unter gleichen Verhältnissen nicht anders gehandelt hätte; aber der baseler Friede ist doch nicht ohne Grund der Gegenstand besonderen Unwillens geworden, weil er das am meisten hervortretende Symptom der Uebel war, an denen Deutschland damals zu Grunde ging, weil er ähnliche Schritte, die ihm folgten, erst möglich machte, und weil er in der That den unglücklichen Ausgang des Krieges und das unermessliche Elend einer langen Reihe von Jahren hauptsächlich verschuldet hat. Wir können auf alles dieses jetzt mit ruhigerem Blicke zurücksehen, weil den Tagen

der Erniedrigung die Tage der Erhebung gefolgt sind, und weil wir das, was damals für immer verloren ging, die alte Reichsverfassung, nicht als ein unerseßliches Gut zu bedauern haben. Aber man darf nicht vergessen, daß das Unglück der nächsten Jahre als die nothwendige Folge des baseler Friedens beinahe mit Sicherheit sich voraussehen ließ, während Niemand voraussehen konnte, daß ein Winter des Jahres 1812 nach den scheinbar vernichtenden Niederlagen noch einmal die Möglichkeit der Rettung und Erneuerung bringen würde.

Wenn man aber den Frieden selbst nicht billigt, so braucht man doch diejenigen, die ihn zum Abschluß brachten, noch nicht als ganz verblendete, gewissenlose Menschen sich vorzustellen. Vor Allen muß dies von Hardenberg gelten. Es hat ihm nicht zur Ehre gereicht, daß sein Name unter diesem Vertrag gelesen und unlösbar damit verbunden wurde. Erwägt man jedoch, mit wie viel Schwierigkeiten er zu kämpfen, nach welchen Vorschriften er sich zu bewegen hatte, wie er den Franzosen, ja seiner eigenen Regierung gegenüber stand, so muß man anerkennen, daß er in der That geleistet hat, was unter solchen Verhältnissen sich erwarten ließ. Aber auch die übrigen preußischen Minister sind häufig ungerecht beurtheilt. Sie waren Staatsmänner, die fehlen konnten und in diesem Falle gefehlt haben, aber sie ließen sich von politischen Interessen leiten, und es ist kein Zweifel, daß sie dem Staate, welchem sie allein sich verpflichtet fühlten, nach besten Kräften zu dienen glaubten. Man muß auch zugeben, daß ihre Beweggründe, wenn nicht ausreichend, doch keinesfalls ohne Bedeutung waren. Nur daran muß ich zweifeln, ob die Entschuldigung, welche man in neuester Zeit für sie gefunden hat, die richtige sei. Denn wenn gesagt worden ist, das Wiener Cabinet habe Preußen zum Frieden gezwungen, einmal durch sein Auftreten in Polen, demnächst durch die Absicht, mit Frankreich um den Preis des linken Rheinufers sich zu einigen, so kann ich in dem ersten Theil dieser Angabe keine Rechtfertigung, in dem zweiten nicht einmal eine historische Wahrheit finden. Ueber beide muß ich Einiges bemerken.

### Sechstes Kapitel.

#### Die dritte Theilung Polens.

Die neuesten Forschungen haben weit schärfer und entschiedener, als es bis dahin geschehen war, den Zusammenhang der Ereignisse im Osten und Westen ins Licht gestellt, ein unbestreitbares Verdienst, das Niemand bereitwilliger anerkennt als ich. Unzweifelhaft sind auch die polnischen Händel auf den Abschluß des Friedens nicht ohne Einwirkung geblieben; von Lucchesini und in den Depeschen des preußischen Ministeriums wird zu wiederholten Malen auf den Zusammenhang der einen mit dem anderen hingewiesen. Nur begegnet es häufig beim Aussprechen einer neuen Wahrheit, daß man ihr eine zu große und unbedingte Geltung zuzuschreiben geneigt ist, und ich möchte glauben, man habe auch jenen Zusammenhang und Einfluß zuweilen überschätzt oder wenigstens zu stark hervortreten lassen. Vor und nach dem polnischen Streit ist die preußische Politik im Wesentlichen dieselbe. Schon nach dem Feldzug in die Champagne, im Herbst 1792 tritt deutlich hervor, wohin sie führen müsse, und im Herbst 1795, als man in Polen vollständig sich geeinigt hatte, bleibt sie unverändert. Ja es läßt sich nicht verkennen, gerade in Rücksicht auf Polen mußte die Einigung mit Frankreich allerdings als ein Vortheil, zugleich aber auch als eine Gefahr erscheinen. Thatsache ist zunächst, daß der baseler Friede den preußischen Interessen in Polen nicht im Geringsten nützlich, sondern nur schädlich geworden ist. Preußen mußte nach langen Streitigkeiten sich den vereinigten Forderungen Rußlands und Oestreichs fügen und die Gränzen im Wesentlichen so anerkennen, wie sie schon im Winter 1794 von den beiden Kaiserhöfen festgestellt war. Nach dem Einzuge Su-

woroffs in Warschau kam es in Wahrheit auf die Verstärkung der preussischen Armee in Polen gar nicht mehr an, die Entscheidung lag ausschließlich in dem Willen Rußlands; nichts hat aber, neben dem Wunsche, die beiden deutschen Mächte getrennt und bei ungefähr gleicher Kraft zu erhalten, die Kaiserin günstiger für Oestreich gestimmt, als die preussischen Unterhandlungen mit Frankreich, die schon im October 1794 in Petersburg den äußersten Unwillen erregten. In der That, was konnte für die Pläne der Kaiserin unbequemer sein, als ein Vertrag, der, wenn er dem allgemeinen Frieden den Weg bahnte, Frankreich und England zum Schutze Constantinopels wieder freie Hände gab und im Falle eines neuen Türkenkrieges vielleicht sogar Preußen, wie im Jahre 1790, den Russen feindlich gegenüberstellte? Hatte man in Berlin allein den Erwerb in Polen im Auge, so war es, statt Frieden zu schließen, weit gerathener, thätigen Antheil an dem Kriege in Aussicht zu stellen und zum Ersatz dafür sich der russischen Unterstützung zu versichern.

Auch eine Rechtfertigung des baseler Friedens ist, so weit ich sehe, in den polnischen Angelegenheiten nicht zu finden. Ich kann hier auf das Einzelne nicht ausführlich eingehen, aber man braucht sich nur der Hauptereignisse kurz zu erinnern. Was zunächst die Theilung des Jahres 1793 anbetrifft, so läßt sich nicht sagen, daß einer der verbündeten deutschen Staaten dem anderen Wohlwollen, Vertrauen oder wahrhaft bundesfreundliche Gefinnungen entgegen gebracht hätte; was Gefinnungen angeht, hat Keiner dem Anderen etwas vorzuwerfen. Fragt man aber, wer durch bestimmte Handlungen an der späteren Uneinigkeit die Schuld trägt, so scheint mir der größere Theil nicht auf Oestreich zu lasten. Denn Preußen hatte trotz der früheren Vereinbarungen, trotz des Bündnisses vom 7. Februar zuerst die neue polnische Theilung befördert und gegen Oestreichs Widerspruch mit den Russen beinahe zum Abschluß gebracht. Nimmt man auch an, was nicht einmal feststeht, daß Haugwitz zu Ende des Jahres 1792 die Einwilligung Oestreichs erlangt hatte, so bezog sie sich doch gewiß nicht auf die Art, in welcher jetzt der Theilungsvertrag

zur Ausführung gelangte. Kein Unbefangener kann in Abrede stellen, daß durch diese Politik der Kaiser in empfindlicher Weise getäuscht wurde, und daß gerade in der preußisch-russischen Uebereinkunft vom 23. Januar 1793 eine der wesentlichsten Ursachen aller folgenden Zerwürfnisse zu suchen ist. Indessen auch der Gewinn war in hohem Grade lockend. Es sind für geringeren Preis schon ärgere Dinge geschehen, und man braucht die preußische Politik Oestreich gegenüber nicht gerade als einen außerordentlichen Frevel zu bezeichnen. Außerordentlich ist nur die Ansicht Sybels, daß bei diesen Vorgängen nicht Oestreich, sondern Preußen der beleidigte Theil sei, daß die Weigerung Thuguts, den Vertrag über Polen sofort zu garantiren, und der Verdacht oder, wenn man will, der Beweis, Thugut könne den Petersburger Hof oder den polnischen Reichstag in ihrem Widerstreben gegen Preußen bestärkt haben, es „für diesen Staat nunmehr zu einer selbstmörderischen Handlung machte, Oestreich zu entscheidenden Triumphen über Frankreich zu verhelfen“, d. h. am Kriege ferner Theil zu nehmen. Denn, sagt er (Zeitschr. XV, 67), „es ist deutlich, daß ein Bündniß schlecht bestellt ist, dessen stärkstes Mitglied jedes Wachstum des schwächeren Genossen nicht als Nutzen für die Gesammtheit, sondern als Schaden und Gefahr für sich selbst betrachtet.“ Aber schon Waiz hat darauf aufmerksam gemacht, wie wenig Berechtigung ein solcher Maßstab in sich trägt<sup>1)</sup>. Um es recht deutlich zu empfinden, muß man sich noch erinnern, daß die politische Kunst jener Zeit gerade darin ihr Ziel fand, mit der äußersten Sorgfalt auch die geringste Veränderung der Machtverhältnisse zu überwachen, daß nur zwei Jahre vorher Preußen jede Vergrößerung Oestreichs nach der türkischen Seite mit Waffengewalt zu hindern entschlossen war, und Kaiser Leopold wieder die Verbindung mit Preußen davon abhängig machte, daß der König auf die Erwerbung von Thorn und Danzig Verzicht leiste. Und

1) Vgl. die Recension des Vivenotschen Werkes in den Göttinger Gelehrten Anzeigen, 1866, Nr. 27, S. 1010.

doch hat Thugut die Aneignung Polens nicht verhindert, nicht einmal verhindern wollen, sondern nur aufschieben, bis auch für Oestreich eine Entschädigung festgestellt und dadurch der Zweck des Bündnisses von 1792 gesichert sei.

Indessen es ist nicht sowohl die zweite als die dritte Theilung Polens, auf welche man das meiste Gewicht legt. Sehen wir, wie es sich damit verhält. Schon bald nach dem Beginn des polnischen Aufstandes waren in Petersburg Berathungen über das künftige Schicksal des Landes gepflogen. Um sie möglichst günstig für Preußen zu gestalten, wurde ein ausgezeichnete Diplomat, der Graf Tauenzien im August nach Petersburg gesandt. An Wiederherstellung der Republik konnte nicht mehr gedacht werden, Tauenzien sollte eine Theilung des Restes zwischen Rußland und Preußen vorschlagen. Nur ein schmaler Landstrich war als Gränzscheidung zwischen beiden Staaten für den Günstling der Kaiserin, den Grafen Suboff, als Fürstenthum bestimmt. Man sieht, Oestreich wäre nach diesem Plane wieder ganz leer ausgegangen, aber Thugut war auf seinem Posten; er zeigte sich mit der Theilung einverstanden, verlangte jedoch für Oestreich die vier, Galizien benachbarten Palatinate, Krakau, Sandomir, Lublin und Chelm, und wußte Rußland auf seine Seite zu bringen. Tauenzien fand für seine Vorschläge selbst bei Suboff eine kalte Aufnahme, die russischen Minister hielten zurück, bis Ende Octobers die Nachricht von Kosciuskos Niederlage und Suworoffs Marsch auf Warschau eintraf. Sofort empfing dann Tauenzien am 30. October die Antwort: Rußland sei mit Preußen darin einverstanden, daß man die Theilung Polens im Interesse der eigenen Sicherheit nicht länger verschieben dürfe; nöthig sei nun ein Abkommen, das Furcht und Eifersucht für immer ausschließe. Die Kaiserin habe Gelegenheit gehabt, Oestreichs Gefinnungen kennen zu lernen; der Kaiser betrachte die Palatinate Krakau und Sandomir als unentbehrliche Bollwerke Galiziens und werde den preußischen Ansprüchen niemals zustimmen. Deshalb bitte die Kaiserin den König, auf jene Palatinate zu verzichten. Für sich wünsche sie die von der Natur gezogenen Gränzen des Bug und

des Niemen, könne auch den von Preußen nach der Seite von Kurland ausgesprochenen Wünschen auf Szamaiten nicht wohl zustimmen. Das preußische Ministerium beantwortete diese wenig erfreuliche Eröffnung durch eine Note vom 28. November, welche Tauenzien anwies, auf den preußischen Forderungen zu bestehen; lieber würde der König, falls sie nicht bewilligt werden sollten, den Theilungsplan ganz aufgeben. Mit diesem Vorschlag, wenn er ernstlich gemeint war, zeigten sich aber, wie man denken kann, Rußland und Oestreich nicht einverstanden; seit dem 18. December kam es zwischen Tauenzien, den russischen Ministern Ostermann und Markoff und dem Grafen Ludwig Cobenzl, der Oestreich seit vielen Jahren in Petersburg vertrat, zu heftigen Erörterungen; in der dritten Conferenz erklärte sich Cobenzl mit Rußland in Allem einverstanden, und Tauenzien schied mit einem Proteste aus. Wie zwei Jahre früher Rußland und Preußen, so schlossen jetzt Rußland und Oestreich am 3. Januar 1795 einen besonderen Vertrag. Rußland erhielt den bei weitem größten Antheil, gegen 2000, Oestreich die vier geforderten Palatinate, etwa 1000 □ Meilen; der Rest, gegen 700—800 □ Meilen, sollte an Preußen fallen unter der Bedingung, daß es dem Vertrage seine Zustimmung gäbe.

Neben dieser öffentlichen unterzeichnete man aber an demselben Tage noch eine geheime Deklaration, die zwar nicht geleistet hat, was sie leisten sollte, aber doch einen tiefen Einblick in die Entwürfe und Wünsche der beiden Kaiserhöfe, insbesondere des russischen eröffnet. Zuerst verpflichtete sich Oestreich, der preußisch-russischen Convention vom 23. Januar 1793 beizutreten, so weit sie sich auf den Tausch der Niederlande gegen Baiern und die russischen Erwerbungen in Polen bezog; eine Garantie für die preußischen sollte erst nachfolgen, wenn dieser Staat der neuen Convention vom 3. Januar 1795 beigetreten wäre. Daneben tauchen die längstgenährten Entwürfe gegen die Türkei wieder auf. Namentlich sollte Oestreich im Falle eines neuen Krieges mit der Pforte nach Kräften beitragen, daß in Gemäßheit der im Jahre 1782 zwischen Joseph und Katharina gewech-

selten Briefe<sup>1)</sup> die Moldau, die Wallachei und Bessarabien von der Türkei getrennt und als selbstständiges Fürstenthum einem Mitgliede des kaiserlichen Hauses von Rußland übergeben würden. Dagegen versprach Katharina, dem Kaiser die rückständige Entschädigung zu verschaffen, die ihm nach den anerkannten Prinzipien einer völligen Gleichheit der beiderseitigen Erwerbungen noch gebühre. Falls diese nach französischer Seite nicht erlangt werden könne, so gab die Kaiserin im Voraus ihre Zustimmung, daß Oestreich seine Rechte auf verschiedene Theile des venetianischen Gebietes, die von jener Republik usurpirt seien, wieder geltend mache oder in anderer Weise sich zu entschädigen suche; nur daß dadurch in keiner Weise die in der erwähnten Correspondenz, namentlich in den Briefen vom 17. September und 13. November 1782 rücksichtlich der Eroberungen gegen die Türkei enthaltenen Bestimmungen verletzt würden. Die in dem Briefe Josephs vom 13. November bezeichneten türkischen Provinzen [Bosnien und ein Theil von Serbien] sollten dagegen mit Oestreich vereinigt werden. Wenn eine dritte Macht, namentlich Preußen, einen der beiden Verbündeten angreifen oder den Kaiser mit Waffengewalt in der Ausführung der für seine Entschädigung erforderlichen Maßregeln hindern würde, so versprachen beide, sich mit aller Macht dem gemeinschaftlichen Feinde zu widersetzen.

Beinahe sechs Jahrzehnte ist diese Erklärung völlig unbekannt geblieben; erst im Jahre 1852 wurde sie von Miliutin<sup>2)</sup> aus dem Petersburger Archiv veröffentlicht; danach ist sie häufig benutzt und insbesondere von Sybel eingehend besprochen worden. Man darf sagen, diese Besprechung (III, 260—284) bil-

1) Diese wichtigen Urkunden, insbesondere ein entscheidender Brief Josephs II. — er wird aber nicht vom 13. November, sondern vom 13. October datirt — sind zuerst von Hermann in der russischen Geschichte VI, 35 u. 459 veröffentlicht.

2) Vgl. Danilewski-Miliutin, Geschichte des Krieges Rußlands mit Frankreich im Jahre 1799, übersezt von Chr. Schmitt, München 1856, I, 296.

det den Höhepunkt seines Werkes, soweit es auf die polnischen Angelegenheiten sich bezieht, und sie hat schon von Seiten der Darstellung so große Vorzüge, daß Niemand sie ohne Interesse lesen wird. Von entschiedenem historischen Werth sind auch die aus Tauenziens Depeschen geschöpften Mittheilungen über die Absichten und Verhandlungen Preußens in Petersburg, denen ich selbst hier gefolgt bin. Nur von dem, was sich auf Oestreich und Thugut insbesondere bezieht, könnte ich nicht dasselbe sagen. Sybel hat hier in Ermangelung historischer Urkunden aus verschiedenartigen Combinationen ein weitumfassendes System zusammengefügt, das er Thugutsche Politik benennt, geistreich und interessant genug, aber ohne Bürgschaft, daß es sich begründen lasse, und, soweit ich urtheilen kann, selbst von Unrichtigkeiten und Widersprüchen nicht frei. Ich gehe aber nicht näher darauf ein, um nicht Conjecturen durch Conjecturen zu bestreiten. Denn mit Bestimmtheit kann man gar nicht angeben, welche Wege der östreichische Minister eingeschlagen hat, um Rußland für seine Ansprüche in Polen zu gewinnen. Der Briefwechsel zwischen ihm und Cobenzl ist noch nicht veröffentlicht, und gerade Tauenzien wurden die russisch-östreichischen Verhandlungen gewiß am strengsten verheimlicht. Nur mit großer Wahrscheinlichkeit läßt sich doch vermuthen, daß hauptsächlich ein Dreifaches ihm behülfflich geworden ist: vorerst das eigene Interesse Rußlands, welches keine der deutschen Mächte ausschließlich vergrößern, sondern wechselweise eine durch die andere in Unterordnung halten und auch in Polen beide mit ungefähr gleichen Kräften einander gegenüberstellen wollte; demnächst das Verfahren Preußens während des letzten Feldzugs am Rhein, der geringe Eifer gegen Frankreich, ja das deutliche Bestreben, des lästigen Krieges sich wo möglich ganz zu entledigen; endlich Thuguts Geneigtheit, die russischen Pläne gegen die Türkei sich gefallen zu lassen. Und daß für dies Entgegenkommen Rußland die östreichischen Ansprüche in Polen begünstigte, darin liegt wohl die einzige tatsächliche Wirkung der geheimen Deklaration, die man für ihre lange Verborgenheit jetzt gewissermaßen entschädigt, indem man

ihre Bedeutung weit überschätzt. Denn so bezeichnet sie Sybel, als ein tief eingreifendes, weltbewegendes Ereigniß, „welches die Geschichte Europas in neue, völlig ungeahnte Bahnen drängte und den Welttheil einer des Rechtes und der Freiheit beraubten Zukunft entgegenführen mußte“ (III, 272), er macht es Vivenot zum Vorwurf, wenn derselbe sich darüber „wundert, daß Sybel auf Grund dieses Vertrags, d. h. der Erwerbung Venetiens anstatt Belgiens, Thugut den Schöpfer der modernen Weltstellung Oestreichs nennt“ (Zeitschr. XV, 112), und findet dann auch in diesem „Offensivbündniß gegen Preußen, in welchem Oestreich die russische Waffenhülfe gegen die preußischen Ostprovinzen aufgeboten habe, den natürlichen Grund, der Preußen schon durch die Nothwehr zum Frieden mit Frankreich habe bringen müssen“ (Zeitschr. XV, 68. 114). Diese Auffassung erscheint mir unberechtigt. Zunächst bezeichnet der Ausdruck eines Offensivbündnisses nicht den eigentlichen Charakter des Vertrags. Eine Offensive, etwas das zu Feindseligkeiten gegen Preußen führen konnte, liegt in sofern darin, als hier Pläne gegen die Türkei, gegen Venedig und Baiern wieder aufgenommen wurden, von denen sich voraussehen ließ, daß sie Preußen sehr unwillkommen sein müßten, Pläne, denen sich Preußen wenig Jahre vorher mit den Waffen widersetzt und deren Ausführung es in Reichenbach verhindert hatte. Auf diesen Fall, daß Preußen der Ausführung des geheimen Abkommens sich entgegenstellen und einen der beiden Verbündeten angreifen könnte, ist aber auch die zugesagte Unterstützung beschränkt; sie ist wesentlich auf Vertheidigung berechnet. An einen Angriff auf preußisches Gebiet ist dabei gewiß nicht gedacht, und man weiß gar nicht, was man unter diesem „Aufbieten russischer Waffenhülfe gegen preußische Ostprovinzen“ sich vorstellen soll. Denn nach dem gleichzeitigen Theilungsvertrage sind ja Preußen sehr bedeutende Erwerbungen noch zgedacht, und selbst für die im Jahre 1793 erworbenen Provinzen wird wenigstens eine eventuelle Garantie versprochen. Daß Krakau, kaum seit einigen Monaten besetzt, als preußische Ostprovinz bezeichnet werden solle, ist nicht wohl anzunehmen,

aber selbst für diesen Fall wären die Ausdrücke nicht passend gewählt. Denn die Forderung Krakaus für Oestreich bedurfte gar keiner bewaffneten Unterstützung, sie war hinreichend gesichert durch den Umstand, daß der wichtigste Theil des von Preußen geforderten polnischen Gebietes sich in russischer Gewalt befand, und Rußland den Preußen Warschau nicht eher auslieferte, als Preußen Krakau in östreichische Hände gab. Daß es darüber, es sei denn im Falle eines Bündnisses zwischen Preußen und Frankreich, zu einem Kriege oder gar zu einem Angriff gegen Preußen kommen würde, war aller Wahrscheinlichkeit entgegen und wird deßhalb in der Uebereinkunft gar nicht in Erwägung gezogen.

Damit ist aber durchaus nicht gesagt, daß diese Deklaration an sich zu billigen sei, oder daß sie nicht einen hohen Grad von Mißwillen gegen Preußen voraussetze. Es charakterisirt nur zu deutlich die habgüchliche, gewissenlose Politik jener Zeit, wenn hier ohne den Schein eines Rechtes über fremde Länder und Völkerschaften verfügt wird, und es ist das traurigste Schauspiel, wenn die deutschen Mächte eine nach der anderen zur Förderung russischer Pläne gegen einander sich gebrauchen lassen. Wären die Bestimmungen in Berlin bekannt geworden, sie hätten gar wohl den baseler Frieden beschleunigen, vielleicht sogar zu einer engeren Verbindung mit Frankreich führen können. Aber dies ist nicht der Fall; kein preußischer Staatsmann hat, so viel bis jetzt sich ersehen läßt, von dieser geheimen Deklaration und ihrem Inhalt eine Ahnung gehabt; man ist deßhalb gar nicht berechtigt, sie unter den Gründen für den baseler Frieden in Anschlag zu bringen. Und hier muß ich wiederholen, daß mir die Bedeutung der Deklaration von Sybel weit überschätzt zu werden scheint. Denn dieser Vertrag, der angeblich Europa aus seinen Fugen gehoben hat, ist in der That gar nicht in Wirksamkeit getreten. Niemand hatte eine Ahnung von seiner Existenz, als er sechszig Jahre nach seiner Entstehung veröffentlicht wurde, auch hat er für kein einziges der bis jetzt bekannten Ereignisse eine bessere Erklärung gegeben, als man früher zu geben vermochte. Wahrhaft bedeutende Vorgänge pflegen aber nicht sechs Jahr-

zehnte verborgen zu bleiben, ohne daß irgend eine Wirkung hervorträte; schon diese eine Wahrnehmung hätte über den thatsächlichen Werth der Deklaration das Urtheil berichtigen können. Keine von ihren Bestimmungen ist zur Ausführung gelangt, nicht der gemeinsame Krieg gegen die Türken, nicht der bairisch-belgische Tausch, nicht die Waffenhülfe gegen Preußen; einzig die venetianischen Provinzen hat Oestreich allerdings erhalten, aber, wie man sehen wird, auf so völlig verschiedenem Wege, daß dieser Erwerb nur zum geringsten Theil auf die Deklaration sich zurückbeziehen läßt. Ich neige zu Vivenots Ansicht: wenn Thuguts Schöpferkraft für die neue Weltstellung Oestreichs keinen besseren Titel aufzuweisen hat, als diesen Vertrag, so ist sie nicht hoch anzuschlagen.

Neben dieser so weit überschätzten geheimen Deklaration hat aber der am selbigen Tage unterzeichnete Theilungsvertrag seine volle Bedeutung. Wie sich erwarten läßt, trat Preußen nach längeren Unterhandlungen am 24. October 1795 den Vorschlägen der Kaiserhöfe bei. Die Berichtigung der Gränze machte noch Schwierigkeiten, wurde aber endlich von einer preußischen und östreichischen Commission unter russischem Schiedsspruch in der Weise festgestellt, daß Preußen noch ein Stück im Westen des Palatinates Krakau erhielt, im Uebrigen die Bestimmungen des Entwurfs vom 3. Januar zur Ausführung kamen, ein Zustand, der so lange gedauert hat, bis durch den Tilziter Frieden von 1807 und den Wiener von 1809 die von Preußen und Oestreich erworbenen Gebiete beinahe insgesammt an das Großherzogthum Warschau und mit diesem 1815 an Rußland fielen.

Daß dieser Vertrag auch auf die Verhandlungen in Basel nicht ohne Einfluß geblieben sei, habe ich schon früher hervorgehoben. Der Wortlaut wurde freilich erst am 9. August 1795 in Berlin mitgetheilt<sup>1)</sup>, aber dies ist kein Grund, um mit Vivenot gegen Sybel zu bestreiten, daß er auf den Frieden vom 5. April

1) Vgl. die Depesche des Fürsten Reuß an Thugut vom 11. August 1795 bei Vivenot a. a. O. II, II, 268 und Sybel, Rev.-Zeit, III, 480.

eine Einwirkung geäußert habe; denn die Gesinnungen der Kaiserhöfe und den wesentlichen Inhalt hatte man schon aus der russischen Note vom 30. October 1794 kennen gelernt. Nur eine Nöthigung oder eine erhebliche Entschuldigung für Preußen kann ich nicht darin finden. Ich wiederhole, was Gesinnungen angeht, so hat von den beiden deutschen Staaten keiner dem anderen etwas vorzuwerfen; sieht man aber auf das, was geschehen ist, so waren auch bei dieser dritten Theilung die österreichischen Vorschläge noch nicht so verlezend für Preußen, als die preußischen für Oestreich. Oestreich war doch immer geneigt, dem Nebenbuhler einen sehr bedeutenden Antheil mit der Hauptstadt Warschau zuzuwenden, während nach Preußens Verlangen Oestreich wie bei der früheren Theilung wieder gar nichts bekommen sollte. Kein Staatsmann auf der Welt, und wenn er mehr als jeder andere den Namen des Trägen, des Guten oder des Einfältigen verdiente, hätte so etwas sich können gefallen lassen. Um es zu erkennen, braucht man nicht von „specifisch-österreichischem“ Standpunkt auszugehen, man muß nur Maß und Billigkeit nicht aus den Augen verlieren. Für den, der zweifeln könnte, führe ich ein einziges Zeugniß an. Das preußische Ministerium, nachdem es kurz vorher, am 18. November 1795, von dem Abschluß des Vertrages vom 24. October Kenntniß gegeben, schreibt darüber am 30. November an Lucchesini: Man müsse doch zugestehen, daß die österreichischen Ansprüche wirklich triftige Gründe der Billigkeit für sich hätten, *il faut convenir, que les prétensions de l'Autriche avaient par devers elles de puissants motifs d'équité.* Ich halte für überflüssig, einem Zeugnisse aus solchem Munde noch ein Wort hinzuzufügen.

### Siebentes Kapitel.

#### Die Unterhandlung des Ritters Carletti.

In dem vorigen Kapitel glaube ich gezeigt zu haben, welche Einwirkung man den polnischen Angelegenheiten auf den Abschluß des baseler Friedens zuzuschreiben berechtigt sei, und wie weit ein Vorwurf für Oestreich oder Preußen daraus erwachsen könne. Ich wende mich zu der zweiten Anklage, die auf Veranlassung dieses Vertrags gegen Oestreich erhoben und sogar als das eigentlich entscheidende Moment in Betracht gekommen ist. Den „schlechthin überragenden Punkt“, der Preußen zur Einigung mit Frankreich nöthigte, findet Sybel, wie schon bemerkt, „in dem völlig begründeten Argwohn des berliner Cabinets, daß, wenn Preußen sich wegen der Rheingränze mit Frankreich aufs Neue überworfen hätte, dann Oestreich keinen Augenblick zaudern würde, durch die Abtretung des linken Rheinufers sich die Freundschaft des Wohlfahrtsausschusses zu erkaufen.“ Man erinnert sich, daß schon zu Anfange des belgischen Feldzuges, als der angebliche Graf Montgaillard im kaiserlichen Hauptquartier sich einstellte, von verschiedenen Seiten ein ähnlicher Verdacht geäußert, und eben durch geheimes Einverständniß mit dem Feinde die freiwillige Räumung Belgiens später erklärt wurde. Aber nach einer Begründung würde man vergebens suchen. Selbst Caesar und das preußische Ministerium sprechen, wie wir sahen, aufs bestimmteste die Ansicht aus, daß man Montgaillards Eröffnungen gar keine Bedeutung beilegen dürfe. Im Herbst desselben Jahres verbreiten sich abermals Friedensgerüchte, aber wieder ohne jeden bestimmten Anhalt, und es muß in der That auffallen, daß man Anklagen von so außerordentlicher Tragweite, ohne irgend ein Zeugniß dafür anzu-

führen, mit solcher Bestimmtheit hat wiederholen mögen. Nicht einmal, daß ernste Verhandlungen angeknüpft seien, läßt sich mit Wahrscheinlichkeit behaupten, wie will man denn wissen, daß Oestreich das linke Rheinufer abzutreten geneigt war, und noch dazu für den Fall, daß Preußen mit Frankreich nicht zum Abschluß kam, also in der Coalition verblieb, also die bestberechtigte Hoffnung gab, man werde die verlorenen Gebiete zurückerobern?

Wenn aber der Argwohn nicht begründet war, so könnte doch das preußische Ministerium ihn gehegt, und darin einen Antrieb gefunden haben, durch beschleunigten Abschluß der Verhandlungen mit Frankreich dem Kaiser zuvorzukommen. Allein auch dies scheint mir entweder gar nicht, oder doch nur in sehr beschränktem Maße der Fall zu sein. Wenigstens der Depeschenwechsel mit Lucchesini, der doch die Stimmungen des Ministeriums ziemlich deutlich wieder spiegelt, bringt diesen Eindruck nicht hervor. Es werden von Zeit zu Zeit Friedensgerüchte erwähnt, wie denn auch der Kaiser und Thugut keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, Lucchesini gegenüber in den herkömmlichen Ausdrücken ihre Friedensliebe zu betheuern; aber daß man in Berlin eine rasche Einigung zwischen dem Kaiser und der Republik erwartet, oder auf Gerüchte dieser Art einen bedeutenden Werth gelegt hätte, dafür wüßte ich mich aus der Zeit vor dem baseler Frieden keines Zeugnisses zu erinnern. Noch weniger glaubte man, Oestreich wolle das linke Rheinufer aufgeben. Am 30. November 1794, gerade als über die Sendung des Grafen Goltz nach Basel die entscheidenden Beschlüsse erfolgten, wird einmal Lucchesini gegenüber die Befürchtung ausgesprochen, Thugut könne, wenn er von den preußischen Verhandlungen erfahre, den Versuch machen, ihnen zuvorzukommen. Diese Vermuthung liegt in der Natur der Verhältnisse begründet und soll nicht einmal einen Tadel enthalten; denn nicht wenn der Kaiser den bestimmten Wünschen des Reichstags gemäß einen Frieden vermittelte, sondern wenn er einen für Deutschland ungünstigen Separatfrieden schloß, konnte man ihm einen Vorwurf machen. Von diesem Gedanken, und insbesondere von dem Glauben, daß Oestreich die Rheinlande aufgeben würde, ist aber die Depesche

auch weit entfernt. Denn als sehr beachtenswerth und aus bester Quelle läßt sie die Nachricht folgen, ein Mitglied der gemäßigten Partei im französischen Convent habe sich gerühmt, man könne mit dem Kaiser Frieden schließen, wenn man ihm — nicht etwa Baiern gegen die Rheinlande, sondern die belgischen Niederlande zurückgebe, und zwar in der Weise, daß er an die lästigen Bestimmungen der früheren Landesverfassung künftig nicht mehr gebunden sei.

Dagegen verbreitete sich nicht vor, aber kurz nach dem Abschluß des baseler Friedens ein Gerücht, welches, wenn es sich bestätigte, die österreichische Politik in einem so grellen und zugleich so unvortheilhaften Lichte erscheinen ließe, daß danach sogar der schwärzeste Argwohn auch gegenüber der früheren Zeit sich rechtfertigen möchte. Ich meine das Gerücht über die Verhandlungen des Ritters Carletti. Sybel hat den Schrei der Entrüstung, den es in einem großen Theile Deutschlands hervorrief, in seinem Buche wiederhallen lassen, er fand darin die entschiedenste Bestätigung seiner Ansichten über das Wiener Cabinet, oder wenn wir einen neueren Ausdruck uns gestatten dürfen, gewissermaßen die Krönung des Gebäudes, das er als den Inbegriff Thugutscher Politik vor unsern Augen aufgerichtet hat. Ich theile den Verlauf dieser Angelegenheit, denn es wäre nicht leicht, ihn besser zu erzählen, vorerst wie Sybel ihn darstellt, und soweit als möglich mit seinen eigenen Worten hier mit.

Schon bei der Erörterung der geheimen Deklaration vom 3. Januar 1795, wo er die Absichten Thuguts, seine Verbindung mit Rußland und England, seine umfassenden Pläne gegen Polen, die Türkei, Italien und Deutschland auseinandersetzt, läßt er (III, 277) die Bemerkung einfließen: durch das Offensivbündniß gegen Preußen habe Thugut seine Aufgabe mit Nichten für gelöst erachtet, sondern auch jetzt noch inmitten der Beschlüsse fortgesetzten Krieges eine gewisse Beziehung zu Frankreich festzuhalten versucht, um vermöge derselben den aufkeimenden preussischen Einfluß in Paris zu überwachen und ihn eintretenden Falles sogar mit plötzlicher Schwenkung zu überflügeln. Für die deutschen Reichssachen habe man in der von Thugut gelenkten Staatskanzlei

nicht das mindeste Interesse gehabt. Thugut wohl wissend, daß in Paris der Gedanke an das linke Rheinufer lebendig sei, habe gegen die Abtretung desselben und des längst aufgegebenen Belgiens von Frankreich die größten Gegendienste, vielleicht den unumwundenen Beitritt zu dem System der Kaiserhöfe, die Zustimmung zur österreichischen Beherrschung Italiens, zur russischen Ausdehnung an der Donau erwarten dürfen.

An einer späteren Stelle (III, 402) wird dann gezeigt, wie nach den Aufständen der Jakobiner im Frühling 1795 die gemäßigte Partei des Convents jede Politik der Eroberungen verworfen habe, mit so heftigem und zweifellosem Nachdrucke, daß Hardenberg bei der Unterhandlung in Basel, wenige Wochen nachdem er das linke Rheinufer so gut wie abgetreten, auf einen Reichsfrieden fast ohne Einbuße am Reichsgebiete habe hoffen dürfen. Dieser gemäßigten Partei sei aber eine andere, darunter Sieyès, Rewbell und Tallien, mit der kriegerischen Tendenz gegenüber gestanden, Frankreich von allen Seiten mit Tochterrepubliken zu umgeben und dadurch zur leitenden Macht des Welttheils zu machen. Sie habe für diese Neigungen gerade um die Zeit des baseler Friedens von unerwarteter Seite her einen gewaltigen Stoff bekommen. Der Herzog von Toskana — heißt es weiter — hatte schon seit dem November 1794 den Ritter Carletti zu einer Friedensunterhandlung nach Paris geschickt. Nachdem der Friede am 9. Februar 1795 zu Stande gekommen war, blieb Carletti als toskanischer Minister in der französischen Hauptstadt, gab den einflußreichen Mitgliedern der Ausschüsse kostbare Schmausereien und knüpfte seine Fäden bei den Führern aller Parteien an. Zunächst suchte er der preußischen Unterhandlung entgegen zu wirken, machte nach dem baseler Frieden die Andeutung, daß es für Frankreich viel bessere Möglichkeiten gebe, und sprach endlich das inhaltschwere Wort aus, daß Oestreich zu einem sofortigen Friedensschlusse mit der Republik auf definitive Abtretung Belgiens und des linken Rheinufers bereit sei, wenn Frankreich ihm dafür zu dem Besitze Baierns ver helfe. Er sagte zwar nicht, daß er einen förmlichen Auftrag der österreichischen Regierung habe, wußte aber

doch den französischen Staatsmännern jeglichen Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit zu nehmen; alle ohne Ausnahme waren überzeugt, daß sie in jedem Augenblick gegen die Ueberlassung Baierns an Oestreich den Frieden und das linke Rheinufer vom Kaiser erhalten könnten.

In Paris — fährt Sybel fort (III, 408)— machten Carlettis Eröffnungen, wie man denken kann, einen nicht geringen Eindruck. Die revolutionären Fractionen empfingen sie mit lebhafter Befriedigung; sie sahen darin die Zusicherung einer stattlichen Kriegsbeute, den Untergang der drei ersten Kurfürstenthümer, das unrettbare Zusammenbrechen der deutschen Reichsverfassung, und bei solchem Umsturze den erwünschten Anlaß zur Verbreitung des revolutionären Einflusses. Auf das tiefste war dagegen die gemäßigte Partei betroffen, deren Friedensprogramm mit dem Verzicht auf die Eroberungspolitik jetzt nicht mehr möglich war. Ihre Ansichten schwankten, vornehmlich kam es ihnen darauf an, den Umsturz des deutschen Reiches, die Verewigung einer schrankenlosen Revolutionspolitik und die Fortsetzung des verderblichen Kriegsstandes zu verhüten. Zu diesen Ansichten bekannte sich damals Merlin von Thionville, der seit der Vertheidigung von Mainz ein unbestrittenes Ansehen in allen Anlegenheiten der Rheinlande genoß. Mitte Mai war er als Conventscommissar in Pichegrus Hauptquartier am Oberrhein, als ihn sein Namensvetter Merlin von Douai, damals Mitglied des Wohlfahrtsausschusses, zu einem Gutachten aufforderte, ob er die Besiznahme der Rheinlinie für Frankreich nützlich halte oder nicht. Merlin von Thionville antwortete umgehend, die Entscheidung hänge von dem Standpunkt ab, den man bei der Frage nehme. Gehe man von dem Bilde der bisherigen Siege aus, so sei offenbar zu ihrer Ausnützung der beste Weg, eine Unterhandlung mit dem Kaiser zu eröffnen und seine Zustimmung zur Einverleibung Belgiens und der Rheinlande dadurch zu gewinnen, daß man ihm Baiern überlasse. Erwinnere man sich aber der Geldnoth Frankreichs, der Entblößung der Armeen, des Haders der Parteien, so scheine ein möglichst rascher Friedensschluß geboten, möge man dafür vom

deutschen Reiche die Maaslinie erwarten oder selbst mit Frankreich sicherer Größe innerhalb der alten Gränzen sich begnügen. Er selbst halte die letztere Meinung für die einzig heilsame.

„In dieser Stimmung entschloß sich der unruhige Deputirte zu einem eigenmächtigen Schritt. Hardenberg war noch in Basel und stellte dort am 17. Mai mit Barthelemy die norddeutsche Demarkationslinie fest. Am Tage nach der Unterzeichnung speiste der preußische Minister mit Barthelemy und Bacher in Hünningen bei Merlin und Pichegru zu Mittag. Nach Tische eröffnete ihm Merlin, Carletti setze in Paris alles für einen österreichisch-französischen Frieden auf der angegebenen Grundlage in Bewegung, die Sache sei schon so weit gediehen, daß Pichegru Befehl erhalten habe, alle Feindseligkeiten gegen Oestreich aufzuschieben. Barthelemy vermied eine bestimmte Erklärung zu geben, Pichegru aber bestätigte die Mittheilung in ihrem vollen Umfange, und Merlin schloß mit der Aufforderung, daß Hardenberg die deutschen Reichsstände vor Oestreichs Ehrgeize warnen möge.“

„Wie sich versteht war Hardenberg über eine so bestimmte Enthüllung nicht wenig betroffen. Daß er selbst nach Paris ging, war unmöglich; er beschloß also im Einverständniß mit Barthelemy, einen seiner Beamten, den Legationsrath Gerbinus, hinzusenden, selbst aber ohne Zaudern nach Berlin zu eilen, um persönlich dem Könige Bericht zu erstatten. In Mannheim sprach er den Herzog Max Joseph von Zweibrücken, theilte diesem in fliegender Hast die schwere Neuigkeit mit, und bat ihn, seinen Vetter, den Kurfürsten Karl Theodor, unter der Hand davon in Kenntniß zu setzen. Des Herzogs Geschäftsträger, Abbé Salabert, that das in einer amtlichen ministeriellen Note, welche von der bairischen Regierung sogleich nach Regensburg an ihren Reichstagsgesandten weiter gegeben wurde. So kam sie unter die Augen des dortigen kaiserlichen Botschafters, und kaum hatte Hardenberg in Berlin seine Nachricht vorgelegt, so lief auch ein österreichisches Rundschreiben an alle deutschen Höfe ein, welches die ganze Erzählung für eine verrückte und kindische Fabel erklärte, deren weitere Verbreitung eine beleidigende Verläumdung für den Kaiser sein würde. Oestreich habe nie an eine

Unterhandlung mit Frankreich und am wenigsten durch den Kanal des sogenannten Grafen Carletti gedacht.“

Diesen Vorlagen gegenüber — fährt Sybel fort — habe die preußische Regierung zunächst die schwere Frage prüfen müssen, ob Thuguts oder Merlins Wahrhaftigkeit für die bessere und bewährtere zu achten sei. Haugwitz sei einen Augenblick der Meinung gewesen, Merlin habe nur durch eine kecke Lüge Preußen in ein feindliches und offensives System gegen Oestreich hineinschwagen wollen; seine officielle Antwort auf das östreichische Rundschreiben habe in diesem Sinne die Versicherung ausgesprochen, daß Hardenberg nur unbestimmte Gerüchte jener Art vernommen und lediglich als solche gegen wenige Personen wiederholt habe. Allein die Berichte Harniers aus Basel und Gerwinus' aus Paris haben nur zu deutlich gezeigt, daß es sich um Schwereres handle. In einer Unterredung mit Gerwinus am 29. Mai sei Sieyes sehr herb und schneidend aufgetreten, und habe unbedingt die Rheingrenze gefordert. Auch der gemäßigte Boissy d'Anglas habe so wenig wie Sieyes die Existenz der östreichischen Unterhandlung mit einer Silbe in Abrede gestellt, sondern im Gegentheile, indem er Gerwinus zu beruhigen suchte, geäußert, sie mache nur geringe Fortschritte. Im Allgemeinen sei Gerwinus zu der Ueberzeugung gekommen, daß Carletti zwar ohne förmlichen Auftrag, immer aber in Thuguts Sinne gehandelt habe, daß die französische Regierung im Augenblick sich noch nicht aussprechen wolle, und daß man mit einiger Festigkeit das Rheinufer wenigstens zum größeren Theil zurückgewinnen könne.

„Man sieht jetzt,“ — so schließt Sybel seine Auseinandersetzung — „was der Ausgang des Pariser Partekampfes für Europa bedeutete. Auf der einen Seite die Möglichkeit, im Wesentlichen den bisherigen Zustand zu erhalten und vor Allem Deutschland nach dem Wunsche Preußens mit sehr geringen Opfern zum Frieden zu bringen, auf der andern eine durch und durch gewitterschwangere Atmosphäre, Veränderung der Besitzverhältnisse in Italien, Einbuße der Rheinlande an Frankreich, völlige Umwälzung des deutschen Reichs, und in der Ferne der Gedanke an

russische Herrschaft bis zur Oder, österreichische Allmacht im Reste des Reiches, ländergierige Entwürfe auf die Lande der Etsch und der niederen Donau.“

Ich habe mir nicht versagen dürfen, aus Sybels eingehender Darstellung diesen Auszug mitzutheilen. In unserer historischen Litteratur gibt es gewiß nicht viele Beispiele, daß so verschiedenartige Vermuthungen in so geistreicher Weise vereinigt und zu einem bestimmten Ziele geführt wären. Denn wie Tiefe sich ein Ergebniß finden, so vollkommen als dieses geeignet, die absolute und relative Nichtswürdigkeit der österreichischen Politik und Thuguts insbesondere in das schärfste Licht zu stellen? In demselben Augenblick, in welchem er mit Rußland und England ein Bündniß abgeschlossen hat, betrügt er beide durch eine Einigung mit Frankreich, deren Zweck ihnen aufs Aeußerste zuwider sein mußte. Er verräth Preußen, mit welchem auch nach dem baseler Frieden doch immer wenigstens die Form eines Bündnisses besteht, er gibt Deutschland, das er durch die heiligsten Verträge zu schützen verpflichtet ist, im Westen und Osten, hier den Franzosen, dort den Russen preis. In der That, Sybel ist nach allem diesem wohl berechtigt, am Schlusse seines Werkes gewissermaßen das Ergebniß seiner Untersuchungen in die Worte zusammen zu fassen, daß die Wiener Politik nicht besser als die Pariser und die Petersburger gewesen sei. Nicht allein nicht besser, noch weit schlechter hätte er sie nennen dürfen, insofern sie mit der Schlechtigkeit den Fehler, der dem Staatsmann nicht geringer angerechnet werden muß, die äußerste Thorheit und Wankelmüthigkeit verbindet.

Glänzend ist dies Ergebniß gewiß, es fragt sich nur, ob es eben so sicher sei. Ich halte meine Ansicht noch zurück, der Leser mag aus den Quellen, wie ich sie vorführe, sich ein eigenes Urtheil über den Inhalt der Sybelschen Erzählung bilden. Doch sollte es mich nicht wundern, wenn sie selbst schon einigen Zweifel wach gerufen hätte. Denn fragt man nach den Zeugnissen für diese Carlettische Unterhandlung, so sind sie doch beinahe einzig in den Aussagen Merlins bei dem Gastmahl in Hünningen zu suchen. Eine Mittheilung dieser Art findet sich schon in den Memoiren,

welche in Frankreich bis auf diesen Tag, freilich ohne alle Berechtigung dem Fürsten Hardenberg zugeschrieben werden<sup>1)</sup>, aber vermischet mit ungenauen und offenbar unrichtigen Angaben, aus denen man erkennt, daß der Erzähler das, worauf es eigentlich ankam, gar nicht begriffen hat. In dieser Form ist sie dann im Wesentlichen in Hormayrs Lebensbilder (III, 143), danach in viele andere Bücher übergegangen. Sybel lag offenbar ein genauerer, der Wahrheit mehr entsprechender Bericht, vermuthlich von Hardenberg vor, obgleich er in seiner Darstellung noch einen oder anderen Zug der ersten Schilderung des sogenannten *homme d'état* entlehnt zu haben scheint. So hätte man aber doch immer nur einen Bericht dritter Hand. Hardenberg erzählt, daß Merlin ihm erzählt habe, Carletti habe in Paris erzählt, was Thugut ihm aufgetragen habe. Auf einem so weiten Umwege konnten einer Mittheilung leicht mancherlei Zusätze sich beimischen. Ein vorsichtiger Schriftsteller möchte sogar gegen die Zuverlässigkeit aller drei Erzähler sich einen Zweifel erlauben. Sehen wir einstweilen von Hardenberg und Carletti ab; aber unmöglich kann man sich verhehlen, daß Merlin, der Hauptzeuge äußerst verdächtig ist. Man weiß, der eifrigste Wunsch der

1) Vgl. *Mémoires tirés des papiers d'un homme d'état*, Paris 1831, III, 178. Ueber die Verfasser und die Entstehung dieses Buches denke ich zu anderer Zeit Auskunft zu geben. Es ist in sofern von Bedeutung, als es in Frankreich für die deutschen Verhältnisse noch immer als die beinahe einzige Quelle benutzt und durchgängig, auch noch von L. Blanc, als eine Aufzeichnung des Fürsten Hardenberg angesehen wird, obgleich der preussische Ministerialrath Schöll bereits bei der Ankündigung nicht nur in Deutschland, sondern am 15. Juli 1827 auch in französischen Blättern die Erklärung veröffentlichte, die ächten, in deutscher Sprache verfaßten Denkwürdigkeiten Hardenbergs befänden sich im Besitz des Königs, an dem französischen Werke sei der Fürst durchaus unbetheiligt. Zum bei Weitem größeren Theile erweist es sich denn auch als eine umfangreiche, nicht einmal geschickte Compilation aus sehr bekannten Werken, z. B. Bertrand de Moleville, Fain, der *Correspondance inédite*, Bourrienne, wie für die beiden ersten Bände schon Ranke (*Histor. polit. Zeitschrift*, II, 52, Berlin, 1833) dargethan hat.

Franzosen ging dahin, Preußen und Oestreich gegen einander aufzubringen und dann den König zu einem Bündniß mit Frankreich zu bewegen. Es war ihnen nicht verborgen, daß man in Berlin nichts so sehr als die Vereinigung Baierns mit Oestreich fürchtete, daß also, um Preußen den französischen Forderungen gefügig zu machen, kein wirksameres Mittel zu finden sei, als die Besorgniß, Frankreich würde, wenn der König weigerlich bliebe, mit dem Kaiser sich einigen und ihm zur Besitzergreifung von Baiern behülflich sein. Es ist kein zu bösertiger Argwohn, wenn wir annehmen, ein französischer Repräsentant im Jahre 1795 habe für einen so patriotischen Zweck sich eine Unwahrheit erlaubt. Und diese Annahme wird für den beinahe zur Gewißheit, der die späteren Verhandlungen zwischen Preußen und dem Directorium in den Depeschen des preußischen Gesandten in Paris, Freiherrn von Sandoz-Rollin vor Augen hat. Ich werde diese Verhandlungen noch eingehender mittheilen, vorerst bemerke ich nur, daß die Drohung, der Kaiser solle Baiern erhalten, nicht etwa Einmal oder Zehnmal vorkommt, sondern unaufhörlich, bei jeder Gelegenheit, wo man Preußen zu einem Schritt bewegen oder ihm eine Unzufriedenheit bezeigen will, sich wiederholt. Wenige Depeschen Sandoz' gibt es, die nicht von dieser Drohung Zeugniß geben, zu einer Zeit, wo sich mit voller Sicherheit nachweisen läßt, daß weder von östreichischer noch französischer Seite an ein solches Anerbieten im Ernste auch nur gedacht wurde. Männer aller Parteien stimmen in diesem Verfahren überein; alle wissen, daß dieses Mittel das wirksamste ist, und selbst die best beläumdeten nehmen keinen Anstand, sich desselben zu bedienen.

Ich wiederhole, wer den Briefwechsel des Herrn von Sandoz kennt, wird auf eine derartige Mittheilung von Seiten Merlins, wenn sie nicht auch anders bezeugt ist, nicht den geringsten Werth legen können. Indessen es gibt noch ein besseres Mittel, sich über die Bedeutung jener Vorgänge in Hünningen ein richtiges Urtheil zu bilden. Im Jahre 1860 hat ein Verwandter Merlins mit einer Lebensbeschreibung die wichtigeren in seinem

Nachlaß gefundenen Briefe veröffentlicht, eine Sammlung auch für Deutschland von unschätzbarem Werthe, weil sie, so weit mir bekannt, die erste und einzige ist, aus welcher man deutlich erkennt, wie die leitenden Persönlichkeiten des Conventes über die deutschen Angelegenheiten gedacht und in vertrauten Briefen sich ausgesprochen haben<sup>1)</sup>. Ueber die baseler Verhandlungen erhalten wir mancherlei neue Mittheilungen, insbesondere über jene Mahlzeit in Hünningen sind jetzt alle einzelnen Umstände uns bekannt, wir wissen sogar, daß die Kosten für den bei diesem grand repas konsumirten Kaffee und Liqueur im Wirthshaus zum Raben auf 320 Livres in Assignaten oder 19 Franks in klingender Münze sich belaufen haben. Danach ist nun die Anregung zu dieser Zusammenkunft nicht sowohl von französischer Seite als von Hardenberg gegeben, wahrscheinlich gerade in der Absicht, etwas über die bairischen Projekte zu erfahren, die nicht weniger in Berlin, als im Hauptquartier zu Frankfurt, als auch bei der Gesandtschaft in Basel große Besorgniß erregten. Hardenberg lud zuerst durch Vermittlung Bachers Merlin und Pichegru am 17. Mai zum Mittagessen nach Basel ein. Beide lehnten ab, weil sie nur nach dem allgemeinen Frieden oder an der Spitze eines Heeres das Gebiet der Republik verlassen könnten. Nun entschloß sich Hardenberg, sie selbst in Hünningen aufzusuchen. „Der preussische Minister,“ schreibt Bacher am 17. Mai (S. 193) an Merlin, „hegt das lebhafteste Verlangen, Ihre Bekanntschaft zu machen. Da er Sie nicht bewegen konnte, seine Einladung anzunehmen, so beabsichtigt er, sich morgen auf den Weg zu machen, um mit Ihnen und Pichegru zu fraternisiren.“ Einige Gesandte der kleineren Höfe, welche damals in Basel Frieden und Gunst von Frankreich nachsuchten, schlossen sich ihm an. „Vorgestern gegen zwei Uhr,“ schreibt Merlin am 20. Mai (S. 193), „kamen Barthelemy, Bacher, Herr von Hardenberg, Herr Keppeler<sup>2)</sup>, ein Minister von

1) Vgl. Vie et correspondance de Merlin de Thionville par Jean Reynaud, Paris, 1860.

2) Ein Agent des Landgrafen von Hessen-Darmstadt.

Hessen-Kassel, ein anderer von Württemberg und einige Sekretäre hier an. Herr von Hardenberg hat mich eine Ausfertigung der neuen Uebereinkunft [über die Demarkationslinie] anzunehmen, und sprach während des ganzen Mittagessens von nichts anderem als von dem Schutze, welchen Frankreich im Verein mit seinem Herrn dem Reiche zu gewähren habe, und wie wir uns hüten müßten, den Kaiser Baiern nehmen zu lassen. Ich sagte ihm statt aller Antwort, ich sei nichts als Soldat, ein Feind mehr oder weniger habe uns nicht gekümmert, einzig meine Regierung könne über seine Bemerkungen die Entscheidung treffen. Die Abgesandten der Prinzen von Hessen schienen sehr froh zu sein, mit heiler Haut davon zu kommen. Ich habe sie gefragt, ob ihre Contingente zurückgezogen wären, sie antworteten: allerdings, es gebe kein hessisches Contingent mehr in der kaiserlichen Armee. Sie vereinigten sich mit Herrn von Hardenberg, mich zu überreden, es sei Sache der Republik, sich mit ihnen zu verbünden, dem Reiche den Frieden zu geben, und den Absichten des Kaisers auf Baiern sich zu widersetzen.“ Man muß bei diesem Briefe die Ruhmredigkeit Merlins wohl in Anschlag bringen, nur das scheint nach allem, was vorherging, nicht wohl zu bezweifeln, daß die Anregung des Gespräches über Baiern wenigstens ebenso sehr von Hardenberg als von Merlin ausgegangen ist. Aber ganz gewiß wird dieser ihn nach besten Kräften in seinem Argwohn gegen Oestreich bestärkt haben; denn wie er selbst über jene Angelegenheit dachte, darüber geben seine Briefe die deutlichste Auskunft. Sie sind für den Deutschen zu belehrend, als daß ich nicht Einiges daraus mittheilen sollte.

Schon am 21. November 1794, als die Verhandlungen mit Preußen erst auf geheimen Wegen durch den Kreuznacher Schmerz zwischen Merlin und dem General Kalkreuth betrieben wurden, schreibt er an den Ausschuß (S. 119): „Unser Princip muß sein, daß die Wölfe sich unter einander verschlingen (que les loups se dévorent entre eux). Um sie aber dahin zu bringen, daß sie uns noch um Erlaubniß bitten, sich zu zerreißen, muß man, denke ich, Preußen nöthigen, den letzten Mann von der verbün-

deten Armee zurückzuziehen. Von der anderen Seite habt Ihr auch nicht unterlassen, dem Kaiser den Puls zu fühlen. Man behauptet hier, aus Enttäuschung über das Benehmen der Preußen im letzten Feldzuge seien seine Rätthe nicht abgeneigt, einen besondern Frieden mit Euch abzuschließen. Der Kaiser hat wenig Schaden, wenn er uns das linke Rheinufer überläßt. Mit Ausnahme des Kurfürsten von Baiern werden nur die Bischöfe verlieren. Würde nicht dem Kaiser der Vorwand willkommen sein, dem Kurfürsten Baiern abzunehmen, das doch der Gegenstand aller Wünsche des Wiener Kabinettes ist? Mich dünkt wir müssen den Frieden auf Kosten aller unserer Feinde machen, aber vornehmlich auf Kosten der schwächeren, denn durch diese gelangt man dann an die stärkeren."

"Es gilt hier für sicher," schreibt er am 4. December (S. 127), „daß Preußen einen Separatfrieden zwischen Rußland und Oestreich sowie zwischen Oestreich und Frankreich fürchtet, daß Oestreich der französischen Republik Brabant überlassen, das Reich preisgeben, und durch Besiznahme Baierns sich abrunden wird. Mag dies seine Absicht sein oder nicht, immer ist es gut, daß Preußen es fürchte, und sich durch diese Furcht zu einem Separatfrieden bringen lasse. Ihr wollt doch, wie ich denke, die Rheingränze behalten? Ein Separatfriede auf diese Bedingung hin wird mehr für uns thun, als eine Armee. Dahin können wir aber Einen der gegen uns verbündeten Despoten nur dadurch führen, daß wir ihn mit den Anderen entzweien; das muß Euer Plan sein. Oestreich begehrt Baiern und fürchtet, daß Preußen diesem Entwurfe entgegen sei. Will Oestreich einen Separatfrieden eingehen, so muß man ihm schmeicheln, man werde keinen Frieden mit Preußen machen, sondern alle seine Kräfte beschäftigen, während Oestreich Baiern nehme. Will man sich mit dem Preußen vertragen, so muß man ihm versprechen, Oestreich in Athem zu halten, während er sich des Restes von Schlesien bemächtigt. In jeder Weise bleibt der Rhein uns gesichert.“ „Du machst Deine Sache vortreflich“, antwortet Merlin von Douai am 9. December im Namen des Ausschusses (S. 136). „Aus unserer Depesche siehst Du, wie weit wir

mit Preußen sind; es ist wesentlich, daß wir fortfahren, ihm begreiflich zu machen, wir haben nur zwischen ihm und Oestreich zu wählen, und eins von beiden werde ganz gewiß zu Grunde gehen. Das ist ein vortreffliches Mittel, bald zu Ende zu kommen."

Die Stimmung, wie sie hier hervortritt, blieb durchaus unverändert, als Preußen in dem baseler Vertrag einen der lebhaftesten Wünsche Frankreichs erfüllt hatte, aber sich doch längst nicht so weit gegen den Kaiser fortreißen ließ, als die Franzosen verlangten, insbesondere ein Bündniß und sogar die definitive Abtretung des linken Rheinufers beharrlich verweigerte. Preußen hoffte noch immer, durch Unterhandlungen die französischen Ansprüche auf Belgien oder die Maaslinie beschränken zu können. Dies erkennt man auch aus zwei Berichten Barthelemy's über seine Unterredungen mit Hardenberg. „Die Preußen,“ schreibt er dem Ausschuß am 26. April (S. 177), „hören nicht auf uns zu wiederholen, daß der allgemeine Friede mit dem Reiche in unserer Hand liegt, wenn wir nur die Rheinlinie großmüthig opfern wollen. Sie zweifeln nicht, bei der bloßen Ankündigung eines solchen Verzichtes werde ganz Deutschland die Waffen niederlegen, während die Behauptung dieser Linie endlose Schwierigkeiten herbeiführen müsse. Ich sage ihnen, daß die allgemeine Ermüdung der Deutschen unseren Entwürfen und der Macht unserer Waffen vortrefflich zu statten kommt. Sie antworten, wenn nur die Ermüdung den ersehnten Frieden herbeiführe, so würden wir den Keim neuer Kriege vorbereiten.“ „Herr von Hardenberg“, schreibt er drei Tage später (S. 179), „glaubt zu wissen, daß der Kaiser und die Kaiserin bei der Nachricht von dem preußischen Frieden Freude bezeugt haben. Die Kaiserin habe sogar in die Hände geklatscht und bravo gerufen; er glaubt nichts desto weniger, das Wiener Kabinet werde seinen ehrgeizigen Grundsätzen getreu nichts vernachlässigen, um den Fürsten des Reiches über Wirkung und Folgen des Friedens eine falsche Ansicht beizubringen. Ich konnte ihm antworten: da er eine Verlängerung des Krieges von Seiten Oestreichs voraussehe, so liege darin ein Grund mehr für den König von Preußen, sich um so enger an uns anzuschließen; er

könne dann überzeugt sein, den Krieg im Reiche alsbald zu beendigen und sich einen unermesslichen Einfluß auf Kosten des Hauses Oestreich zu verschaffen. Herr von Hardenberg hat mir geantwortet, der König von Preußen sei, um dem Kriege ein Ende zu machen, bereit, alle dahin zielenden Maßregeln mit uns zu vereinbaren und auf alle unsere Vorschläge einzugehen, nur dürften sie nicht offensiver Natur sein. „Der Wohlfahrtsausschuß“, fügte er bei, „muß selbst fühlen, daß Preußen anständiger Weise keine feindseligen Maßregeln gegen andere Mächte eingehen kann, mit denen es leider noch vor Kurzem und sehr gegen sein Interesse gemeinschaftliche Sache machte. Etwas anderes wäre es, wenn in Folge des Friedens vom 5. April der König von Preußen selbst angegriffen und beunruhigt werden sollte, etwa durch ein Bündniß zwischen den Höfen von Wien, Petersburg und London.“ „Ich bemerke“, setzt Barthelemy hinzu, „daß Herr von Hardenberg über die Absichten Oestreichs unruhig ist; er weiß, daß es Alles aufbieten wird, um sich Bayern und einen Theil Polens anzueignen. Ich denke, die polnischen Ereignisse und vorzüglich Oestreichs Entwürfe auf Baiern werden das Berliner Cabinet dahin bringen, sich enger mit uns zu verbinden.“ Diese beiden Depeschen nebst einigen Briefen mit ähnlichen Vorschlägen, welche, wie es scheint, von preußischer Seite kurz vorher aus Regensburg nach Paris gekommen waren, schickt der Wohlfahrtsausschuß am 8. Mai an Merlin (S. 175), hauptsächlich um seine Ansicht über die Besitznahme und den Werth des linken Rheinufers zu erfahren. Es ist sehr merkwürdig, daß dieser Mann, so entschieden er sich auch früher für die Erwerbung ausgesprochen hat, jetzt doch in seinem Urtheile bedenklich wird. Er antwortet am 12. Mai (S. 182). Zuerst behandelt er die Frage, ausgehend von der allgemeinen Lage Europas und unter der Voraussetzung, daß Frankreich die zum Kriege nöthigen Mittel besitze. Preußen, meint er, hat von Anfang der Verhandlungen dahin gestrebt, sich zum Protektor des Reiches zu erheben. Jetzt will der König seinen Ruhm und seine Macht sichern und der Friedensstifter Europas werden. Sollen wir ihm diese stolze Rolle überlassen,

gebührt sie nicht uns ganz allein? Ich sage offen, wir müssen mit Oestreich Frieden machen, ihm versprechen, es bei der Eroberung Baierns nicht zu beunruhigen, wenn wir dagegen die Niederlande und das linke Rheinufer erhalten. Diese Unterhandlung darf aber nicht durch unsere baseler Gesandten geführt werden; keiner von ihnen hat den Willen, die Fackel der Zwietracht in das Reich zu schleudern, und das ist doch gerade, worin unser größter Vortheil liegt. Was kümmern uns die Kurfürsten, die Preußen so eifrig beschützt? Es ist der Kaiser, der viel von uns zu fordern hat, denn wir haben ihm viel genommen. Bezahlen wir ihn also, wenn es möglich ist. Aber der Preuße darf nichts von dieser Unterhandlung erfahren, wenigstens nicht eher, als nach Abschluß des Vertrages. Dann ist der Krieg zwischen ihnen unvermeidlich und wir haben den Frieden. Ein anderer Weg, setzt er hinzu, wäre, sich mit Preußen, Baiern und Hessen gegen den Kaiser zu einigen, und in Verbindung mit ihnen die östreichischen Heere an die Donau zurückzuwerfen. Aber davon verspricht er sich weniger Vortheile und größere Kosten; „in der Politik“, sagt er, „muß man immer den Schwächeren verlassen und sich mit dem Mächtigeren verbinden.“ Er kommt darauf zurück: man muß die Armee verstärken, und den Rhein überschreiten, ferner „Oestreich sondiren und mit ihm wegen Baiern Verhandlungen anknüpfen; dabei könnte vielleicht der toskanische Gesandte sehr nützlich sein. Gibt der Kaiser seine Einwilligung, so verhandelt man mit ihm ganz ohne Rücksicht auf Preußen oder auf das Reich, denn wir erhalten in diesem Falle die Niederlande und das linke Rheinufer.“

Merkwürdig ist nun aber, was er nach allem diesem und nach dem, was er früher über die Frage geäußert, als seine Privatmeinung zu erkennen gibt: „Wir eilen von Unruhe zu Unruhe,“ schreibt er, „wir unterliegen so zu sagen unter dem Gewicht unserer eigenen Siege. Gingeschlossen in Frankreich leiden wir an Allem Mangel, unser Handel ist vernichtet, die Assignaten werthlos, unsere Hülfquellen beinahe erschöpft. Wir haben weder Verfas-

fung noch Regierung, der Royalismus richtet sich empor, der Fanatismus zündet seine Fackeln wieder an, die Verräther, die ihr Vaterland verließen, schöpfen wieder Hoffnung, und doch liegt Europa zu unseren Füßen. Die Welt verlangt nach Frieden, während ein einziger Schlag uns in einem Augenblick um all unseren früheren Glanz bringen könnte. Und nun frage ich, warum haben wir die Waffen ergriffen? doch um Frieden, Ueberfluß und Glück wieder bei uns heimisch zu machen. Laßt uns Europa rufen, den Frieden zu empfangen, und seiner selbst wieder froh werden. Man scheint geneigt, uns Speier, Trier, Luxemburg zu überlassen, so daß die Maas unsere Gränze wird; nehmt das als Entschädigung an und gebt uns den Frieden."

"Gebt uns den Frieden, müßten wir selbst in unsere alten Gränzen zurückkehren. Wir sind immer noch groß genug, vielleicht noch größer, weil wir der Welt beweisen, daß wir die Waffen nur für die Freiheit ergriffen, und daß wir die Freiheit gegen unsere Feinde im Innern wie nach Außen erkämpft haben. Das ist meine Meinung, ich glaube die einzig heilsame. Möchte sie die gigantischen Entwürfe der Menschen überwiegen, welche vergessen, woran die Schicksale der Reiche geknüpft sind."

Diese Worte sind besonders deßhalb bemerkenswerth, weil sie zu den wenigen gehören, in welchen ein deutliches Bewußtsein von den innern Uebelständen Frankreichs und den Gefahren der Freiheit zum Ausdruck gelangt. Zugleich geben sie den Beweis, daß man auch den weitest gehenden Ansprüchen französischer Selbstüberschätzung gegenüber immer noch hoffen durfte, vernünftigen Gründen Eingang zu verschaffen. Nur freilich was Merlin hier geäußert hat, konnte für den Wohlfahrtsausschuß eine unmittelbar praktische Bedeutung nicht leicht gewinnen; man weiß kaum, wohin es eigentlich zielt. Gewiß ist, daß die Republik gegen Rückgabe ihrer Eroberungen von allen Mächten Europas den Frieden hätte erlangen können, aber Merlin selbst durfte schwerlich glauben, einem solchen Gedanken in Paris Eingang zu verschaffen. Das Anerbieten der Maaslinie kann nicht wohl anders, als auf die Verhandlungen mit Preußen sich beziehen. Aber war es geeignet, den Frie-

den herbeizuführen? würde der Kaiser darauf eingegangen sein? wollte man ihm auch in diesem Falle Baiern anbieten? Fragen dieser Art scheint Merlin sich gar nicht gestellt zu haben. Die ganze Tirade war leider nicht viel mehr als eine vorübergehende Anwendung. Schon wenige Tage später, in demselben Briefe vom 20. Mai, der über das Mittagessen in Hünningen Auskunft gibt, bewegt er sich durchaus wieder in den alten Anschauungen. „Hardenberg und die hessischen Minister,“ schreibt er (S. 194), „verfolgen das System, dem Kaiser das Reich abwendig zu machen, und eine Vereinigung wenn nicht schriftlich doch thatsächlich zu bilden, um ihn vom Erwerbe Baierns abzuhalten; nur für diesen Fall wollen sie auf ein Angriffsbündniß mit Frankreich, dessen sie dann benöthigt wären, eingehen. Sie möchten sich aus dem Krieg zurückziehen, alles oder doch beinahe alles, was sie früher besaßen, behalten, damit dann die Republik mit dem Kaiser sich in den Haaren liege. Vor Allem fürchten sie einen Frieden der Republik mit dem Kaiser ohne das Reich; das, sagen sie, sei das sichere Mittel, uns zu Grunde zu richten. Sie besorgen, man könne ohne sie in diesem Sinne unterhandeln, und wünschen, um Vertrauen zu gewinnen, daß wir über den Rhein gingen.“

„Nach meiner Ansicht folgt aus allem diesem: Wenn der Kaiser uns für Bayern die Niederlande und das linke Rheinufer überlassen will, so muß man nicht zögern, darauf einzugehen. Denn nach Allem, was diese Leute mir gesagt haben, ist dann der Krieg im Herzen von Deutschland. Preußen wird im Zaume gehalten durch Rußland, das der Kaiser für seine Entwürfe schon gewonnen haben wird, und der Kaiser kämpft mit Vortheil gegen die Reichskreise, während wir ruhig die Frucht unserer Siege genießen. Haben wir den Rhein als Gränze, so sehe ich nicht, wie der Kaiser uns jemals gefährlich werden könnte, wäre er auch Herr von Baiern.“

„Aber Alles kommt darauf an, zu wissen, ob Verhandlungen auf diesen Punkt hin möglich sind. Könnte man den Kaiser nicht dazu bewegen, daß er auf eine Verhandlung ohne Wissen Preußens und an einem andern Orte als in Basel einging, so müßte man mit dem Reiche ab-

schließen, welches fußfällig um Gnade bittet, und in solcher Weise den Kaiser vom Reiche trennen.“

Diese Ansichten ändert er nicht mehr; auch im Wohlfahrtsauschuß gelangen sie durchaus zur Geltung. So schreibt Merlin von Douai im Namen des Ausschusses noch am 25. August (S. 238): „Dein Brief, mein lieber Freund, vom 1. Fructidor (18. August) ist mir gekommen; gleich meinen Collegen Sieyes, Boissy &c. habe ich mit größtem Interesse gelesen, was Du über Deine Conferenzen zu Basel darin mittheilst. Alle, oder doch beinahe Alle, denken wir über das linke Rheinufer gerade wie Du, und wenn die künftige Regierung von unseren jetzigen Grundfäzen nicht abweicht, so stehe ich dafür ein, daß dies Ufer uns verbleiben wird. Aber es ist nöthig, den Rhein zu überschreiten und schnell zu überschreiten, dann wird man mit Oestreich leicht fertig werden; ist es nöthig, Baiern zu opfern, meiner Treu, so müssen wir den Sprung thun; wir behalten unsere Eroberungen, das ist Vortheil genug, um uns darüber hinwegzusetzen.“

Ich habe alle diese Aeußerungen mitgetheilt, weil in ihnen vollkommen deutlich die Politik hervortritt, welche während des ganzen Krieges unveränderlich von Frankreich gegen Deutschland eingehalten wurde. Sie hat einen doppelten Gesichtspunkt: vorerst Deutschland in Uneinigkeit zu erhalten oder, wie Merlin sich ausdrückt, zu sorgen, daß die Wölfe sich unter einander zerreißen; demnächst die Niederlande und das linke Rheinufer zu erwerbten. Um das Erstere zu erreichen regt man unablässig die Besorgniß Preußens an, Oestreich könne, falls es nicht von Frankreich gehindert würde, sich Baierns bemächtigen, eine Besorgniß, die um so stärker wirkte, als Preußen, durch den Vertrag vom 23. Januar 1793 gebunden, einen offenen Widerstand gegen diesen über Alles verhaszten Plan in Wien oder Petersburg gar nicht erheben konnte. Während man aber in solcher Weise Preußen zum Bündniß mit Frankreich und zu offener Feindseligkeit gegen Oestreich fortzudrängen suchte, nahm man nicht den mindesten Anstand, dem Kaiser dies selbige Baiern, nöthigenfalls auch ein Bündniß gegen Preußen anzubieten, wenn er das linke Rheinufer an

Frankreich überlassen wollte. Ich deute hier nur den Grundsatz an, wo er eben in voller Frische uns entgegentritt; ihn anzuwenden wird sich noch mannichfache Gelegenheit bieten.

Irrt ich nicht, so hat Sybel das Verdienst, zuerst auf das wichtige Buch Reynauds aufmerksam gemacht zu haben; auffallend bleibt nur, daß es für die späteren Auflagen seines Werkes nicht in höherem Maße nutzbar geworden ist. Denn mich dünkt, es springt in die Augen: was er über die Carlettischen Unterhandlungen, ihre Wirkung auf die gemäßigte Partei des Convents, ihren Zusammenhang mit dem Gastmahl in Hünningen mittheilt, läßt sich mit diesem Briefwechsel Merlins durchaus nicht vereinigen. Wir sehen allerdings, daß man in Frankreich von den Absichten Oestreichs auf Baiern Kenntniß erhalten hatte, die ja auch gar kein Geheimniß bleiben konnten. Denn sie werden noch in dem preußisch-russischen Vertrage vom 23. Januar 1793 ausdrücklich erwähnt; und schon durch die trefflich unterrichteten Agenten in Polen, vor Allem aber durch die wiederholten sorgenvollen Anfragen der preußischen Diplomaten mußten sie den Franzosen bekannt werden. Daß aber Carletti solche Andeutungen gemacht, daß er in Paris über die Absichten des Kaisers auf Baiern gesprochen oder gar für Baiern das linke Rheinufer geboten hätte, davon findet sich in jener ganzen Correspondenz nicht die leiseste Andeutung. Carletti wird darin nur ein einziges Mal erwähnt und nicht als Jemand, welcher für den Kaiser Unterhandlungen eingeleitet hätte, sondern durch welchen man vielleicht in Zukunft mit dem Kaiser Unterhandlungen einleiten könnte; es wird sogar wiederholt die Frage aufgeworfen, ob es möglich sein würde, den Kaiser zu einer besonderen Verhandlung zu bestimmen. Und dies ist hier entscheidend. Daraus, daß nahebelegte Personen von einem Ereigniß nichts wissen oder es nicht erwähnen, darf man freilich nicht immer schließen, es könne überhaupt nicht geschehen sein. Wenn aber, wie hier der Fall ist, gerade die Personen, denen eine Mittheilung gemacht sein müßte, sich darüber unterhalten, ob sie vielleicht noch gemacht werden könnte, und ob gerade die Person, welche sie gemacht haben

müßte, von ihnen zu einer ähnlichen Mittheilung sich benutzen ließe, so liegt darin allerdings ein sicheres Zeichen, daß diese Mittheilung bisher und insbesondere durch diese Person nicht gemacht worden ist. Es bleibt zu bemerken, daß Merlin gerade Anfang Mai einige Zeit in Paris verweilte, also von Allem, was sich auf die preußische Verhandlung und etwaniges Eingreifen Carlettis bezog, auch durch mündliche Mittheilungen und eigene Anschauung die genaueste Kenntniß besitzen mußte. Wollte man sich aber mit dem negativen Beweise doch nicht begnügen, so fehlt in dieser selbigen Correspondenz auch der positive nicht. „Einer unserer Kollegen,“ schreibt Merlin von Douai am 20. September (S. 257), „hat mir den Brief eines Militairs mitgetheilt; wie es scheint, sagt man Dir nach, Du hättest im Kausch bei Barthelemy zu Basel die Friedensunterhandlungen mit dem Kaiser abgebrochen; dies Gerücht findet vielen Glauben und erregt Unzufriedenheit und Desertionen.“ „Und doch,“ schaltet er ein, „hat der Kaiser, wie Du weißt, bisher noch nicht einen Schritt für den Frieden gethan“ (l'empereur cependant, comme tu sais, n'a pas encore fait un pas pour la paix). Man begreift kaum, wie sich mit diesen Worten vor Augen von Carlettis einflußreicher Wirksamkeit für Oestreich ferner reden läßt.

Mich dünkt, man hätte danach für die richtige Würdigung der Merlinschen Erzählungen und dessen, was daraus gefolgert worden, genügende Anhaltspunkte. Ich bemerke nur noch, daß auch die übrigen Gründe, welche Sybel für seine Ansichten auführt, insbesondere der Bericht des Legationsrathes Gervinus nicht von Bedeutung scheinen. Wäre es den französischen Machthabern gelungen, ihn völlig von der Existenz Carlettischer Anerbietungen zu überzeugen, so läge selbst darin, wenn man die Umstände in Betracht zieht, noch keineswegs auch für uns ein überzeugender Beweis<sup>1)</sup>. Nun aber, wenn Sieyes und Boissy jene ihnen höchst

1) Gerade am 2. Juni (S. 207) schreibt Merlin ausdrücklich an den Wohlfahrtsauschuß, man solle doch Gervinus durch die Hinweisung auf einen Frieden mit Oestreich zur schnellen Nachgiebigkeit bestimmen.

willkommenen Gerüchte nur nicht widerlegen, wenn Gerbinus selbst die Ueberzeugung gewinnt, Carletti habe nicht förmlich im Auftrage Thuguts gehandelt, so heißt das, scheint mir, ungefähr so viel, als daß er überhaupt nichts von Bedeutung darüber in Erfahrung bringen konnte. Fände sich nur ein Zeugniß, daß auch Franzosen an diese Unterhandlung geglaubt hätten! Aber es scheint zu fehlen. Sybel führt allerdings (III, 410) die Aeußerungen Merlins vom 12. Mai in einem Zusammenhange an, daß die meisten seiner Leser glauben werden, Merlin setze die Anträge Carlettis als etwas Bekanntes voraus; wer aber das Original vor Augen hat, ersieht sogleich, daß hier zwar von Absichten Oestreichs auf Baiern die Rede ist, ohne daß sie jedoch in irgend einer Weise auf Carletti zurückgeführt würden. Und so findet man auch in Paris auf dem Ministerium des Auswärtigen nicht den geringsten Anhaltspunkt. Die Papiere des Wohlfahrtsausschusses sind allerdings nicht vollständig dort erhalten, aber von dem Briefwechsel mit Barthelemy habe ich doch den bei Weitem beträchtlichsten Theil gerade aus dem Frühling 1795 vor Augen gehabt. In sämtlichen Briefen des Ausschusses wird nicht einmal Carlettis Name genannt, von Intriguen des Kaisers ist allerdings häufig die Rede, aber niemals in dem Sinne, daß er für Baiern das linke Rheinufer anbiete, sondern daß er den Krieg fortsetzen und deshalb die deutschen Reichsstände verhindern würde, dem System der preussischen Neutralität sich anzuschließen. Und was noch auffallender ist, auch Barthelemy erwähnt Carlettis nicht einmal in seinem Briefe vom 19. Mai, der zuerst über das Gastmahl in Hünningen Auskunft gibt. Nicht eher, als am folgenden Tage, dem 20. Mai, theilt er die oft erwähnten Gerüchte mit, ungefähr in der Form, wie sie dann auch in Deutschland verbreitet wurden, aber nicht als Etwas, das er selbst glaubte, oder das ihm aus Paris früher schon mitgetheilt oder dem Ausschusse dort bekannt wäre, sondern als Etwas, das er durch Hardenberg erfahren hat, ohne nur eine Bemerkung über Carletti beizufügen. Die nächste Antwort des Ausschusses ist leider nicht vorhanden; in den folgenden Briefen wieder gänzlichcs Schweigen, gerade

wie Merlin gegenüber. Nicht einmal als Schreckmittel für Hardenberg hat der Ausschuß Carletti für geeignet oder bedeutend genug erachtet.

Auf den Wiener Archiven ist, wie man auch ohne Vibenots Versicherung glauben dürfte, nicht die geringste Spur eines Auftrags zu unterhandeln für Carletti vorgefunden, freilich um so mehr über die Wirkung, welche das plötzliche Bekanntwerden einer solchen Anschuldigung im Reiche und insbesondere in Wien hervorgerufen hat. Erwägt man, daß sich die Anklage des Reichsverrathes nicht schärfer aussprechen ließ, daß es der Kaiser war, gegen den sie erhoben wurde, so kann man denken, wie sehr der Wiener Hof sich verletzt fühlen mußte. Denn Jeder sieht, die Absichten auf Baiern erhielten hier eine ganz andere Bedeutung, als in früherer Zeit, insbesondere in den Verträgen vom 23. Januar 1793 und selbst vom 3. Januar 1795. Dort ist die Rede von einem Tausch; man hoffte den Kurfürsten zu bewegen, für Baiern Belgien, also ein nach Einkünften und Bewohnern weit größeres Gebiet zu übernehmen; jetzt aber war Belgien in Feindeshand, sollte auch darin bleiben, der Kurfürst durch einen Raub, gegen seinen Willen, vielleicht ganz ohne Entschädigung seine Länder verlieren. Schon früher hatte man die in Berlin, Frankfurt oder Regensburg auftauchenden Gerüchte, daß Carletti mit Verhandlungen für Oestreich betraut sei, mit Unwillen zurückgewiesen. Noch die Wiener Zeitung vom 6. Mai bringt eine officiële Erklärung, der Kaiser halte es unter seiner Würde, die Gerüchte über den Grafen Carletti zu widerlegen, für die auch nicht der Schein einer Veranlassung sei<sup>1)</sup>. Denn obgleich in solchen Aufträgen an sich nicht einmal etwas Außerordentliches oder Unrechtmäßiges gelegen hätte, so hielt man doch in Wien sehr fest an dem Grundsatz, daß der Kaiser nicht ohne seine Bundesgenossen und nur in Verbindung mit dem Reiche auf Verhandlungen mit der Republik sich einlassen könne. Nun kam plötzlich diese schwere Anklage. Hardenberg hatte sogleich dem preussischen Gesandten

1) Lucchesini an das Ministerium am 9. Mai 1795.

Grafen Görz in Regensburg von seiner Entdeckung Kenntniß gegeben <sup>1)</sup>. Der Herzog von Zweibrücken säumte, wie man denken kann, noch weniger, Alles, was in seinen Kräften stand, gegen einen Plan aufzubieten, der ihn der reichen Erbschaft völlig zu berauben drohte. So geschah es, daß der alte Kurfürst Karl Theodor seinen Gesandten am wiener Hofe, den Freiherrn von Reichlin, mit der Uebergabe eines wenig ehrfurchtsvollen Promemorias beauftragte. Es war darin die Befürchtung ausgesprochen, die kurpfälzischen Lande seien von der österreichischen Heeresmacht weit mehr als von dem Reichsfeinde bedroht, da ja der Graf Carletti, welcher in Paris für das durchlauchtigste Erzhaus Oestreich unterhandle, die Einwilligung Frankreichs zu dem Ueberfalle Baierns als einen geheimen und besonderen Artikel zur Grundlage seiner Unterhandlungen mache, Baiern daher auf dem Rückzuge der österreichischen Heere von ihnen besetzt, und dagegen die k. k. Niederlande abgetreten werden sollten. Für diesen Dienst biete der Graf Carletti die Genehmigung Sr. k. k. Majestät zur Ausdehnung der Grenzen des französischen Staates bis an den Rhein an.“ Als Quelle für diese Nachricht wurde Hardenberg und der Hessen-Kasselsche Minister von Weiz genannt und beigelegt, es sei dem Kurfürsten Rettung von allen diesen Gefahren unter der Bedingung zugesagt, daß er dem von Preußen geschlossenen Frieden mit Berufung auf den 11. Artikel desselben beitrete. Der Kurfürst, hieß es weiter, sei weit entfernt, diese Nachrichten mit den so oft wiederholten freundschaftlichen Versicherungen, den reichspatriotischen Gesinnungen, mit der hohen und ehrwürdigen Aufrichtigkeit und Gerechtigkeit Sr. k. k. Majestät in den mindesten Kontrast zu stellen, könne aber doch nicht bergen, daß er durch diese Gerüchte in eine Verlegenheit gesetzt werde und durch eine schriftliche, kategorische und beruhigende Antwort des kaiserlichen Ministeriums davon befreit zu sein wünsche <sup>2)</sup>. Thugut säumte

1) Vgl. Hügel's Bericht vom 6. Juni an Colloredo und Karg's Bericht an den Kurfürsten von Köln vom 25. Mai bei Bivenot a. a. O. II, II, 319.

2) Vgl. Kurpfälzisches Promemoria vom 30. Mai 1795 bei Bivenot a. a. O. II, II, 308.

nicht, noch am selbigen Abend diese Antwort zu ertheilen: „Der k. k. Hof,“ schreibt er, „habe weder während des Krieges mit dem Reichsfeind in was immer für Unterhandlungen sich eingelassen, stehe weder dormalen mit ihm in direkten oder indirekten Unterhandlungen, noch werde er je in was immer für einer Eigenschaft einseitig mit demselben sich einlassen, sondern seinen reichsständischen Verbindungen getreu Alles, was auf die Beförderung eines anständigen Friedens Bezug habe, mit dem Reiche gemeinschaftlich behandeln“<sup>1)</sup>. Schon am Tage vorher, am 29. Mai, war einem Circular an die kaiserlichen Minister im Reiche die officiële Erklärung beigegeben, jenes Gerücht über die Unterhandlungen des Grafen Carletti in Paris sei eine abgeschmackte kindische Fabel, deren weitere Verbreitung um so mehr für eine Verläumdung angesehen werden müsse, als der kaiserliche Hof seit dem Anfange des gegenwärtigen Krieges niemals und am wenigsten durch den sogenannten Grafen Carletti in eine Friedensverhandlung mit den Franzosen einzugehen sich habe einfallen lassen<sup>2)</sup>. Diese Erklärung wurde in eine große Zahl von Zeitungen eingerückt, und aller Orten gaben sich die kaiserlichen Gesandten alle erdenkliche Mühe, das für den Kaiser so nachtheilige und beleidigende Gerücht zurückzuweisen. Bivenot (II, II, 293—327) hat darüber aus dem Wiener Staatsarchiv manches sehr Dankenswerthe mitgetheilt. So entscheidend, wie er annimmt, sind übrigens alle diese Aeußerungen doch nicht, denn es wäre nicht das erste Mal, daß ein Minister der Nachricht von einer ihm ungünstigen Thatsache durch Läugnung zu begegnen suchte. Selbst die Briefe Thuguts an den Reichsvicekanzler Colloredo und den Commisfar von Hügel verlieren dadurch an Beweiskraft, daß gerade in Bezug auf Baiern allerdings eine verschiedene Ansicht zwischen dem österreichischen und dem Reichsministerium bestand, und ein so äußerst verschwiegener Mann wie Thugut immerhin eine Verhandlung einleiten konnte, ohne auch nur seine Kollegen davon in Kenntniß

1) Vgl. Thuguts Schreiben vom 30. Mai bei Bivenot a. a. O. II, II, 310.

2) Vgl. Bivenot a. a. O. II, II, 300.

zu setzen. Aber als Aeußerungen der einflußreichsten österreichischen Staatsmänner über die Reichsangelegenheiten sind sie an sich schon bedeutend genug und in Verbindung mit allem Uebrigen auch für die Beurtheilung der Carlettischen Händel eine wesentliche Ergänzung.

Diese kann auch das preußische Archiv noch bieten. Das Ministerium hatte allerdings von dem Aufenthalt Carlettis in Paris nicht ohne Sorge Kenntniß genommen; Haugwitz äußerte sich einige Male dem kaiserlichen Gesandten Fürsten Reuß gegenüber in diesem Sinne. Aber die gewaltige Aufregung, die durch Hardenbergs unvorsichtiges Benehmen in Deutschland hervorgerufen wurde, konnte man auch in Berlin nicht anders als unangenehm empfinden. Trotz des baseler Friedens wünschte man ein leidliches Verhältniß zu Oestreich zu bewahren. Nun berichtete aber Lucchesini aus Wien am 3. Juni, der Schritt des Freiherrn von Reichlin habe dort in allen Kreisen die äußerste Entrüstung gegen Preußen hervorgerufen; man nenne diese Anschuldigung den Gnadenstoß des guten Einvernehmens; umsonst versuche er den Sturm zu beschwichtigen und zu Hardenbergs Entschuldigung Etwas vorzubringen. Haugwitz gab mit umgehender Post Lucchesini den Auftrag, Thugut das Bedauern des preußischen Hofes über diese Angelegenheit auszusprechen; nicht Hardenberg, sondern Merlin sei der Urheber jener Erdichtungen; die preußischen Gesandten, insbesondere der Graf Görz, seien angewiesen, der irrigen Meinung entgegenzuwirken; Hardenberg habe sie gewiß nicht als Thatsache, sondern nur als Gerücht und in dieser Form selbst dem Grafen Lehrbach in Frankfurt mitgetheilt. In ganz gleichem Sinne spricht sich der ausschließlich für Lucchesini in Chiffren geschriebene Theil der Depesche über jene „apokryphen Gerüchte“ aus; sie scheinen nur auf Erzählungen Merlins zu beruhen, etwas Sicheres über Carletti wisse man gar nicht<sup>1)</sup>. Diese Ansicht hat sich auch nach Allem, was Lucchesinis Briefwechsel zu entnehmen ist, nicht geändert. Noch am 28. October schreibt

1) Vgl. das Schreiben des Ministeriums vom 12. Juni.

der Gesandte: „Unterstützt durch das erleuchtete und tiefgehende Urtheil des Ministeriums Sw. Majestät befestige ich mich von Tag zu Tage mehr in der Ansicht, welche ich derjenigen des Freiherrn von Hardenberg entgegenzusetzen wagte, daß eine geheime Verhandlung über den Frieden und den Tausch von Baiern zwischen dem Wiener Hofe und der französischen Regierung gar nicht existirt.“ Das beste Zeugniß bietet aber ein eigenhändiger Brief des Königs an die Minister vom 16. Juli, in welchem er, offenbar wesentlich durch diese Angelegenheit bewogen, den Befehl ertheilt, daß Lucchesini und Hardenberg mit einander in Briefwechsel treten und insbesondere der Erstere die aus Frankreich kommenden Gerüchte über österreichische Anerbietungen an Ort und Stelle untersuchen solle. „Denn“, setzt der König hinzu, „man kann überzeugt sein, daß eine Menge von Neuigkeiten und falschen Gerüchten in Frankreich geschmiedet wird, um die Mißverständnisse zwischen uns und Oestreich wo möglich bis zum Bruche zu steigern, einerseits in der Absicht, uns dadurch zu einem Bündniß mit ihnen zu zwingen, andererseits in der Ueberzeugung, sie würden vermittlest eines allgemeinen Krieges zwischen den Hauptmächten Europas ihren Lieblingsplan, den sie bisher noch nicht durchsetzen konnten, nämlich in den verschiedenen Staaten Europas Anarchie zu säen, zur Ausföhrung bringen“ 1).

1) Man wird diesen Brief, welcher dem Fürsten, der ihn geschrieben hat, zur großen Ehre gereicht, mit Vergnügen in der Ursprache lesen: Vous aurez soin de votre côté d'instruire le marquis par la poste de samedi des points essentiels de l'instruction du baron de Hardenberg, pour qu'il soit au même de l'assister depuis Vienne de tous les avis et nouvelles de cette ville, qui peuvent être utiles au baron; et vous avertirez celui-ci, que de son côté il avertisse le marquis de tout ce qu'il apprendra à Bâle par les Français de menées Autrichiennes, pour que celui-ci, tâche de les vérifier sur les lieux et d'en apprendre le vrai ou le faux. Car l'on peut être persuadé, que l'on forge bien des nouvelles et des faux bruits en France pour augmenter, s'il est possible, même jusqu'à une rupture les mésintelligences entre nous et l'Autriche, tant par l'idée de nous forcer à une alliance avec

Nach allem diesem möchte ich glauben, es gebe nicht leicht ein Gerücht, dessen völlige Wichtigkeit sich so überzeugend darthun läßt, als die Sage von Carlettis Unterhandlungen. Bedenkt man, daß dieser Diplomat doch den Bruder des Kaisers in Paris zu vertreten hatte, so kann es beinahe auffallen, daß er von Seiten der österreichischen Regierung so wenig benützt wurde, als nach Merlins Briefwechsel anzunehmen ist. Dies findet aber darin seine Erklärung, daß man in Wien trotz der Wünsche des Reichstags zu Unterhandlungen wenig geneigt, auch mit dem Frieden, welcher Toskana von der Coalition trennte, durchaus nicht einverstanden war, und daß Thugut eben deshalb zu dem leitenden Minister des Großherzogs, dem Marchese Manfredini, nicht, wie Sybel (III, 352) angibt <sup>1)</sup>, in freundlichem, sondern in sehr gespanntem Verhältnisse stand, so daß er sich gewiß jedes anderen Agenten in Paris lieber als Carlettis bedient hätte. Dadurch erklärt sich auch die auffallende Rücksichtslosigkeit der österreichischen Kundgebung vom 29. Mai gegen den sogenannten Grafen Carletti, und in dieser Rücksichtslosigkeit liegt wieder ein neuer Beweis für die Wichtigkeit der Unterhandlung; denn Thugut hätte eine solche Abfertigung sicher nicht gewagt, Carletti nicht ruhig hingenommen, hätte sich etwas dagegen sagen lassen. Daß aber, wie Vivenot behauptet, die ganze Erzählung von Hardenberg absichtlich erfunden sei, ist auch wieder nicht zu glauben. Man könnte vielleicht anführen, daß Merlin in seinem Briefe über das Mittagessen in Hüningen gar nicht von einer Erzählung, durch die er Hardenberg getäuscht habe, Nach-

eux, que par l'assurance qu'en occasionant une guerre générale entre les principales puissances de l'Europe ils réussiraient dans leur projet favori, qu'ils n'ont pas encore pu mettre en exécution, de semer l'anarchie dans les différents états de l'Europe.

1) Wahrscheinlich nach Lucchesinis Bericht vom 29. November 1794. Schon am 17. December schreibt er aber, man wisse über Thuguts Beziehungen zu Manfredini gar nichts Bestimmtes. Im April 1796 kam der toskanische Minister selbst nach Wien, um sich und seinen Fürsten zu rechtfertigen, wurde jedoch sehr ungnädig aufgenommen. Vgl. Lucchesinis Berichte vom 13. und 16. April 1796.

richt gibt, daß er zu jener Zeit einem Bündniß mit Preußen nicht einmal geneigt war. Aber dagegen muß man in Anschlag bringen, daß er nach dem Bericht eines Augenzeugen<sup>1)</sup> seiner Gewohnheit gemäß bei Tische „sehr heiter“ wurde, so daß er später vielleicht selbst kaum noch wußte was er gesagt hat. Preußen gegen Oestreich aufzuregen war zudem auch für ihn, wie wir sahen, das Grundprinzip der französischen Politik. Daneben bleibt zu berücksichtigen, daß nach Allem, was hier erörtert wurde, gleichwohl nicht zu berechnen ist, was für Reden von Carletti oder bei seinen Gastmählern geführt worden seien; übertriebene Gerüchte mochten Hardenbergs Besorgniß schon vor dem Zusammenreffen mit Merlin wach gerufen und ihn für jede Andeutung des Franzosen empfänglicher gemacht haben. Von Unvorsichtigkeit und Uebereilung kann man Hardenberg nicht freisprechen, aber daß er mit Absicht Unwahrheiten erzählt haben sollte, entspricht weder seinem Charakter, noch den Schritten, die er vorgenommen hat. Nur das ist wahrscheinlich, daß die Anregung wie zu dem Mittagssmahl so auch zu der Unterredung mehr von ihm als von Merlin ausging, und daß er durch eifrige Fragen selbst eine Besorgniß kundgab, die dann der schlaue Franzose sogleich aufs Geschickteste zu bestärken und auszubeuten wußte. Daneben thut man ihm schwerlich Unrecht, wenn man annimmt, daß er mit einigem Behagen ein Gerücht verbreitete, welches dem östreichischen Hofe nachtheilig und daher dem Unterzeichner des baseler Friedens mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung doppelt willkommen sein mußte. Auffallend ist aber, daß eine so leicht erkennbare Täuschung noch jetzt, nach mehr als siebenzig Jahren, in einem ernstern geschichtlichen Werke Glauben finden, ja als Mittelpunkt und Grundlage für ausgedehnte historische Combinationen benutzt werden konnte. Sybel geht so weit, daß er sogar „die völlige Stockung der kriegerischen Operationen“ während des Sommers von dieser nichtigen Voraussetzung abhängen läßt. Denn, sagt er (III, 414),

1) Vgl. Degelmans Bericht an Thugut vom 22. Mai 1795 bei Bivernot a. a. O. II, II, 626.

„so lange die französische Regierung einen Abschluß mit dem Wiener Hofe nach Carlettis Angaben erwog, hätte es keinen Sinn gehabt, am Oberrhein das zweifelhafte Glück der Waffen zu erproben. Bei der Entblößung und Schwäche der republikanischen Heere hatte man im besten Falle die Aussicht, den Rhein zu überschreiten und durch Schwaben vielleicht bis nach Baiern vorzubringen, nach dem Lande, welches man nach Carlettis System eben den Oestreichern überlassen würde. Nicht einmal zur Einschüchterung, sondern höchstens zur Abschreckung des friedesuchenden Gegners hätte solch eine Operation führen können. So standen die französischen Truppen in völliger Waffenruhe in den eroberten und ausgezogenen Landstrichen des linken Rheinuferes.“ Für alle diese Annahmen ergibt sich aus dem Briefwechsel zwischen Merlin und dem Wohlfahrtsauschuß das Gegentheil. Wir finden Beide, den Ausschuß sowohl als den Repräsentanten, eifrig bemüht, den Uebergang über den Rhein so viel als irgend möglich zu beschleunigen. Von wirklichen Unterhandlungen mit dem Kaiser zeigt sich für diese Zeit keine Spur, aber selbst die Aussicht, daß man dergleichen in Zukunft einmal anknüpfen werde, verstärkt zunächst nur den Wunsch, vor Allem auf das andere Ufer zu gelangen, um dann dem Feinde Gesetze vorschreiben zu können. Wir sehen aber auch, wie die üble Lage der französischen Armee, der gänzliche Mangel an Geld, an Pferden und anderen Kriegsbedürfnissen immer neuen Aufschub verursacht, wobei allerdings noch in Anschlag zu bringen ist, daß der Obergeneral Pichegru, schon damals im Einverständniß mit den Ausgewanderten, die eifrige Thätigkeit des Repräsentanten mehr hemmt als unterstützt<sup>1)</sup>. Erst im September sind am Ober- und Niederrhein die dringendsten Bedürfnisse befriedigt, und sogleich wird auch der Feldzug mit dem Uebergange über den Fluß eröffnet.

1) Vgl. Correspondance de Merlin p. 166. 181. 182. 190. 199. 201. 219. 221. 224. 229. 240. Mit den Umtrieben Pichegrus steht das Benehmen Aubrys im Wohlfahrtsauschuß (223, 230) in Verbindung.